

Vorlesung Wirtschaftspolitik (2003)

Inhalt

Handelspolitik

- Internationaler Dienstleistungshandel & GATS
- Internationaler Warenhandel
- Ausländische Direktinvestitionen

Standortwettbewerb und -politik

Wettbewerbspolitik

Öffentliche Finanzen

Konjunktur- und Stabilisierungspolitik

LV-Ziel

**Volkswirtschaftliche Vertiefung (Theorie & Empirie)
in aktuelle Themen der Wirtschaftspolitik**

betrachtet aus der Sicht:

- **Ö als EU Mitgliedstaat**
- **EU & EU-Erweiterung**

**Interdisziplinarität kann auf Grund der kurzfristigen
Vertretung heuer nicht berücksichtigt werden.**

Ductus

Anwesenheitspflicht

45minütige Klausur am Ende der LV-Einheit:

- Offene Fragen
- Prüfung des vorgetragenen Stoffs
- genauer Termin wird noch bekannt gegeben

Handelspolitik

Internationaler Dienstleistungshandel & das GATS

Ralf Kronberger

Int. Dienstleistungshandel & GATS

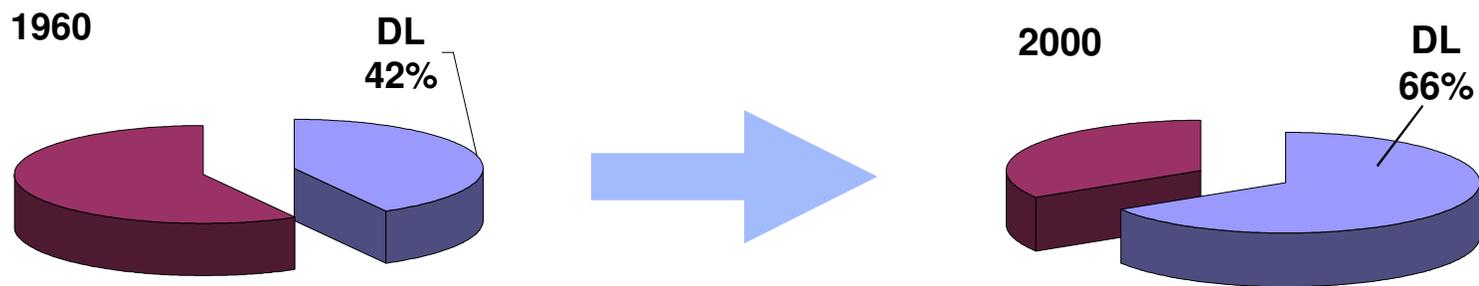
Gliederung

Internationaler Dienstleistungshandel

- Österreichischer Dienstleistungshandel in Zahlen
- Handelbarkeit von Dienstleistungen
- Beschäftigungswirkung der Dienstleistungsproduktion
- Dienstleistungshandel mit den MOEL

GATS

- Grundsätzliches
- Koordinierung & Verhandlungen
- EU-GATS-Angebot
- Verpflichtungslisten



Die österreichische Wirtschaft hat sich im Laufe der Zeit zu einer **Dienstleistungsgesellschaft** gewandelt. Der „Produktionsfaktor“ Wissen wird weiter an Bedeutung gewinnen.

Ranking im Dienstleistungswelthandel - 2001

Rang	Exporte	Wert Mrd. US\$	Anteil	jährl. Veränd.	Rang	Importe	Wert Mrd. US\$	Anteil	jährl. Veränd.
1	USA	263,4	18,1	-3	1	USA	187,7	13,0	-7
2	GB	108,4	7,4	-6	2	Deutschland	132,6	9,2	0
3	Frankreich	79,8	5,5	-2	3	Japan	107,0	7,4	-7
4	Deutschland	79,7	5,5	-1	4	GB	91,6	6,3	-4
5	Japan	63,7	4,4	-7	5	Frankreich	61,6	4,3	0
13	Österreich	32,5	2,2	5	14	Österreich	31,5	2,2	6
29	Polen	11,9	0,8	14	33	Polen	8,7	0,6	-2
35	Ungarn	7,6	0,5	23					
36	Tschechei	6,9	0,5	4	40	Tschechei	5,5	0,4	3

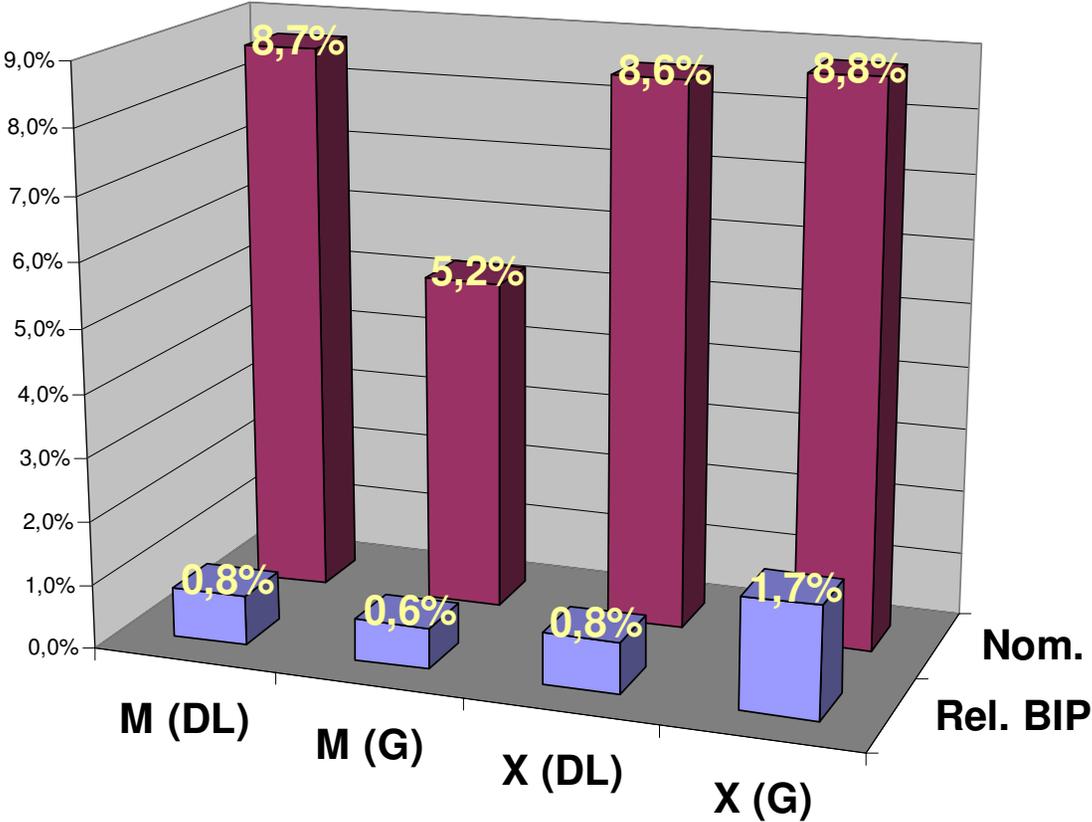
Beim Güterhandel liegt Österreich an 22. Stelle mit 1,1% Weltmarktanteil bei den Exporten und an 18. Stelle mit 1,2 % Weltmarktanteil bei den Importen.

Leistungsbilanz 2002 - in Mio EUR

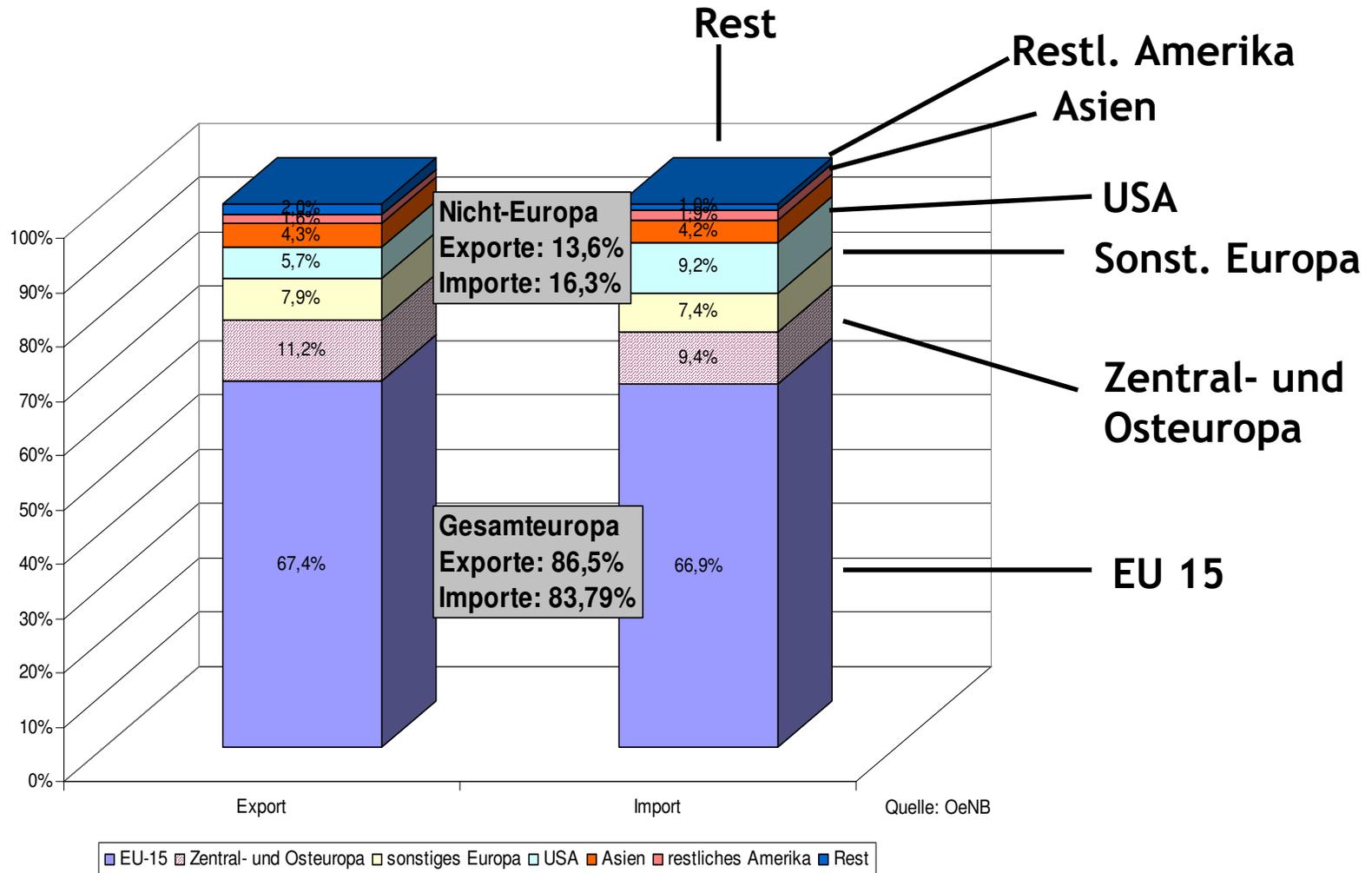
	Export	Import	Bilanz
Güter und Dienstleistungen	115.476	109.980	5.496
Güter	77.884	74.383	3.502
Dienstleistungen	37.591	35.597	1.994
<i>Verhältnis zum BIP</i>			
Güter	35,92%	34,31%	1,62%
Dienstleistungen	17,34%	16,42%	0,92%

Quelle: OeNB

Jährl. Wachstum Güter & DL (1999-2002)



Länderstruktur der DL-Importe und -exporte



Int. DL-Handel

Leistungsbilanz 2002 - in Mio EUR	Export	Import	Bilanz
Transport	6.088	3.755	2.333
Reiseverkehr	12.025	9.933	2.091
Versicherungs- und Finanzdienstleistungen	2.304	2.250	53
übrige unternehmensbez., freiberufl. & techn. Dienstl.	3.336	2.799	537
nicht aufteilbare Leistungen	9.148	13.293	-4.145
Rest	4.690	3.567	1.125
Gesamt	37.591	35.597	1.994

Quelle: OeNB

Handelbarkeit von DL (1)

Gebundene Dienstleistung

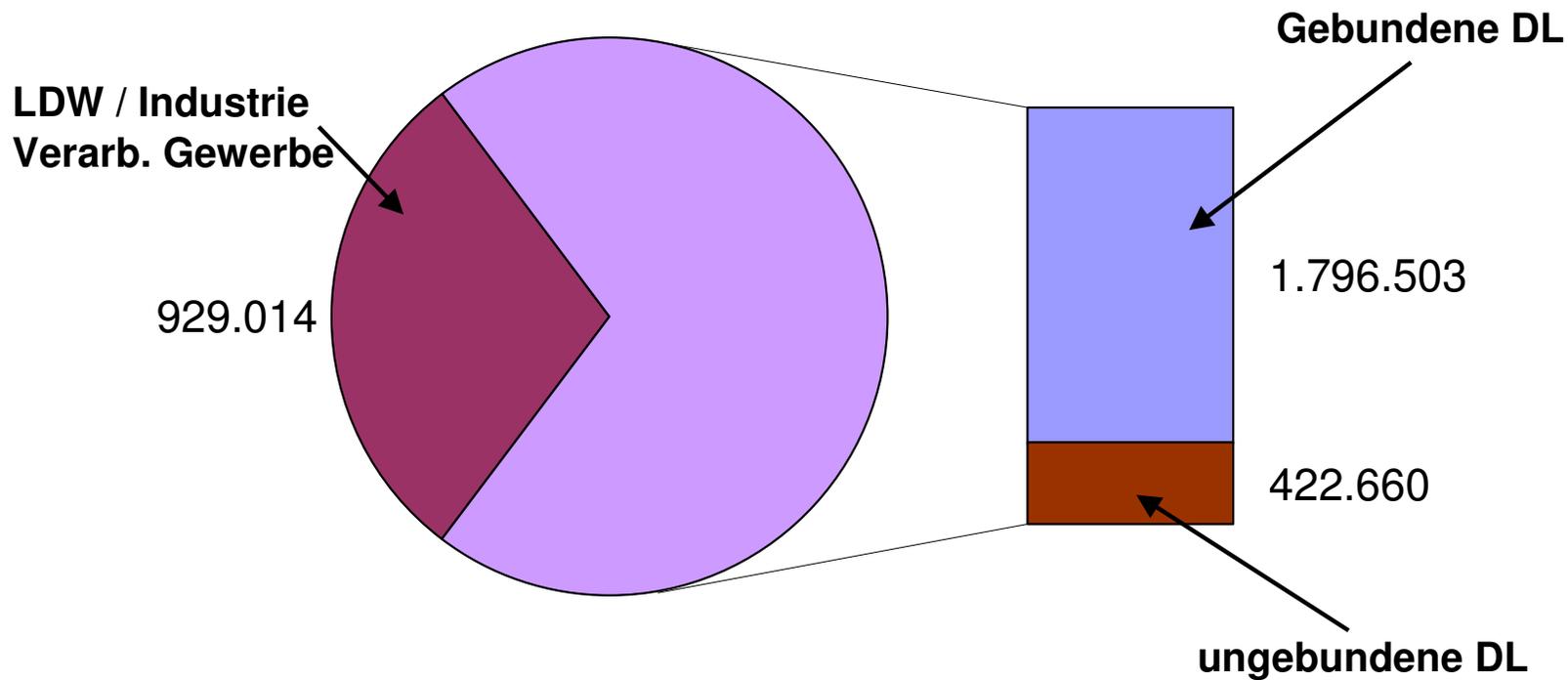
- mangelnde Lagerfähigkeit
- persönliche Interaktion von DL-Produzenten und Konsumenten
- geographische Nähe erforderlich
- z.B. Einzelhandel, GesundheitsDL, UnterrichtsDL, soziale & öffentliche Dienste, etc.

Handelbarkeit von DL (2)

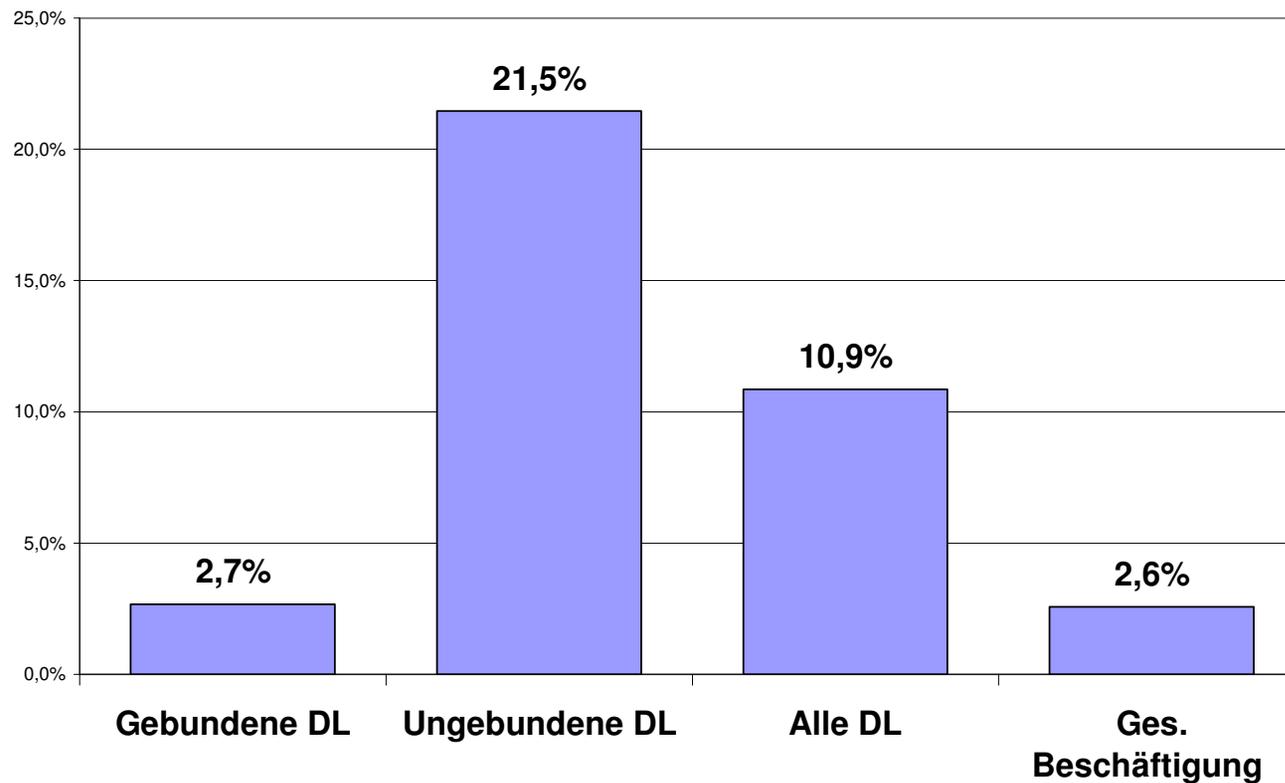
Ungebundene Dienstleistung

- physisch speicherbar
- über Distanz übertragbar -> int. Handel möglich!
- persönliche Interaktion nicht notwendig
- z.B. Finanzbereich, Nachrichtenwesen, komplexe Unternehmensdienste, etc.

Beschäftigungsstruktur 2001



Beschäftigungswachstum 1995 / 2001



Beschäftigungswirkung

„Vor diesem Hintergrund läßt sich in bezug auf die regionalen Wirkungen der Teritärisierung eine doch recht klare Erwartung formulieren: Produktions- und Beschäftigungsgewinne in Österreich sind in den letzten Jahrzehnten ausschließlich in den Dienstleistungsbereichen und hier besonders ... bei modernen, „ungebundenen“ Tertiärsektoren zustande gekommen.“ (S. 43)

Schmee, J. / Mesch, M. (2000), Dienstleistungsstandort Wien - Beschäftigung - Innovation - Wettbewerbsfähigkeit

Wien als regionales DL-Zentrum?

- Auf europ. Ebene ist Wien keine hochrangiges DL-Zentrum
- Fehlen ausgeprägter DL-Cluster
- geringer Ind.anteil in Wien -> Defizite bei industriennahen DL
- Entwicklung in Wien weniger dynamisch als im angrenzend Umfeld
- Chancen für regionales DL-Zentrum intakt (Mayrhofer, 2000)
- Identifikation von Wettbewerbsvorteilen ist schwierig

DL-Sektoren in Wien (1)

Handel

- Konzentrationsprozesse
- Aufbau enger vertikaler und horizontaler Verbindungen zw. Herstellern, Groß- und Einzelhandel (zunehmend eigene Vertriebsstrukturen der Hersteller, Übernahme der Großhandelsfunktion durch Spediteure, etc.)
- neue Vertriebsformen (z.B. Franchising)

DL-Sektoren in Wien (2)

Transportwesen

- im Landtransport seit 1995 zwar sinkende Unternehmerzahlen in Wien, dafür aber rascher steigend in NÖ
- Freigabe der Cabotage führte gemäß FV Gütertransport zu keinem all zu starken Wettbewerbsdruck

DL-Sektoren in Wien (3)

Bank und Versicherungswesen

- Deregulierung seit den 80er-Jahren
- seit den 90er-Jahren Implementierung der EU-Richtlinien - bereits weitest gehende Liberalisierung des Kapitalmarktes
- Konsequenz: Welle von (trans)nationalen Übernahmen, Fusionen und Allianzen und darauf folgende Rationalisierungsmaßnahmen (z.B. im IKT-Bereich)

Wertschöpfung Tertiärer Sektor

	Sek. Sektor	Gebundene DL		Ungebundene DL		
	Energie- und Wasserversorgung	Handel; Instandhaltung	Beherbergung/Gaststätten	Verkehr & Nachrichtenübermittlung	Kredit- & Versicherungswesen	unternehmensbez. DL, (Immobilien, Vermietung)
Anteil an Wertschöpfung 1998						
Wien	2,4%	14,5%	2,3%	7,7%	17,7%	18,0%
Niederösterreich	2,3%	15,4%	2,9%	9,0%	0,8%	12,7%
Österreich	2,6%	2,6%	3,9%	7,3%	6,8%	15,3%
Entwicklung 1995-1998						
Wien	0,9%	1,1%	6,5%	-1,2%	3,1%	4,5%
Niederösterreich	0,0%	7,7%	3,7%	11,6%	5,0%	5,9%
Österreich	0,5%	0,5%	3,0%	2,6%	3,3%	6,4%

Quelle: Statistik Austria

Wertschöpfung Tertiärer Sektor

	Gebundene DL						Bruttowertschöpfung insgesamt
	Öff. Verwaltung, Landesverteidigung, Soz.	Unterrichtswesen	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	sonstige öff. & per. DL	Private Haushalte		
Anteil an Wertschöpfung 1998							1998 Mio. €
Wien	6,9%	4,5%	3,7%	5,9%	0,1%		51.342
Niederösterreich	7,2%	4,9%	3,8%	2,9%	0,2%		27.720
Österreich	6,6%	5,2%	4,5%	3,8%	0,2%		178.861
Entwicklung 1995-1998							
Wien	1,6%	2,0%	-11,6%	4,5%	1,5%		1,7%
Niederösterreich	4,7%	3,1%	-4,3%	1,8%	3,1%		5,1%
Österreich	2,4%	2,1%	-5,6%	3,3%	3,1%		3,1%

Quelle: Statistik Austria

Regionale Kennzahlen

WK-Mitglieder	Entwicklung 1995-2001		
	W	NÖ	Ö
Gewerbe, Handwerk	6,5%	6,0%	5,7%
Industrie	0,5%	-0,3%	-0,1%
Handel	-2,9%	0,4%	-0,5%
Bank, Versicherung	-6,6%	-5,9%	-6,1%
Transport, Verkehr, Telekomm.	-0,4%	3,2%	1,4%
Tourismus, Freizeitwirtschaft	2,0%	2,7%	1,8%

Quelle: WKÖ

DL-Handel mit den MOEL (1)

Ö. Wettbewerbsposition

- Hohe Überschüsse gegenüber den Transformationsländern im DL-Handel
- Vermittlungstätigkeiten zwischen den Oststaaten und teilweise auch die Übernahme von Vertriebsfunktionen für kleinere und mittlere Privatunternehmen aus den MOEL mit geringer Erfahrung auf den Weltmärkten (Mayrhofer, 1998).
- Dynamische Entwicklung Ö bei modernen Diensten: technische, wissenschaftliche und wirtschaftliche Beratung, Werbung bzw. Bank- und FinanzDL

DL-Handel mit den MOEL (2)

Tourismus

- Zentraleuropäische Konkurrenz im Städte- und Wellness-tourismus
- Wohlstandssteigerung bei den Beitrittskandidaten lässt vermehrt Touristen aus diesen Ländern erwarten
- Unterstützung des Tourismus-Arbeitsmarkts
Großteil der Saisoniers aus den Oststaaten

DL-Handel mit den MOEL (3)

Ö. Wettbewerbsnachteil

- Arbeitskostenintensive DL-Bereiche in Grenznähe wie z.B. grenzüberschreitender Einkaufsverkehr, Inanspruchnahme von persönlichen Leistungen und GesundheitsDL
- 11% der österreichischen Arbeitnehmer sind durch Grenznähe betroffen.

DL-Handel mit den MOEL (4)

Ausblick

- **Ö** erfüllt die Rolle als Technologiegeber nur begrenzt in den MOEL (geringe Einnahmen und Lizenzen).

Dennoch:

- Derzeit noch rigides DL-Regime in den MOEL lässt großes Potenzial in Zukunft erwarten.

DL-Handel mit den MOEL (5)

Praxis

- Österreichische Erfolgsgories im Osten?
- Handelsbarrieren?

DL-Handel mit den MOEL (6)

österr. Erfolgsgeschichten

- Banken: Erste Bank, BA-CA, Raiffeisen
- Versicherungen: Wiener Städtische, Uniqa Raiffeisen, Generali Gruppe
- OMV-Tankstellen
- weitere Stärken in Handel, Bau, Vermietung und unternehmensnahe DL

General Agreement on Trade in Services

Grundsätzliches zum GATS (1)

- GATS ist mit dem Positivlistenansatz ein flexibleres Abkommen als GATT, dafür auch sehr komplex. Jedes Mitglied geht nur die Liberalisierungsverpflichtungen ein, die es eingehen möchte.
- GATS ist ein Liberalisierungsabkommen.
- GATS ist **KEIN** Privatisierungsabkommen.
- GATS ist **KEIN** Deregulierungsabkommen. Die innerstaatliche Regulierung gilt gleich für in- und ausländische Anbieter.

Grundsätzliches zum GATS (2)

- Meistbegünstigungsklausel
- Der Positivlistenansatz bricht mit dem Prinzip, dass alle Vertragsparteien die gleichen Sektoren öffnen. Welche Vorteile kann unilaterale Öffnung bringen?

Erbringungsarten & Handelbarkeit

GATS-Erbringungsarten	gebundene vs. ungebundene DL
Mode 1: grenzüberschreitende Erbringung	vorwiegend ungebundene DL (z.B. Finanzbereich)
Mode 2: Inanspruchnahme im Ausland	gebundene & ungebundene DL (z.B. Tourismus)
Mode 3: geschäftliche Anwesenheit (Niederlassung)	gebundene & ungebundene DL (z.B. in ausländischem Besitz befindliches Kurhotel)
Mode 4: Anwesenheit natürlicher Personen	gebundene und ungebundene DL (z.B. Architekt leistet pers. vor Ort)

EU-Position und WTO-GATS

19.3.	Besprechung der österreichischen GATS-Position im Wirtschaftsausschuss des österreichischen Parlaments
20.3.	österreichische Position in Brüssel abgegeben
26.3.	keine Einigung im Artikel-133-Dienstleistungsausschuss
9.4.	Artikel-133-Dienstleistungsausschuss - beabsichtigte Mode-4-Einigung
	wenn am 9.4. keine Einigung erzielt wird, Einsatz des schriftlichen Verfahrens
28.4.	Hinterlegung der EU-Angebots in Genf
Herbst 2003	Erster GATS-Verhandlungszwischenbericht beim fünften WTO-Ministerrat in Cancun

Innereuropäische Koordinierung & GATS-Verhandlungen

- **Innerösterreichische Koordinierung**
Begutachtung, öff. Konsultationen, österr. Position
- **Europäische Koordinierung**
Öff. Konsultationen
Mehrheitsbeschlüsse & Einstimmigkeit im
Artikel-133-Dienstleistungsausschuss
- **WTO-Verhandlungen**
Requests / Offers
Member-Driven

Das EU-GATS-Angebot (1)

Der Ausgangspunkt

- Österreich ist 1994/95 noch als eigenständiges WTO-Mitglied Liberalisierungsverpflichtungen in ca. 120 Sektoren eingegangen.
- Aufgrund des österreichischen EU-Beitritts und des In-Kraft-Tretens des Nizzavertrags sind weitreichende Kompetenzen in der Handelspolitik auf die Europäischen Union übergegangen.

Das EU-GATS-Angebot (2)

Vorgesehene Ausweitung der Verpflichtungen

- Rechtsdienstleistungen
- Post- und KurierDL
- Seetransport
- FlughafenDL
- UmweltDL

Das EU-GATS-Angebot (3)

Vorgesehene Ausweitungen bei Mode 4 (Contractual Service Suppliers)

- RechtsDL
- Buchhaltung
- ArchitekturDL
- Technische DL
- Computer und verwandte DL
- Werbung
- Unternehmensberatung und dazu verwandte Dienste
- Übersetzer
- UmweltDL

Das EU-GATS-Angebot (4)

Keine Verpflichtungen in der
Daseinsvorsorge

Folgende Sektoren sind **NICHT** im EU-Angebot:

- Gesundheitsdienstleistungen
- Audiovisuelle Dienstleistungen
- Bildungsdienstleistungen
- Personennahverkehr
- Trinkwasserversorgung

Konsolidierte EU-Liste

Österreich, Finnland und Schweden sind 1994 weitreichendere Liberalisierungsverpflichtungen als die EU-12 eingegangen.

Konsolidierung = Zusammenführung der Listen der 3 „neuen“ Mitgliedstaaten und der EU-12-Liste

Österreich übernimmt Einschränkung, dass in allen MS öffentliche Dienstleister Monopolstellung einnehmen dürfen (wissenschaftliche und technische Beratungsdienstleistungen, Forschungsleistungen in den Sozial- und Geisteswissenschaften, techn. Analysen, Umweltdienstleistungen, Gesundheits- & Transportdienstleistungen).

Rücknahme österreichischer Verpflichtungen wird Forderung anderer WTO-Mitglieder nach Kompensation in anderen Bereichen bringen.

Eine ähnliche Problematik könnte der Beitritt der MOEL mit sich bringen.

GATS Verpflichtungsliste

- Horizontal Section

<http://www.wto.org>

- Sector Section

Limitations on Market Access L. on National Treatment

	Limitations on Market Access	L. on National Treatment
A. Hospital services (9311)	1) Unbound* 2) None 3) Limitation of the number of beds; authorization required according to the national health-service plan is based on the criteria of need; when authorizing the establishment of hospitals due consideration on a case-by-case basis is taken of the density of population, existing facilities, traffic infrastructure, topographical conditions and the distance between hospitals 4) Unbound except as indicated in Part I	1) Unbound* 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in Part I

Sektorverpflichtungen unter GATS

Anzahl Sektorverpflichtungen	Anzahl WTO-Mitglieder	Einkommens-/Entwicklungsniveau
1-20	44	Entwicklungsländer mit niedrigstem und niedrigem Einkommen
21-60	47	Zumeist Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen
> 60	53	Alle entwickelten Industrienationen, einige Entwicklungsländer - darunter auch mit niedrigstem Einkommen, jüngst beigetretene WTO-Mitglieder

GATS Conclusio

- Der vom GATS betroffene DL-Handel ist verglichen zum EU-DL-Handel gering. Der Beitritt der MOEL führt einen beträchtlichen Handelsanteil in den Binnenhandel über.
- Ö ist beim DL-Handel aus Makro-Sicht wettbewerbsfähig.
- Das aktuelle EU-Angebot zeigt geringe Liberalisierungsfortschritte verglichen zu den bereits bestehenden Verpflichtungen.

Verwendete Literatur

Europäische Kommission (2003), Summary of the Commission's Proposal for the EU's Services Offer,

<<http://trade-info.cec.eu.int/doclib/html/112343.htm>> (28.10.2003)

Europäische Kommission (2002), The EU and Services negotiations in the WTO

<<http://wko.at/eu/handel/eu%20gats%20verhandlungen%20stand%20nov%202002.pdf>>
(28.10.2003)

Kronberger (2003), Der österreichische Außenhandel

2001/2002, Arbeitsgemeinschaft für Wirtschaft und Schule

<http://wko.at/aws/pdf/au4103.pdf>

<http://wko.at/aws/pdf/au4103Arbeitsblätter.pdf>

Mayrhofer (1998), Regimewechsel im Dienstleistungshandel mit den MOEL,
Wifo Monatsberichte 11/98

OECD (2002), GATS: The Case for Open Services Markets, Paris,

<<http://www1.oecd.org/publications/e-book/2202021E.PDF>>

(28.10.2003)

Schmee/Mesch (2000), Dienstleistungsstandort Wien - Beschäftigung -
Innovation - Wettbewerbsfähigkeit, Arbeiterkammer Wien.

Handelspolitik

Internationaler Warenhandel

Ralf Kronberger

Gliederung Warenhandel

- Theorie des Außenhandels
- Theoretische Betrachtung der Leistungsbilanz
- Das EU-Mitglied Österreich
- Osthandel Ö & EU / aktuelle Situation und zukünftige Trends
- EU Außenhandel

Handelstheorie (1)

Interindustrieller Handel

- Theorie der absoluten und komparativen Kostenvorteile
- Tausch unterschiedlicher Güter wird erklärt
- Starke Spezialisierung der Länder gemäß Theorie
- Wohlfahrtsteigerung aber ungleich verteilte Gewinne
- Erklärung des Handels zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern
- Geringe Diversifikation bei Produkten und Handelspartner birgt Gefahr großer Abhängigkeit.

Handelstheorie (2)

Intraindustrieller Handel

- Neue Theorie des Handels
- Skalenerträge und niedrigere Transportkosten
- Produktvielfalt durch Handel bei Massenproduktion
- Tausch sehr ähnlicher aber nicht gleicher Güter wird erklärt

Handelsverflechtung

Maß & Bedeutung

- Maß für die Offenheit einer Volkswirtschaft

Definition: $\frac{X+M}{Y}$ bzw. $\frac{X}{Y}$

Daten sind ablesbar aus VGR & Zahlungsbilanz

- preisliche Wettbewerbsfähigkeit hohe Bedeutung für heimische Konjunktur
- Hohe Abhängigkeit von Konjunktur der wichtigen Handelspartner

Bedeutung der nationalen Leistungsbilanzen in einer WWU (1)

Die Zahlungsbilanz in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten hat ihre geldpolitische Dimension weitgehend verloren.

Bedeutung der nationalen Leistungsbilanzen in einer WWU (2)

Elastizitätsansatz

Unterbeschäftigung -> kompetitive Abwertung

(positive Effekte nur dann, wenn Marshall-Lerner-Bedingung erfüllt - Summe der Preiselastizitäten der Nachfrage nach Exporten und Importen des betreffenden Landes sind größer als 1)

Praktisches Beispiel für Unwirksamkeit von Abwertungen: große Importabhängigkeit nationaler Produktion lässt Abwertungen ineffektiv werden

Bedeutung der nationalen Leistungsbilanzen in einer WWU (3)

Absorptionsansatz

Abwertung ist nur dann LBwirksam, wenn die Vollbeschäftigung und damit Inlandsnachfrage rückläufig ist

New-Cambridge-Ansatz

Budgetdefizit erhöht bei stabiler privater Inlandsnachfrage LB-Defizit

Bedeutung der nationalen Leistungsbilanzen in einer WWU (4)

Monetärer Ansatz

gesamte Zahlungsbilanz i. S. der Veränderung der Währungsreserven wird betrachtet - gegenläufige Resultate möglich - steigende Inlandsnachfrage kann zu steigenden Währungsreserven führen

Bedeutung der nationalen Leistungsbilanzen in einer WWU (5)

Dynamisch Ansätze

Intertemporale Verhaltensaspekte fließen in die Erklärung der Leistungsbilanz mit ein.

Spar- und Investitionsverhalten wird als Ergebnis eines dynamischen Optimierungsproblems gesehen

Die Konsumenten versuchen, ihre Konsummöglichkeiten optimal über die Zeit zu verteilen.

Bedeutung der nationalen Leistungsbilanzen in einer WWU (6)

Welche Ansätze können nun für die Erklärung der nationalen LB herangezogen werden ?

Bedeutung der nationalen Leistungsbilanzen in einer WWU (7)

Elastizitätenansatz und Absorptionsansatz können bei fixem Wechselkurs die LB nicht erklären.

Der monetäre Ansatz stellt nicht auf die LB an.

New-Cambridge-Ansatz funktioniert auch bei fixem Wechselkurs.

Dynamische Modelle erlauben insbesondere Aussagen über die Folgen einer langfristig unausgeglichenen LB.

Bedeutung der nationalen Leistungsbilanzen in einer WWU (8)

Bedeutung der nationalen LB für die Realwirtschaft

Real muss LB langfristig ausgeglichen sein (Zinsendienst steigt, wenn keine Produktivitätssteigerung erfolgt)

Kurzfristiges LB-Defizit, das sich in Investitionen niederschlägt, kann zukünftige Einnahmen generieren. (Ausweitung des inländischen Kapitalstocks wird fremdfinanziert, z.B. Irland)

Bedeutung der nationalen Leistungsbilanzen in einer WWU (9)

Monetäre Bedeutung der LB in einer großen offenen VW

$M \uparrow$ $i \downarrow$ $I \uparrow$ $C \uparrow$ $IM \uparrow$ $LB \downarrow$

Monetärer Ansatz ist weiter gültig für WWU.

Nationale Positionen in Kapitalbilanz weiter wichtig: Aktiv- und Passivdirektinvestitionen Ausdruck der

(1) Standortattraktivität

(2) Internationalisierung der inländischen Produktionsbetriebe

Bedeutung der nationalen Leistungsbilanzen in einer WWU (10)

Bedeutung der WWU-LB für die Realwirtschaft

- Grad der außenwirtschaftlichen Verflechtung sinkt durch Umwandlung von bisher grenzüberschreitende in binnenwirtschaftliche Transaktionen
- LB der WWU weniger variabel als der einzelnen MS (Gesetz des Durchschnitts).
- Größere Währung erleichtert Auslandsfinanzierung.

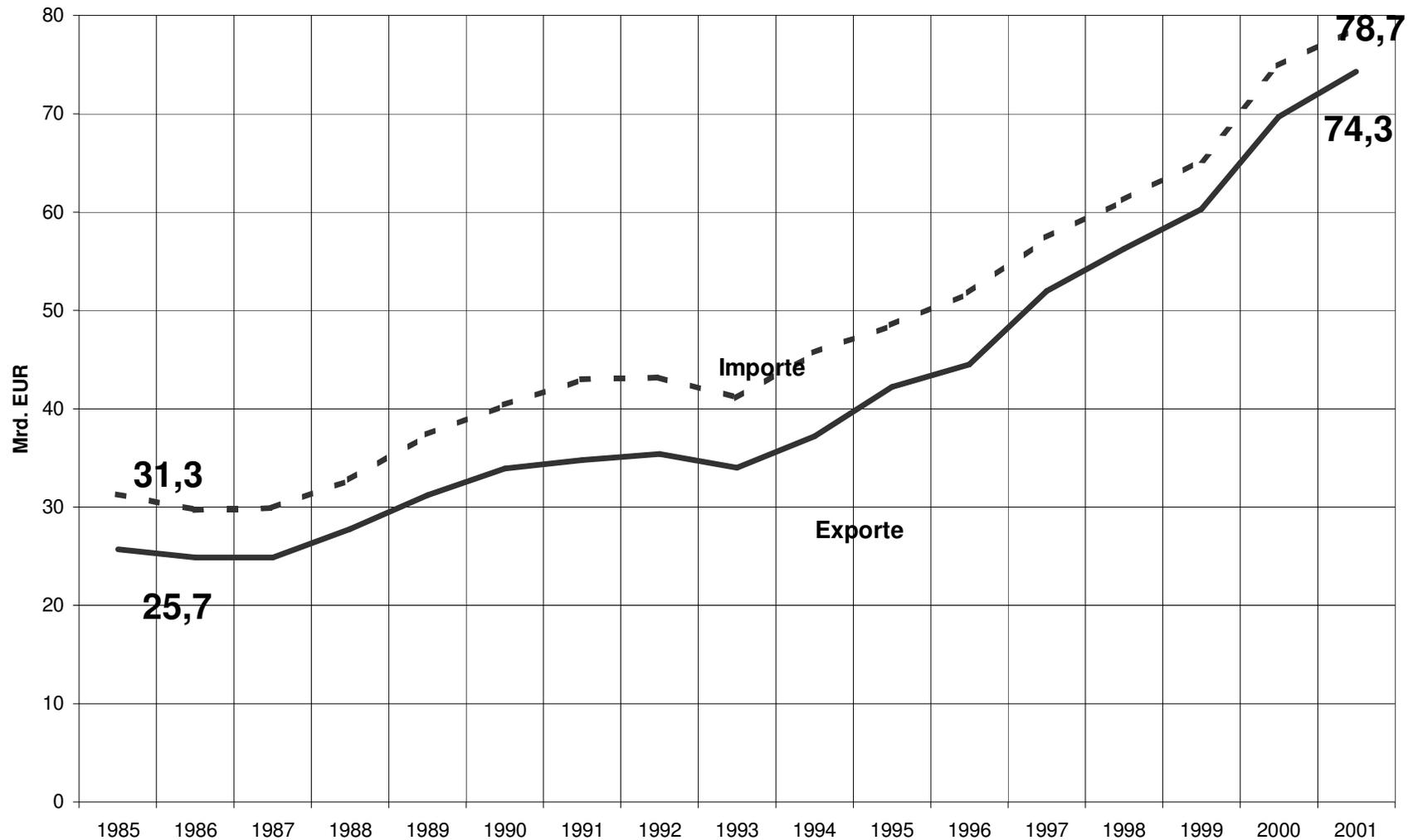
Der EU-Mitgliedstaat Ö (1)

Führende Handelsnationen (2001)

Rang	Exporte	Wert
		Mrd. USD
1	USA	730,8
2	Deutschland	570,8
3	Japan	403,5
4	Frankreich	321,8
5	Großbritannien	273,1
8	Italien	241,1
9	Niederlande	229,5
16	Spanien	109,7
17	Russische Föderation	103,1
18	Malaysien	87,9
19	Irland	82,8
20	Schweiz	82,1
21	Schweden	75,3
22	Österreich	70,3
	EU in den Rest der Welt	874,1
	Weltexporte	6155,0

Der EU-Mitgliedstaat Ö (2)

Entwicklung der Exporte und Importe



Der EU-Mitgliedstaat Ö (3)

Warenstruktur Exporte (SITC)

Klasse	Warenstruktur	Exporte		Importe		Differenz
		Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €
0	Ernährung	2.803	3,8	3.915	5	-1.112
1	Getränke und Tabak	992	1,3	437	0,6	555
2	Rohstoffe	2.389	3,2	2.959	3,8	-570
3	Brennstoffe, Energie	1.260	1,7	5.187	6,6	-3.927
4	Tierische u. pflanzliche Öle, Fette	54	0,1	109	0,1	-55
5	Chemische Erzeugnisse	7.086	9,5	8.249	10,5	-1.163
6	Bearbeitete Waren	17.160	23	13.389	17	3.771
7	Maschinen, Fahrzeuge	32.598	43,8	31.579	40,1	1.019
8	Sonstige Fertigwaren	9.834	13,2	12.482	15,9	-2.648
9	Waren, anders nicht genannt	275	0,4	351	0,4	-76
	Insgesamt	74.451	100	78.657	100	-4.206

Der EU-Mitgliedstaat Ö (4)

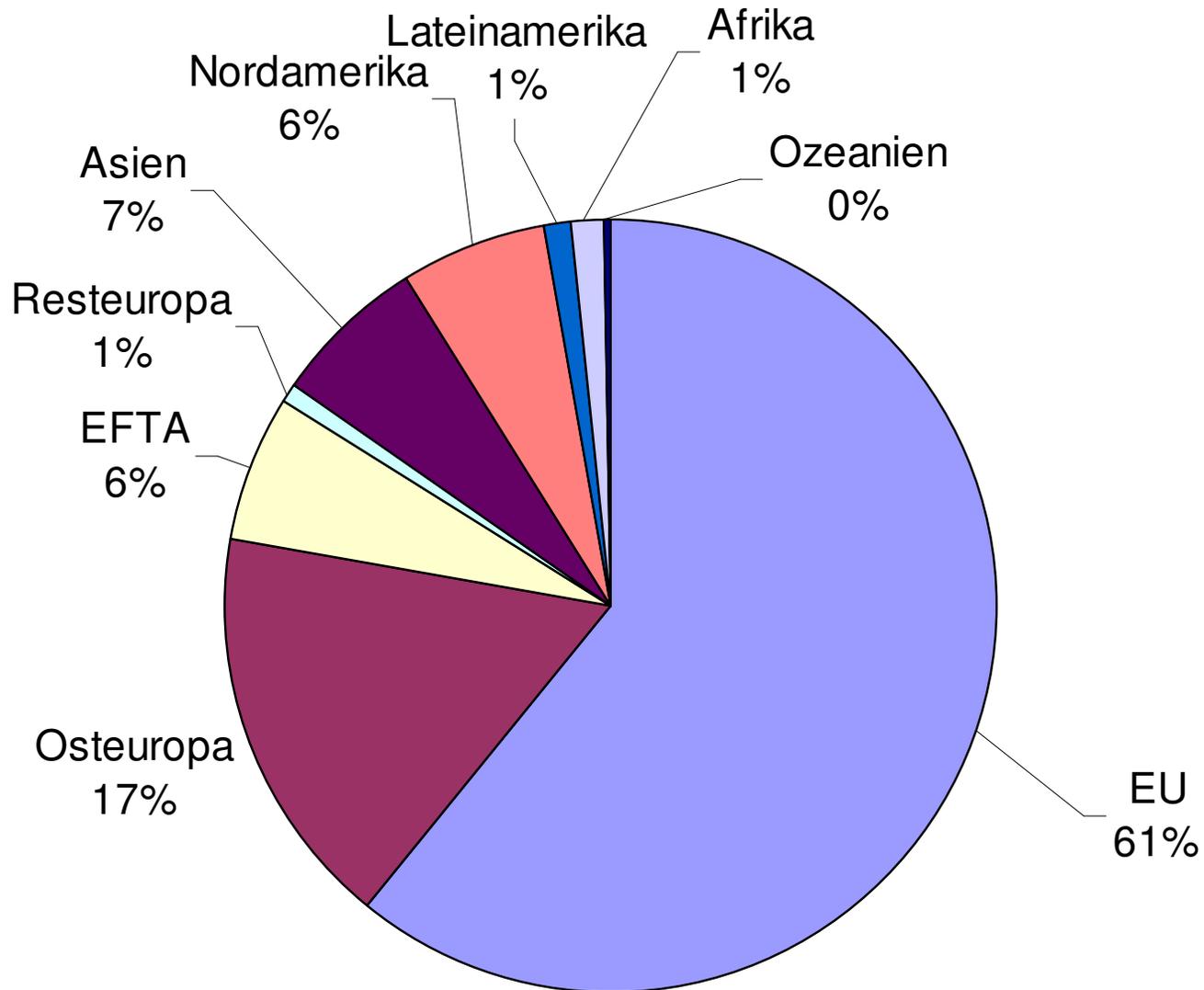
Ausgewählte 2-Steller (SITC)

00 Lebende Tiere	67 Eisen und Stahl
09 Versch genießbare Waren u Zubereitungen	71 Kraftmaschinen und -ausrüstungen
11 Getränke 12 Tabak und Tabakerzeugnisse	78 Straßenfahrzeuge
21 Häute Felle Pelzfelle roh 28 Metallurgische Erze u Metallabfälle	81 Gebäude Sanit Anlagen Beleucht Heizung
32 Kohle Koks Briketts 35 Elektrischer Strom	82 Möbel Bettausstattung Teile
41 Tierische Öle und Fette	84 Bekleidung u Zubehör
53 Farbmittel Gerbstoffe u Farben	85 Schuhe
54 Medizin u pharmazeut Erzeugnisse	87 Meß- Prüf- Kontrollgeräte
57 Kunststoffe in Primärformen	88 Fotogr. App optische u Uhrmacherwaren
61 Leder -waren ang. zugerichtete Pelzfelle	94 Vollständige Fabrikationsanlagen
64 Papier Pappe Waren daraus	
65 Textilien ohne Bekleidung	

SITC-Codes abfragbar auf Statistischer Datenbank der Vereinten Nationen
<http://unstats.un.org/unsd/comtrade/>

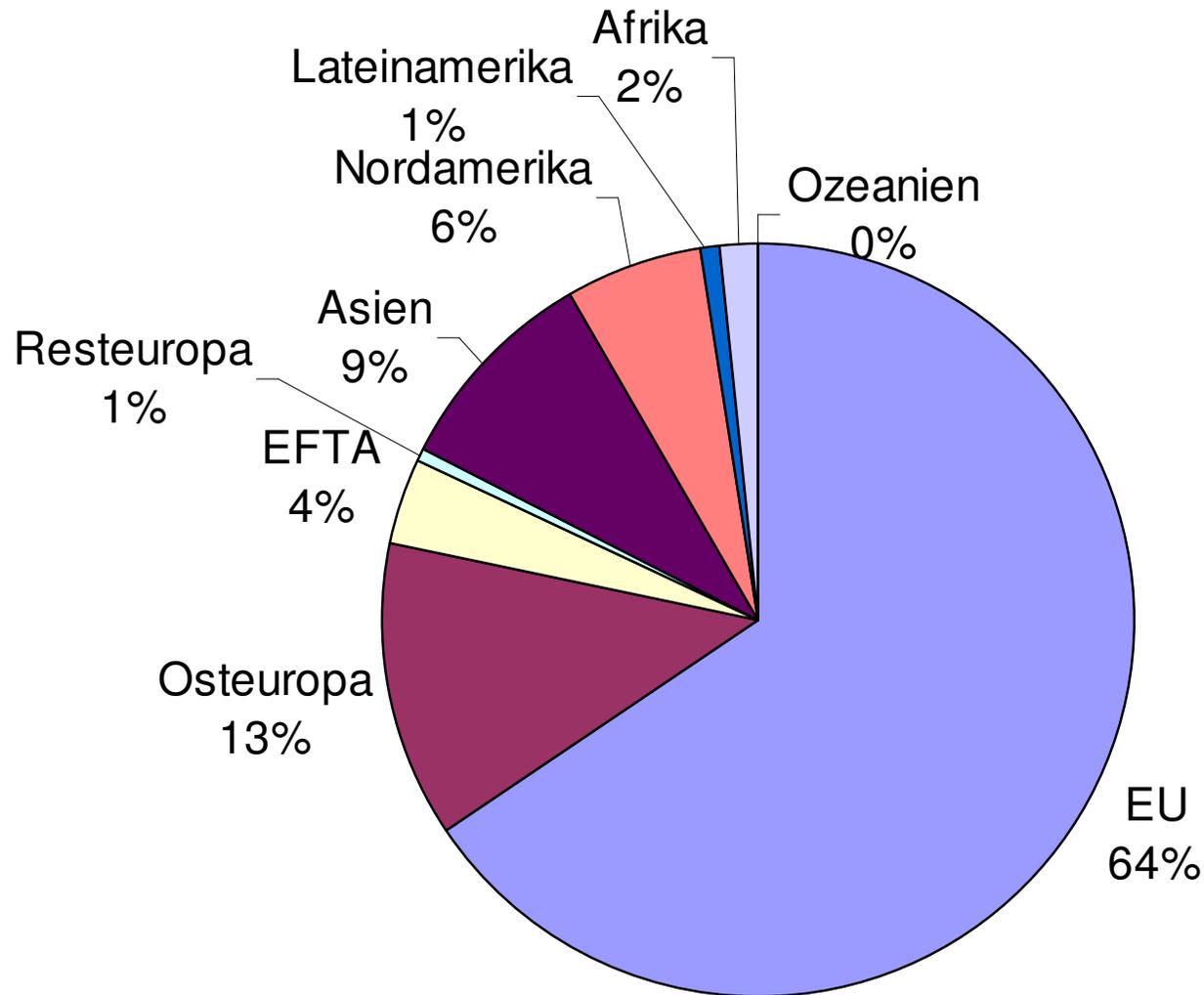
Der EU-Mitgliedstaat Ö (5)

Österreichs Exporte in die Welt 2001



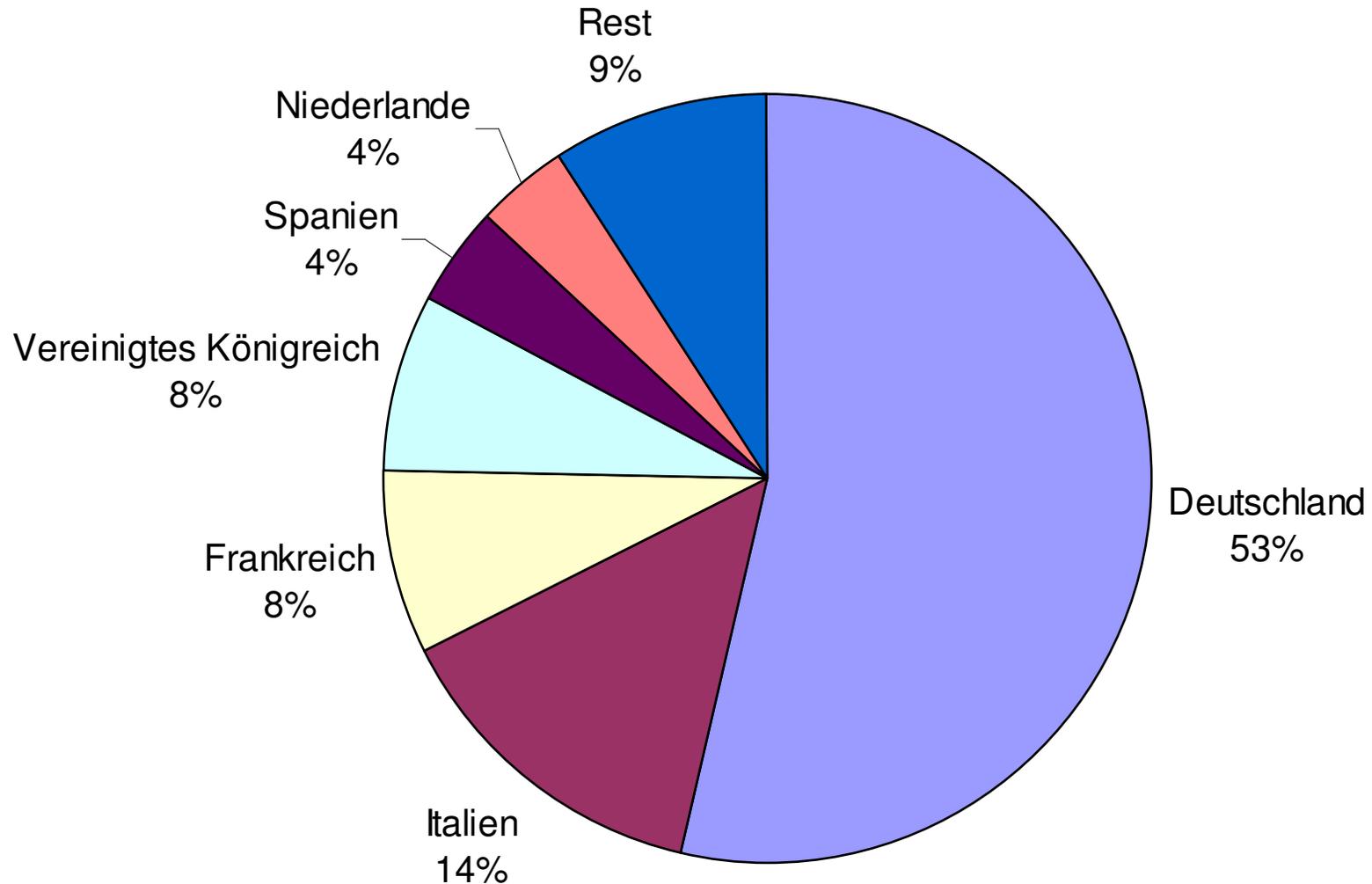
Der EU-Mitgliedstaat Ö (6)

Österreichs Importe aus der Welt 2001



Der EU-Mitgliedstaat Ö (7)

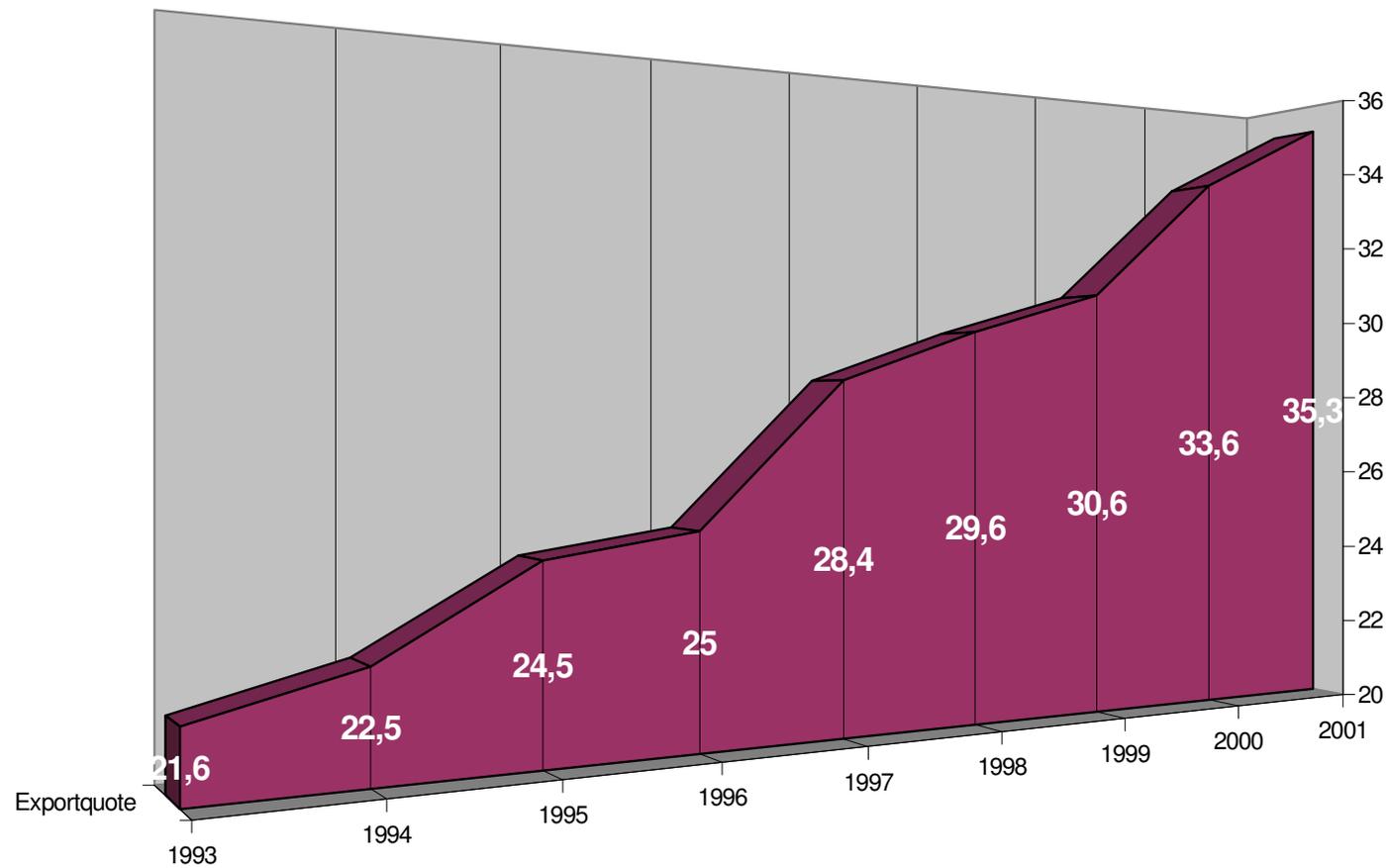
Österreichs Exporte in die EU 2001



Der EU-Mitgliedstaat Ö (8)

Exportquote

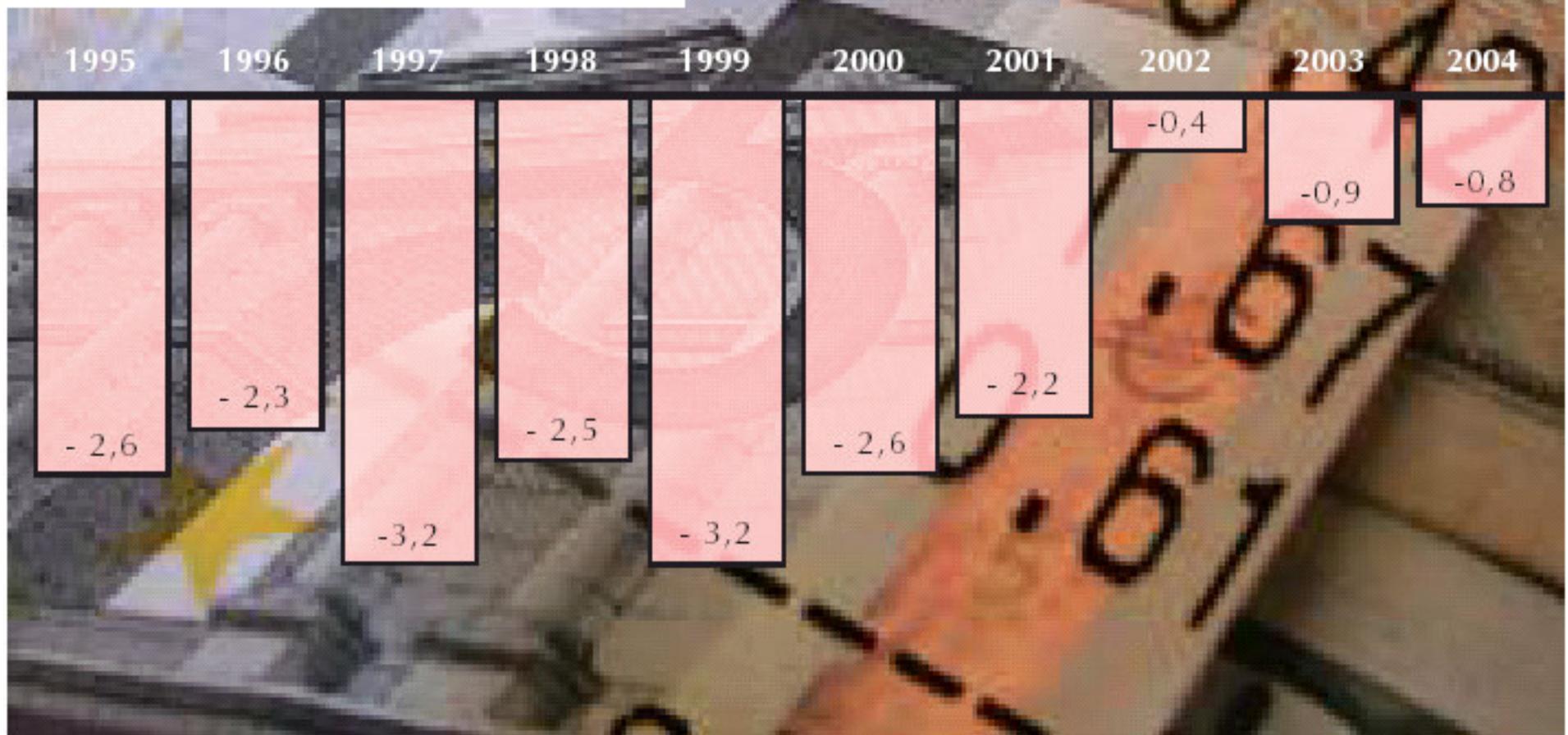
Warenexporte in % des BIP



Der EU-Mitgliedstaat Ö (9)

Leistungsbilanzsalden 1995 - 2004

LB-Defizit in % des BIP



2002 bis 2004: Prognose (WIFO)

12.6 Zahlungsbilanz

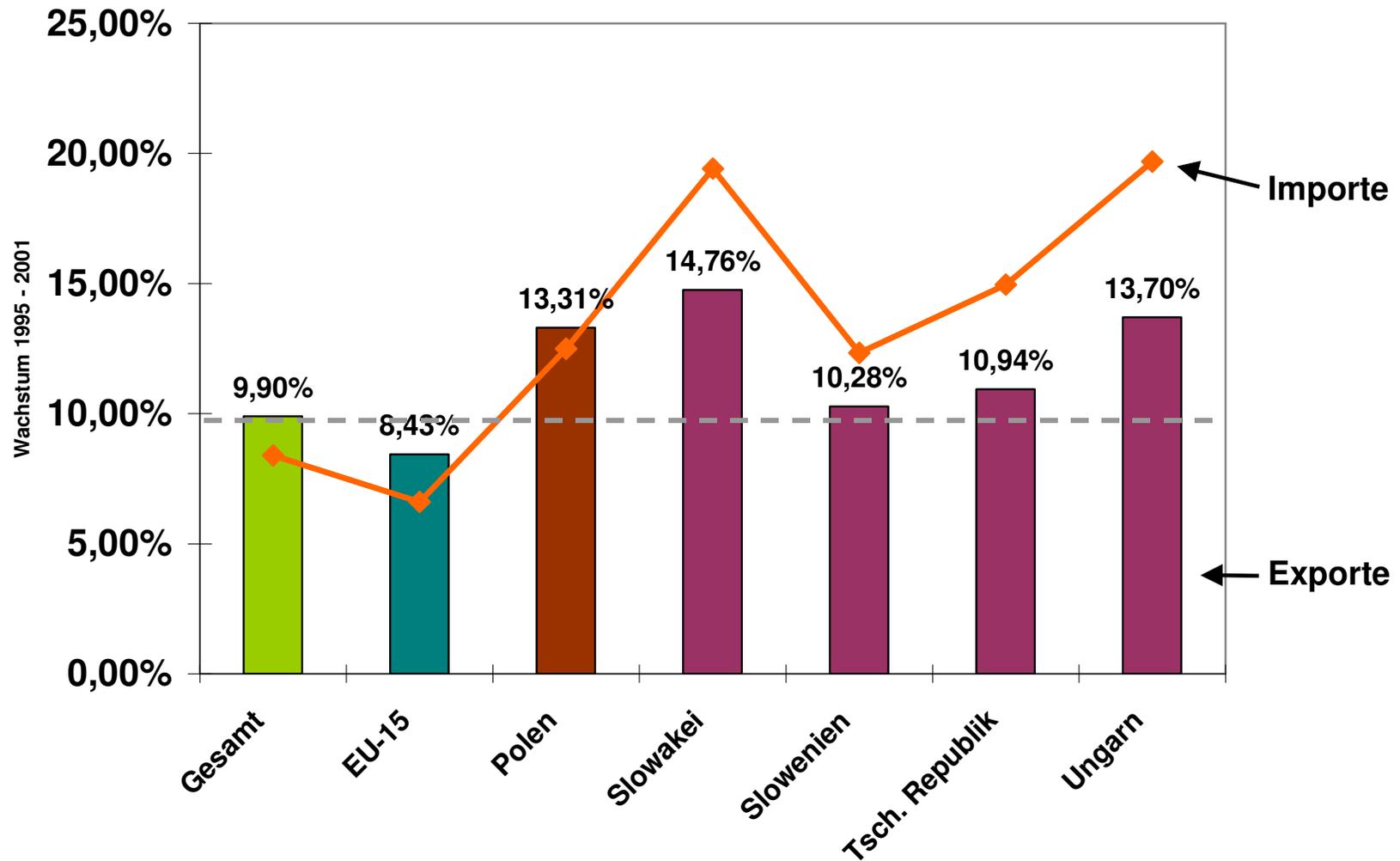
	Salden in Mrd. EUR							
	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
LEISTUNGSBILANZ	- 4,49	- 4,18	- 5,76	- 4,69	- 6,33	- 5,36	- 4,65	- 0,91
Güter und Dienstleistungen	- 1,50	- 2,10	- 2,90	- 1,17	- 1,73	- 1,25	- 0,03	+ 2,62
Güter	- 4,87	- 5,60	- 3,78	- 3,29	- 3,38	- 2,99	- 1,47	+ 3,45
Nicht aufteilbare Leistungen	+ 0,51	+ 1,00	- 1,24	- 1,55	- 2,43	- 2,82	- 4,22	- 7,45
Reiseverkehr	+ 1,93	+ 1,35	+ 0,79	+ 1,50	+ 1,73	+ 1,54	+ 1,45	+ 2,11
Sonstige Dienstleistungen	+ 0,94	+ 1,15	+ 1,33	+ 2,17	+ 2,34	+ 3,03	+ 4,22	+ 4,51
Einkommen	- 1,74	- 0,72	- 1,35	- 1,78	- 2,70	- 2,66	- 3,35	- 2,09
Laufende Transfers	- 1,25	- 1,37	- 1,51	- 1,74	- 1,90	- 1,45	- 1,28	- 1,44
Vermögensübertragungen	- 0,20	- 0,08	- 0,11	- 0,31	- 0,25	- 0,48	- 0,58	+ 0,00
Kapitalbilanz	+ 5,05	+ 3,81	+ 5,45	+ 5,53	+ 6,61	+ 4,68	+ 4,19	+ 0,91
Direktinvestitionen	+ 0,57	+ 1,92	+ 0,59	+ 1,61	- 0,31	+ 3,37	+ 3,20	.
Portfolioinvestitionen	+ 7,35	- 1,63	+ 1,37	+ 5,90	- 2,55	+ 3,23	+ 5,16	.
Sonstige Investitionen	- 2,08	+ 4,02	+ 0,05	+ 0,74	+ 7,93	- 2,70	- 5,86	.
Finanzderivate	+ 0,21	+ 0,32	+ 0,83	+ 0,19	- 0,42	- 0,26	- 0,33	.
Offizielle Währungsreserven ²⁾	- 1,00	- 0,81	+ 2,61	- 2,91	+ 1,96	+ 0,84	+ 2,07	.
Statistische Differenz	- 0,35	+ 0,44	+ 0,42	- 0,54	- 0,04	+ 1,15	+ 1,03	+ 0,00

Der EU-Mitgliedstaat Ö (10)

- Einschneidenste Ergebnisse für Ö Außenhandel
 - 1989 Fall des eisernen Vorhangs
 - 1995 EU-Beitritt
 - 2004 EU-Osterweiterung
- Warenexporte 22. Stelle im Welthandel
- ca. 2/3 Binnenhandel
- USA, Japan, China, Kanada wichtigste Überseemärkte
- industrielle Fertigwaren rd. 2/3 der Exporte
- große Bedeutung des intraindustriellen Handels

Osthandel Ö

Wachstum Außenhandel 95/01



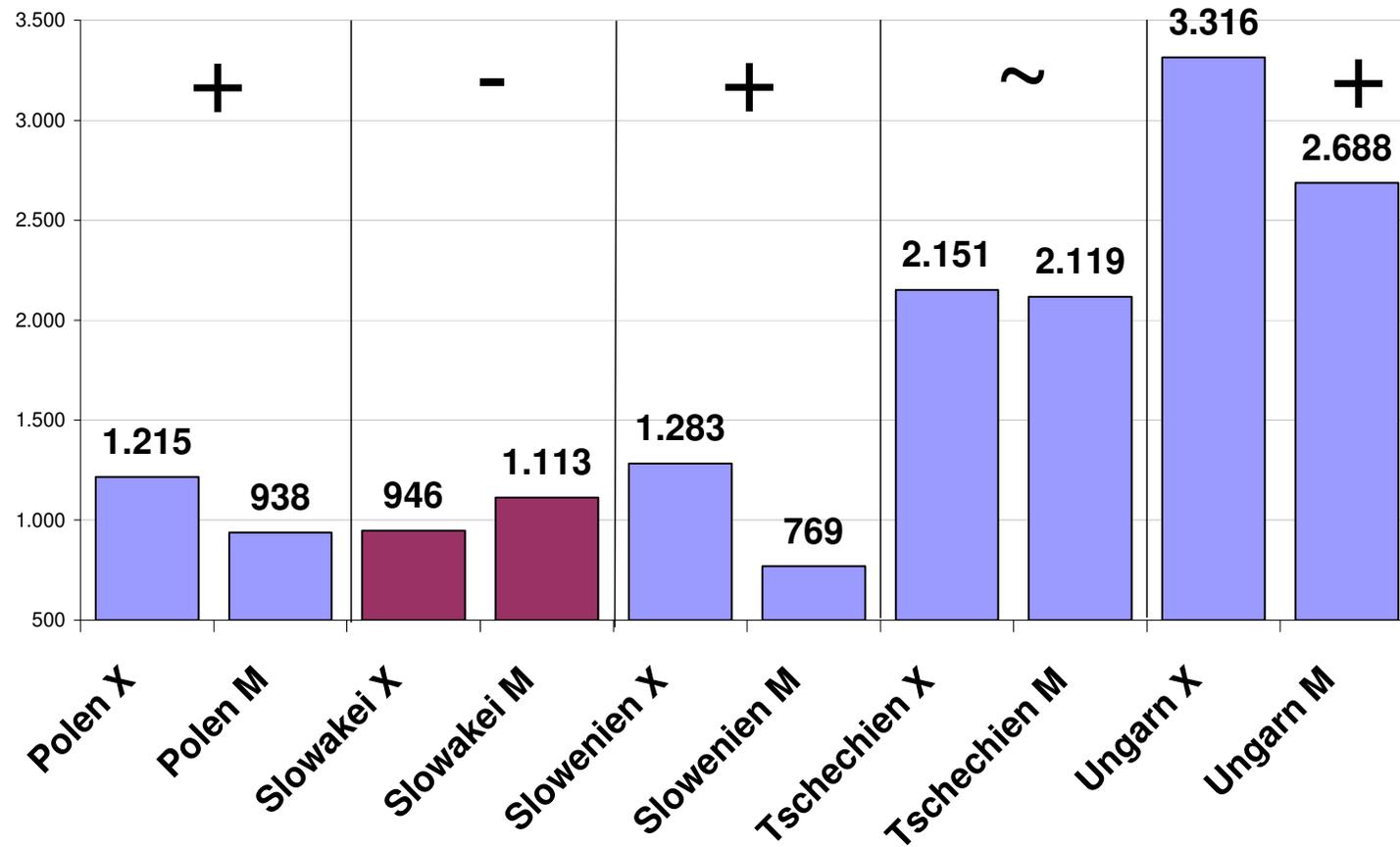
Osthandel Ö

Anteil MOEL-5 am Außenhandel

Rang	Land	Exporte in Mio. €	Anteil %	Importe in Mio. €	Anteil %	Hand.bilanz
7.	Ungarn	3.316	4,47	2.688	3,42	628
8.	Tschechische Republik	2.151	2,9	2.119	2,69	32
12.	Slowenien	1.283	1,73	769	0,98	514
13.	Polen	1.215	1,64	938	1,19	277
14.	Slowakei	946	1,27	1.113	1,41	-167
MOEL 5		8.911	12	7.627	9,7	1.284
Welt		74.251	100,00	78.691	100,00	-4.440

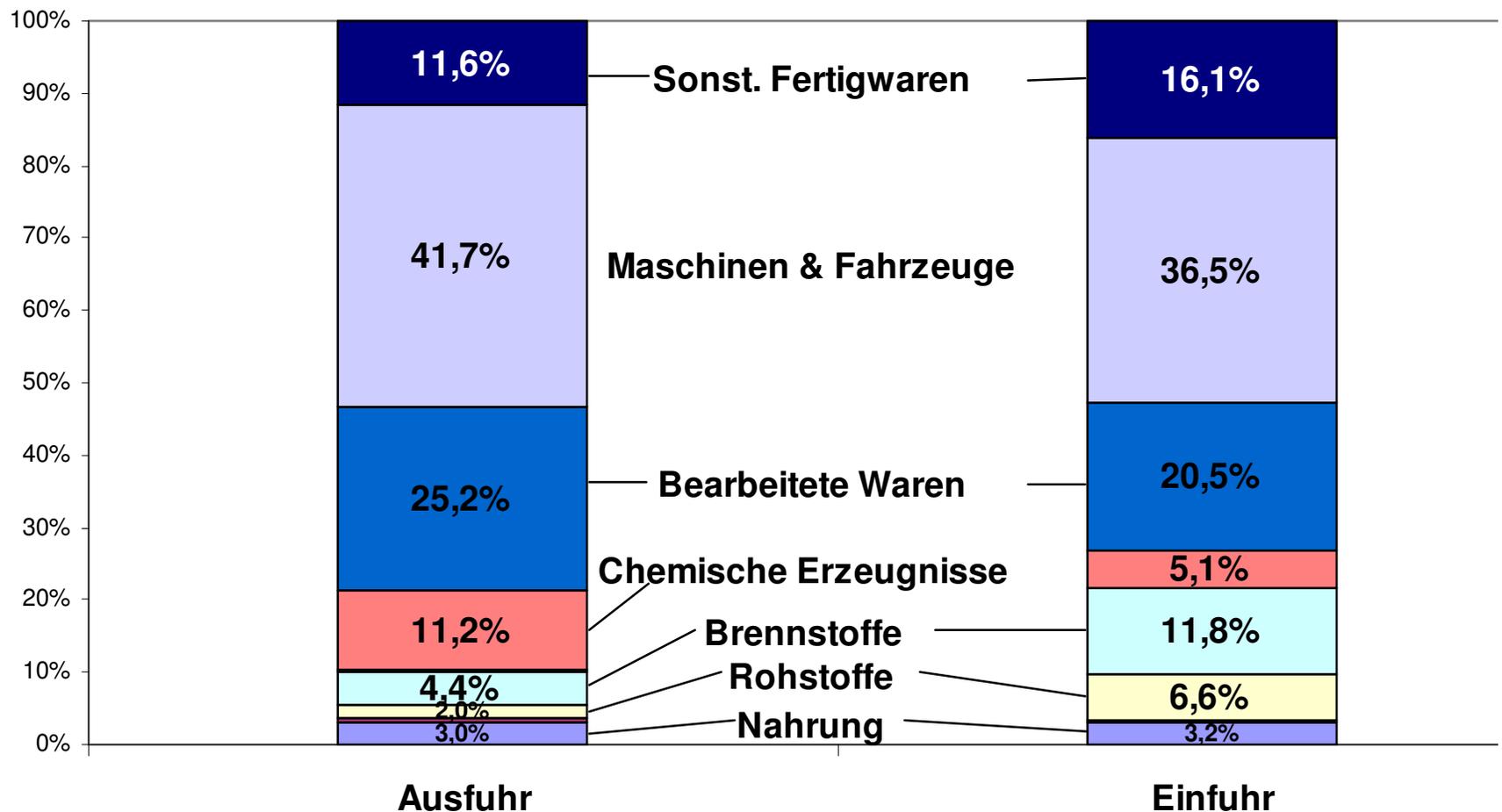
Osthandel Ö

Handelsvolumen mit dem MOEL-5 (2001)

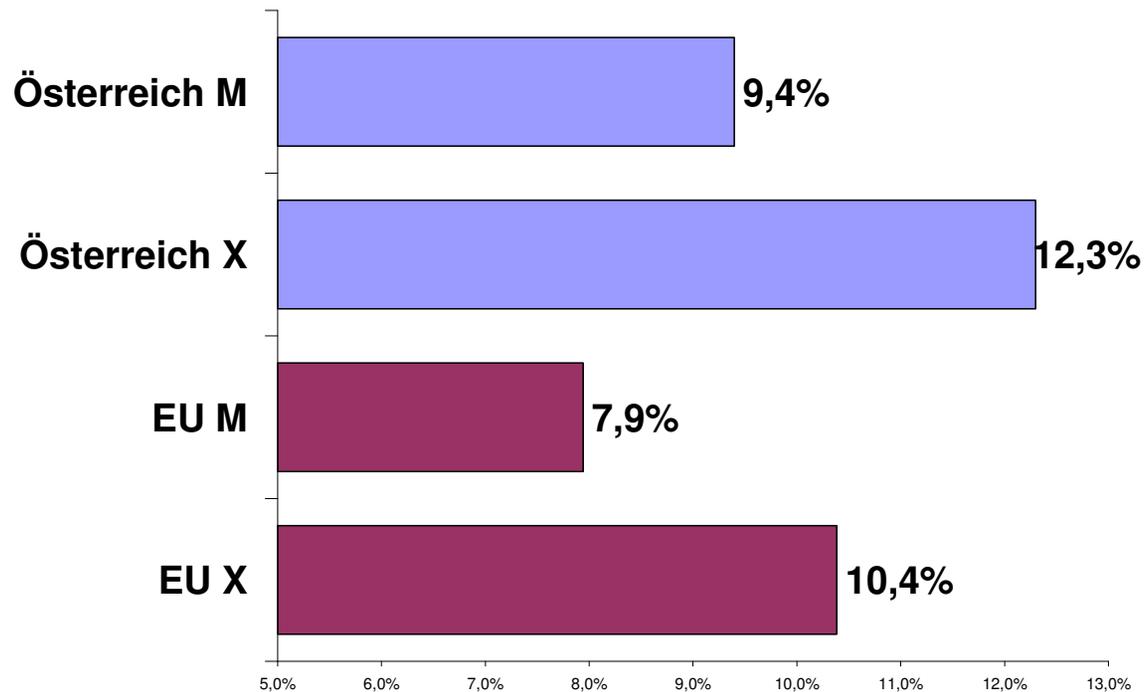


Osthandel Ö

Warenstruktur des MOEL-5-Handels



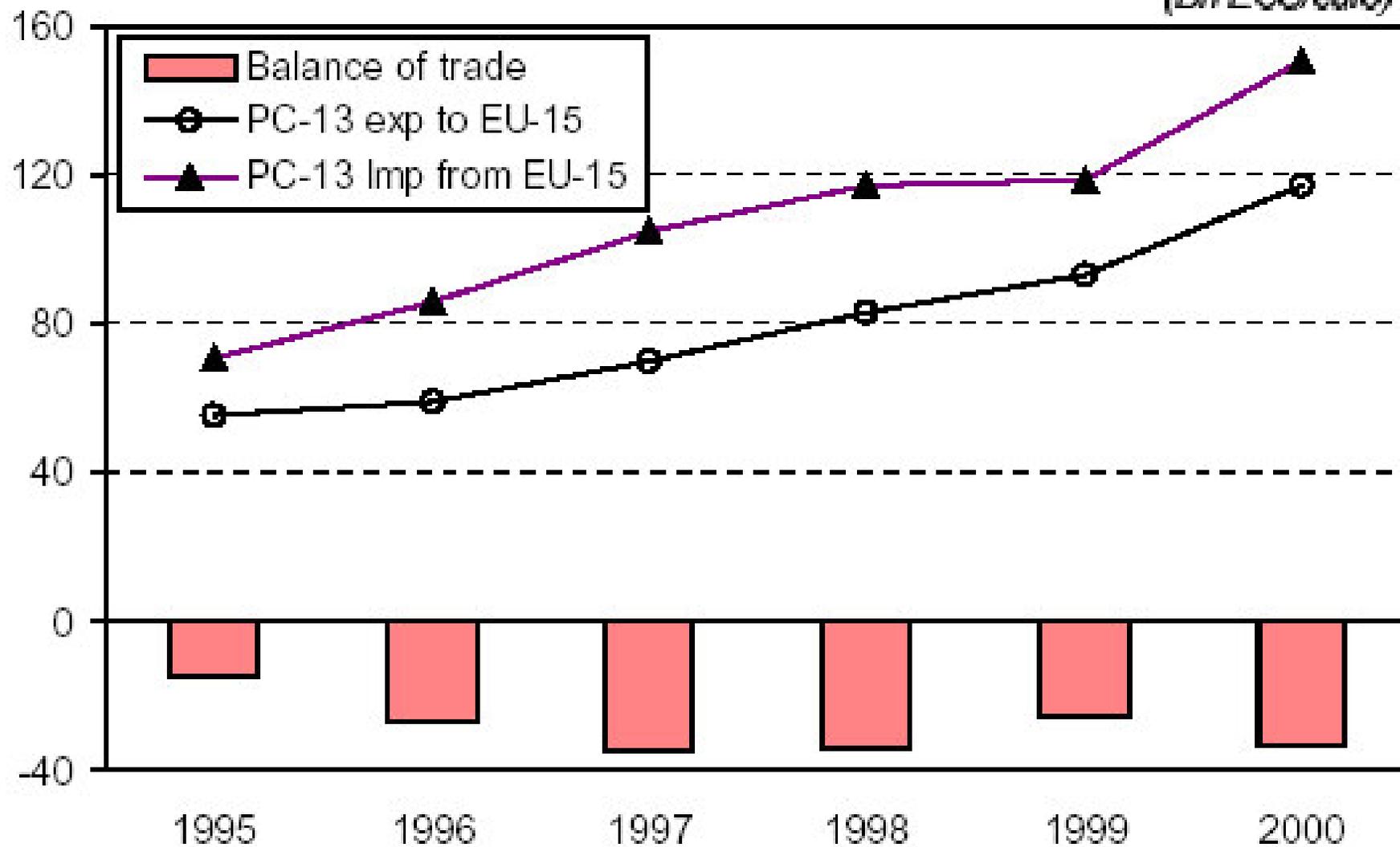
Anteil MOEL-5 am Außenhandel Ö/EU (2000)



Bei den gesamten Ausfuhren der EU in die MOEL haben Österreich und Deutschland einen Anteil von 53%, bei den Einfuhren sogar 60%.

Candidate countries' trade with the European Union

(Bn ECU/euro)



Komparative Vorteile EU - MOEL-5

Vorteile MOEL

- Schiffbau
- Stahl- und Eisenproduktion
- Textilien
- Kleidung und Schuhe

Vorteile EU

- Technologieintensive Güter
- Nahrungsmittelproduktion
- Landwirtschaft

Trends im Osthandel

Instrumente zur Potenzialabschätzung

Gravitationsgleichung

- geographische Nähe (Eisberg-Transportkosten) ↓
- gemeinsame Sprache ↑
- gemeinsame Grenze (~ fixed effects) ↑
- relative Größe des Landes (z.B. BIP) ↑
- absolute Distanz der Faktorausstattungen ~ interindustrieller Handel ↑

Trends im Osthandel

Potenzialabschätzung Ö

Egger(1998) - Wifo-Studie

Standardszenario

Österreichs Exporte in die MOEL-5 steigen um rund ein Viertel im Beobachtungszeitraum (1997 - 2004)

Ergebnis nach Alternativszenario

Fixe Effekte der MOEL ~ EU-Mitgliedländer

Österreichs Exporte verdreifachen sich.

Die Importe vervierfachen sich.

Das österreichische Handelsbilanzaktivum sinkt von 2 auf 1,3 Mrd.

Zukünftige Trends im Osthandel (1)

- **Bereits weitgehende Beseitigung tarifärer Handelshemmnisse (Zölle).**
Vorwegnahme der Handelsgewinne durch Zollunion
- **Durch den Binnenmarkt ist vermehrter Gütertausch auf Grund der zunehmenden Beseitigung von technischen Handelshemmnissen zu erwarten.**

Zukünftige Trends im Osthandel (1)

- **Langsame Konvergenz der Handelsstruktur**
 - weitere Zunahme des intraindustriellen Handels im unteren Qualitäts- und Preissegment
 - Unterschiede in der Faktorausstattung bleiben bestehen
 - EU verliert komparative Kostenvorteile in der Nahrungsmittelindustrie und in der Landwirtschaft
- **Dienstleistungshandel zeigt großes Potenzial**
 - Hohe Komplexität im Dienstleistungshandel erfordert intensive Binnenmarktharmonisierung
 - Komparative Vorteile Österreichs bei komplexen DL

Der EU-Außenhandel

Fig. 1 - EU, USA, Japan and an enlarged EU in comparison , 1999

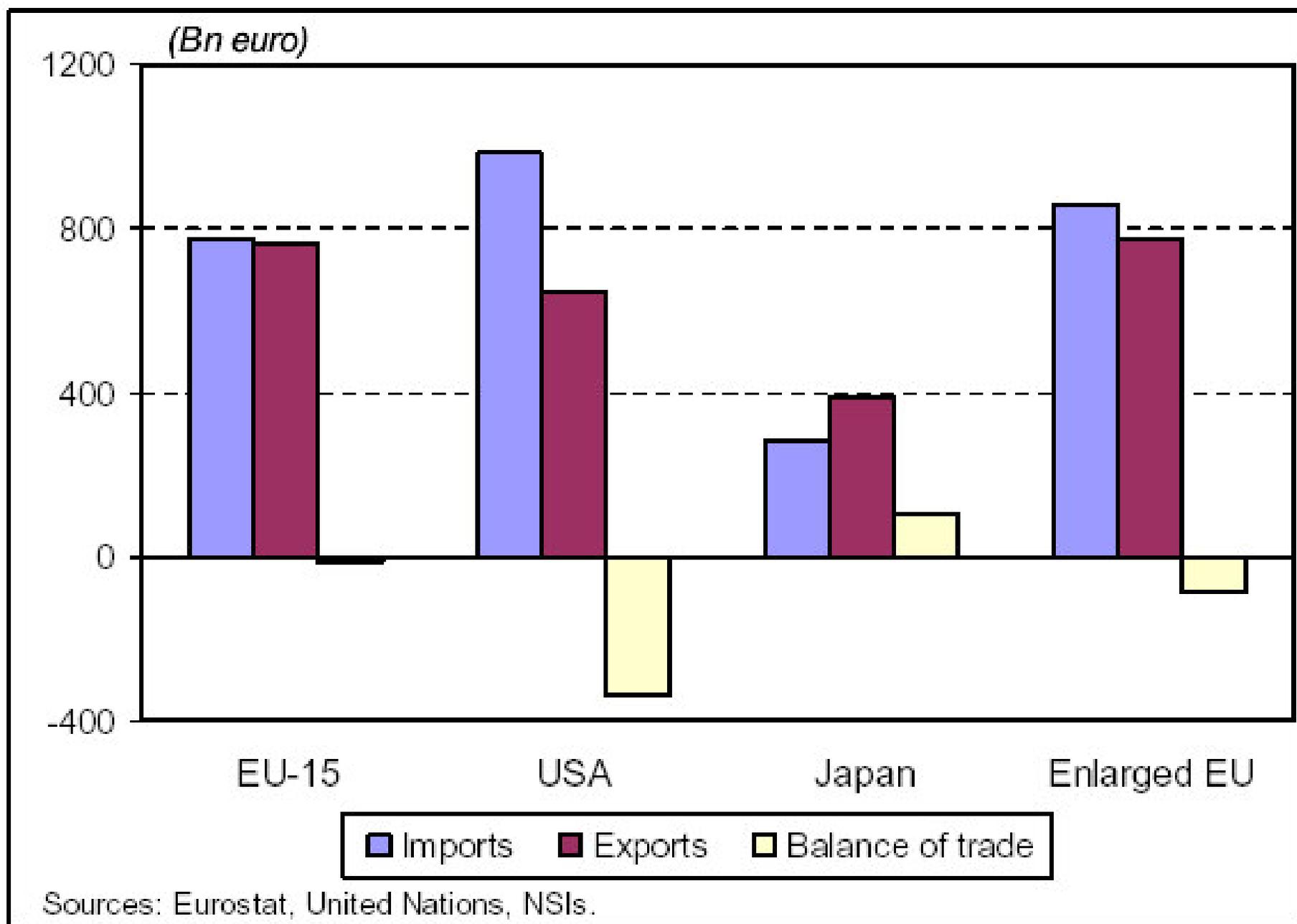
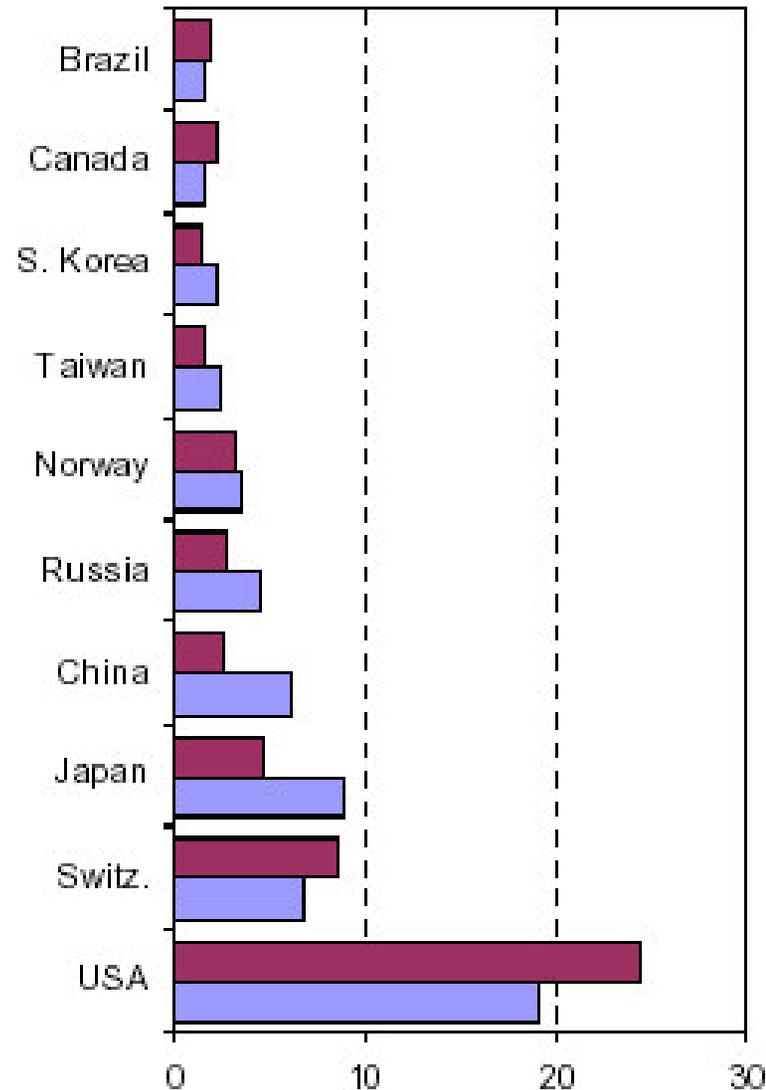


Fig. 2 - Breakdown of an enlarged EU's trade, 1999

(%)

In einer EU-28 gewinnen vor allem bei den Einfuhren Russland, die USA, Schweiz, Japan und China an relativer Bedeutung.

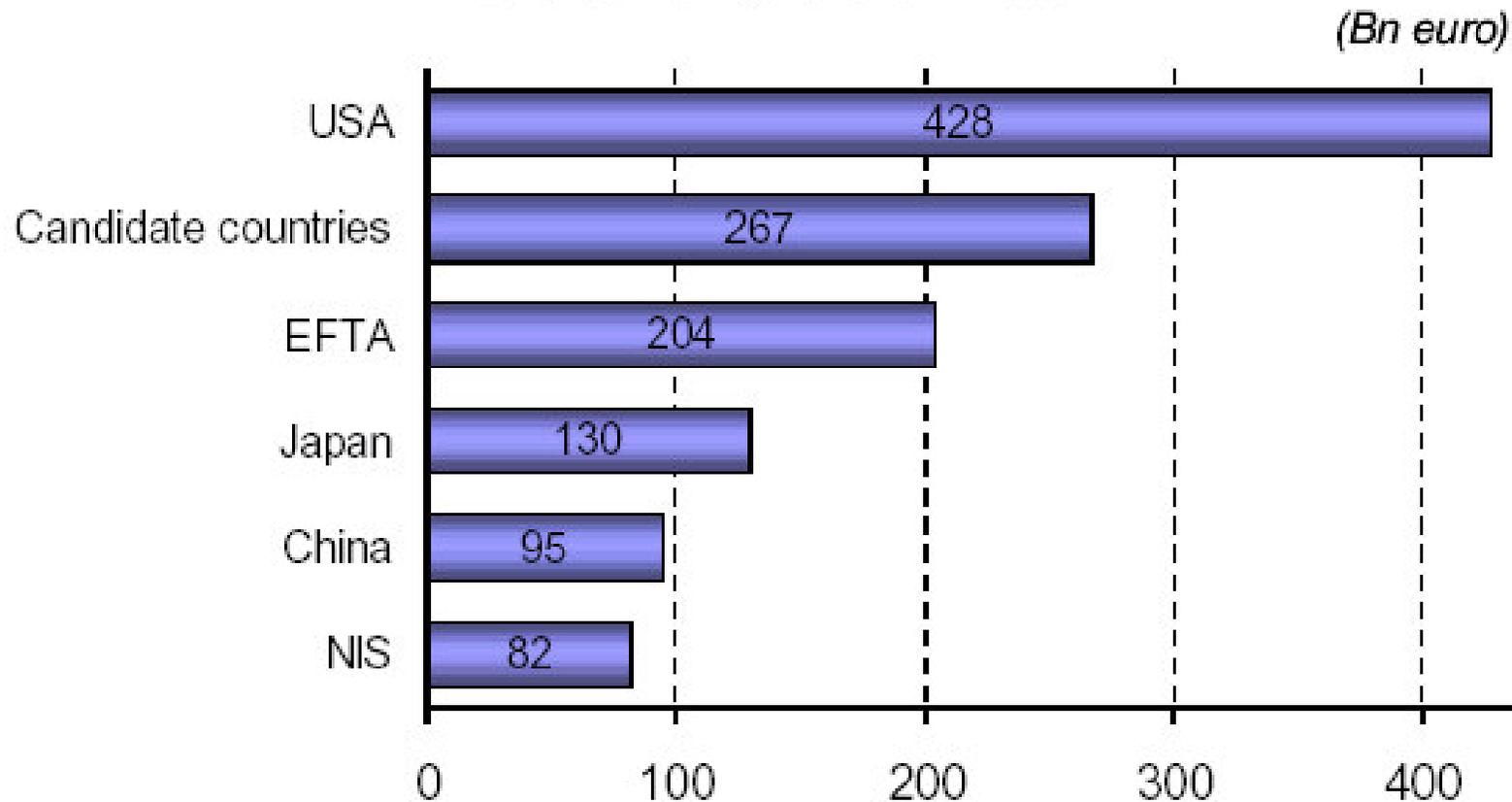
B: Breakdown by main partners



Sources: Eurostat, United Nations, NSIs.

Struktur des EU-Außenhandels

Figure 1 - Trade flows (imports and exports) between the EU and its main partners in 2000



Source: Eurostat (Comext).

Die Kandidatenländer waren/sind vor der Erweiterung die zweitwichtigsten Handelspartner der EU.



Handelsöffnung 2002,
in % des BIP

Die Öffnung von
Euroland betrug 2002
15,2% des BIP.

Handelsöffnung EU-15/28, USA & Japan 1999

(% des BIP)

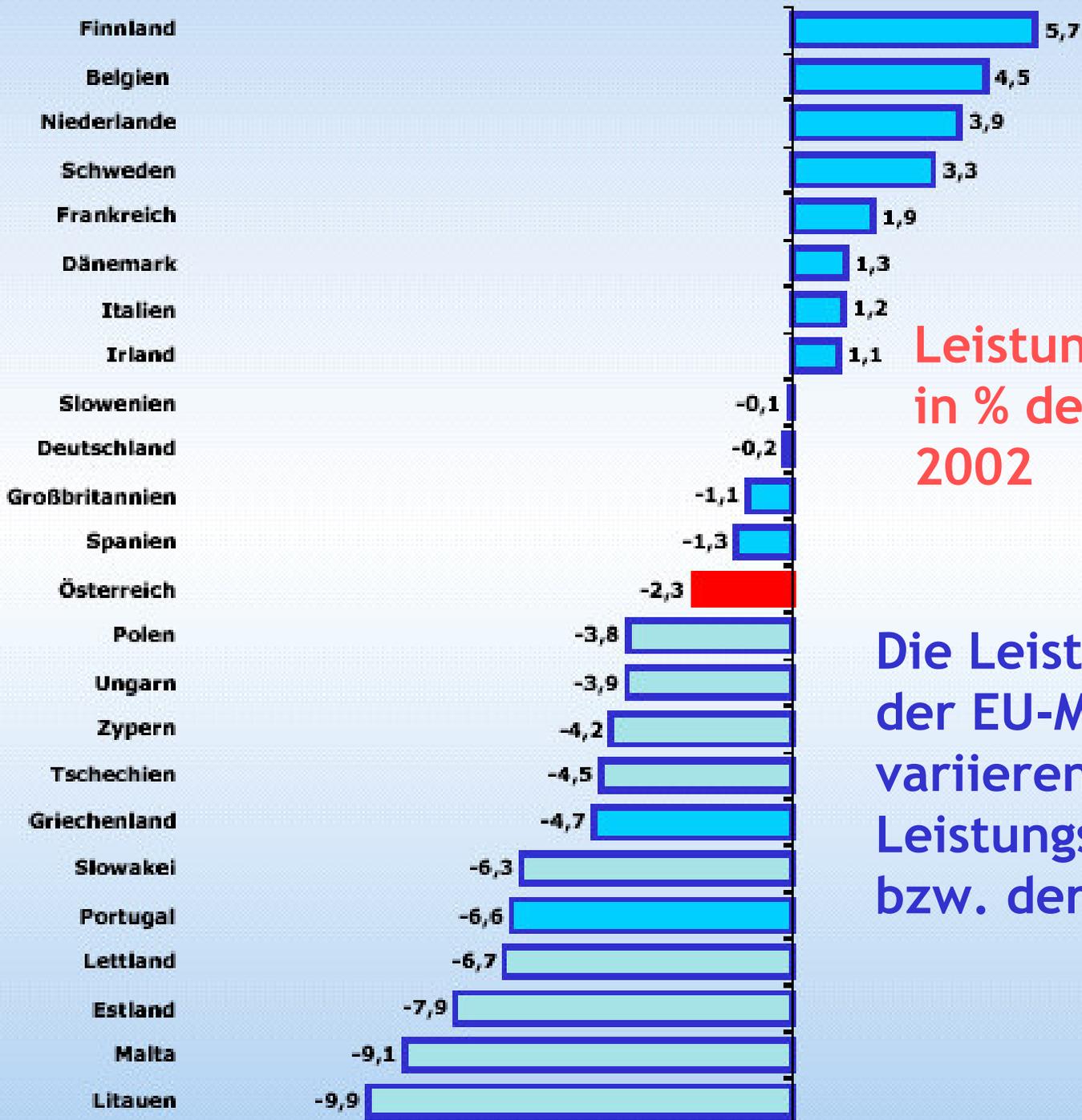
Table 1 - Enlarged EU vs top trading nations, 1999

	Imports	Exports	Balance	Imports	Exports	Imports	Exports
	<i>(Bn euro)</i>			<i>(% of GDP)</i>		<i>(% of world trade*)</i>	
EU-15	772.7	758.5	-14.2	9.7	9.5	-	-
USA	983.7	647.8	-335.9	11.3	7.5	23.1	16.3
Japan	285.1	389.1	104.0	7.0	9.6	6.7	9.8
Enlarged EU	859.4	774.3	-85.1	10.1	9.1	20.2	19.5

* excluding enlarged EU's intra-trade. Imports: 4 256.3 Bn euro; exports: 3 963.2 Bn euro.

Sources: Eurostat, United Nations, NSIs, IMF.

**Die EU-Intrahandel macht ein Vielfaches
des EU-Extrahandels aus.**



Leistungsbilanzsalden
in % des BIP - 1995-
2002

Die Leistungsbilanzsalden
der EU-Mitgliedstaaten
variieren stärker als die
Leistungsbilanz der WWU
bzw. der EU-15.

Der EU-Außenhandel

- In die USA wurden im Jahr 2000 233 Mrd. EUR exportiert.
- ca. 1/4 des Handels mit Asien, ca. 1/3 mit den Amerika
- Die EU-28 würden kaum mehr exportieren als die EU-15
- Die Handelsöffnung EU-15/28, USA und Japan sind ähnlich. Für die EU-MS verliert der Außenhandel an relativer Bedeutung.
- Die EU-Leistungsbilanz schwankte von 1999 bis 2002 in einem Bereich von +1/-1% des BIP.

Instrumente der Handelspolitik

- Zölle
- Quoten
- Subventionen
- Freiwillige Exportbeschränkungen
- Regeln bei öff. Ausschreibungen
- Ursprungsklauseln
- Standards
- bürokratische Regeln (z.B. Zollabwicklung)

Handelskonflikte

WTO-Streitbeilegung

Die ökonomische Dimension von Handelskonflikten	
Fall	Strafzoll
<i>Bananenfall</i>	191,4 Mio. USD
<i>Hormonfall</i>	116 Mio. USD
<i>Foreign-Sales-Corporations (FSC) Fall</i>	4.000 Mio. USD
<i>Stahlfall</i>	650 Mio. USD (betroffenes Handelsvolumen)
<i>Welthandelsvolumen 2002 (Import bzw. Exportseite)</i>	ca. 60.000.000 Mio. USD

Bananenfall

Handelsumlenkungen durch (Straf)zölle-> Fehlallokation
Konsumenten erleiden Realverluste.

ToT des Zoll-einhebenden Landes verbessern sich.

Wohlfahrt ausgedrückt durch BIP verschlechtert sich für die EU,
die USA profitiert.

Handelskonflikte

WTO-Streitbeilegung

How long to settle a dispute? [back to top](#)

These approximate periods for each stage of a dispute settlement procedure are target figures – the agreement is flexible. In addition, the countries can settle their dispute themselves at any stage. Totals are also approximate.

60 days	Consultations, mediation, etc
45 days	Panel set up and panellists appointed
6 months	Final panel report to parties
3 weeks	Final panel report to WTO members
60 days	Dispute Settlement Body adopts report (if no appeal)
Total = 1 year	(without appeal)
60-90 days	Appeals report
30 days	Dispute Settlement Body adopts appeals report
Total = 1y 3m	(with appeal)

http://www.wto.org/english/thewto_e/whatis_e/tif_e/disp1_e.htm

Handelskonflikte

WTO-Streitbeilegung

Die ökonomische Bedeutung der beleuchteten Handelskonflikte ist in Relation zum gesamten Handelsvolumen ausnehmend gering. Die Auswirkungen auf einzelne Unternehmen können sehr große sein.

Problem: Festlegung der Strafzölle, Cross-Retaliation, Karussellzölle

Mögliche Lösung: Direkte Transfers statt Zölle
Staaten verstossen gegen die Regeln, nicht Konsumenten und Unternehmer

Nach Optimalzolltheorie profitieren nur größere VWs von relativ höheren Zöllen - für kleine Staaten ist dieses System weniger geeignet

Handelskonflikte

WTO-Streitbeilegung

Mechanismus zur Sanktionierung von Regelverstößen ist unumgänglich für funktionierendes System.

Bei den Sanktionen ist zu überlegen, ob Adressaten und Instrumente die Richtigen sind.

Int. Offensive (1)

- Fonds zur Kofinanzierung von unternehmensspezifischen
- Markterschließungsstudien
- Marktinformationsveranstaltungen im Inland für Hoffnungsmärkte mit
- thematischen Schwerpunkten
- Programm zur individuellen Exportberatung für KMU-Erstexporteure
- Aktionsschwerpunkt "Exportcoaching"
- Aktionsschwerpunkt "Infrastruktur- und Umwelttechnologieexport nach Ost- und Südosteuropa"

Int. Offensive (2)

- **Aktionsschwerpunkt "Markterschließung"**
- **„Aktion Erstexporteur“: Flankierte
Geschäftsanhahnungsmissionen**
- **Aktionsschwerpunkt „Auslandsveranstaltungen“**
- **Aktionsschwerpunkt "Marketing"**
- **Dotierung von Exportfinanzierungsverfahren,
Garantieübernahmen für die internationale
Entwicklungszusammenarbeit und Trust-Funds bei**
- **internationalen Entwicklungsbanken**
- **Kooperation mit internationalen Forschungsinstituten**
- **Netzwerkbildung mit multilateralen
Entwicklungsbanken**
- **Kooperation Außenwirtschaft - Universität**

Verwendete Literatur

- Breuss (2001), WTO Dispute Settlement from an Economic Perspective - More Failure than Success?, IEF Working Paper Nr. 39, Wien.
- Burger/ Handler (2001), Brauchen wir nationale Zahlungsbilanzen im Euroraum, Wirtschaftspolitische Blätter 4, 412-422
- Egger (1998), Exportpotenziale zwischen Österreich und den benachbarten MOEL, Wifo-Monatsberichte 11/1998
- Kronberger (2003), Der österreichische Außenhandel 2001/2002, Arbeitsgemeinschaft für Wirtschaft und Schule
<http://wko.at/aws/pdf/au4103.pdf>
<http://wko.at/aws/pdf/au4103Arbeitsblätter.pdf>

Handelspolitik

Ausländische Direktinvestitionen

Ralf Kronberger

Ausländische Direktinvestitionen

Gliederung

- Theorie zu den DI
- DI in Ö
- DI in den MOEL
- DI in der EU

Die Wirkung von Direktinvestitionen (1)

Direktinvestitionen als Handelssubstitut?

Motive

Erschließung neuer Märkte - Market Seeker
z.B. angesichts hoher Handelsbarrieren

↑ Handelsbilanz

- Mutterunternehmen liefert Vorleistungen
- Mutterunternehmen exportiert in Gastländer nicht verfügbare Kapitalgüter
- billigere Zulieferung von Vorleistungen an Mutterunternehmen für billigere Exporte in Drittmärkte

Die Wirkung von Direktinvestitionen (2)

Direktinvestitionen als Handelssubstitut?

Motive

Verlagerung der Produktion ins Ausland - Efficiency Seeker

↓ Handelsbilanz

Verdrängung lokale Produktion sowie Verdrängung der Exporte des Mutterunternehmens in Drittmärkten

↓ Arbeitsmarkt

Die Wirkung von Direktinvestitionen (3)

Direktinvestitionen als Handelssubstitut?

Motive

Erschließung & Sicherung strateg. Positionen - Strategic Asset Seeker

Nutzung von Startvorteilen zur Absicherung von Märkten

Erhöhung von Eintrittsbarrieren von potenziellen Konkurrenten

↑ Handelsbilanz

Ausnützen von Rohstoffvorkommen - Resource Seeker

Die Wirkung von Direktinvestitionen (4)

Direktinvestitionen als Handelssubstitut?

Generell kann im Fall von marktorientierten Direktinvestitionen stärker mit positiven Handelsbilanzeffekten (und somit auch mit positiven Beschäftigungseffekten am heimischen Arbeitsmarkt) gerechnet werden, während im Fall von effizienzorientierten Direktinvestitionen mit negativen Handelseffekten gegenüber dem Zielland, aber mit positiven auf Drittmärkte zu rechnen ist.
(Altzinger, 2002)

Die Wirkung von Direktinvestitionen (5)

Kapitalverkehrs Bilanz

- ↓ Anfangsinvestition vs. ↑ rückfließende Gewinne
Grundsätzlich pos. Bewertung, wenn Faktorallokation optimiert ist

Die Wirkung von Direktinvestitionen (6)

FDI & Wachstum

Instrument für den Transfer von Kapital, Technologie und Wissen in die Gastländer

Erstrundeneffekt

↑ FDI ↑ I ↑ Y

Ausländische Investitionen tragen im Verhältnis mehr zur heimischen Produktivität bei als heimische Investitionen.

Die Wirkung von Direktinvestitionen (7)

FDI & Wachstum

Zweitrundeneffekt

Technologie-Spillover zu nationalen Unternehmen

↑ Wettbewerb

↑ Effizienz und Produktqualität

↑ Exportmöglichkeiten auch nationaler Unternehmen

Die Wirkung von Direktinvestitionen (8)

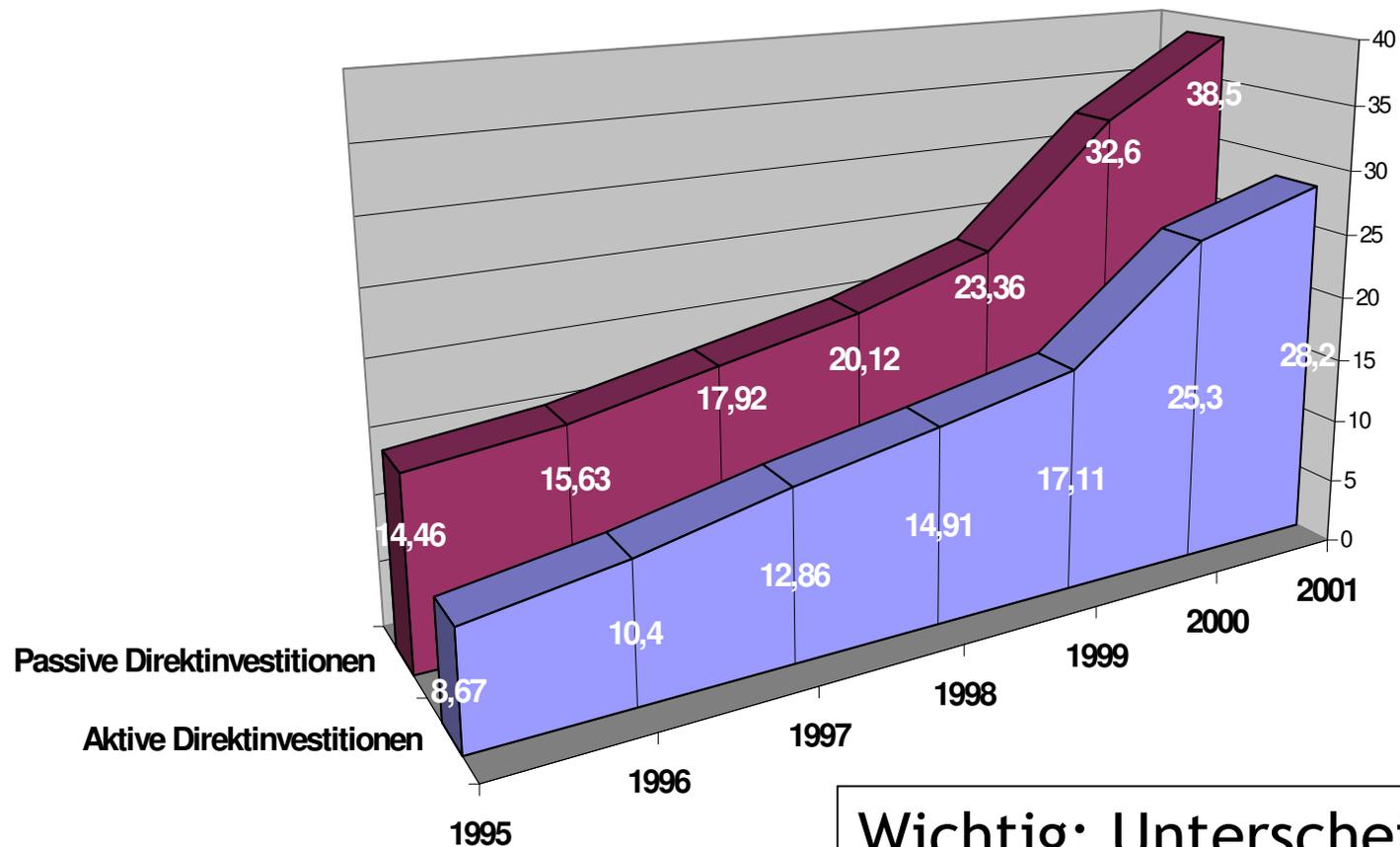
Nebenbedingungen für wachstumsfördernde Wirkung von FDI bei Entwicklungs- und Schwellenländern

- gute Wirtschaftspolitik
- institutionelle & gesellschaftliche Stabilität
- technologische Aufnahme(Absorptions-)fähigkeit bedingt Ausmaß des Spillovers von ausländischen zu heimischen Unternehmen
- relativ hoher Wettbewerb - wettbewerbsfähige inländische Unternehmen
- Mindestniveau an Humankapital
- ausreichend entwickelter lokaler/regionaler Finanzmarkt
- FDI komplementär zu lokalen Investitionen (lokale Investitionen werden nicht verdrängt)

Ausländische Direktinvestitionen Österreich

Entwicklung der DI in Ö

Bestand an österreichischen Direktinvestitionen
(aktiv und passiv in Mrd. EUR)



Wichtig: Unterscheidung in:

- Bestands- & Flussgrößen
- Aktiv- & Passiv-DI

Rahmenbedingungen für österr. DI in die MOEL

Zielländer (MOEL)

- (Massen-)Privatisierungen
- Neue und (seit 1993/94) wachsende Märkte (emerging markets)
- Große Unterschiede bei Faktorkosten & Produktivität
- Wirt., institutionelle, rechtl. und polit. Risiken

Herkunftsland (Österreich)

- wirt., regionale, kulturelle und historische Nähe
- stark klein- und mittelständisch strukturierte Wirtschaft (trad. Geringe Internationalisierung in Form von DI)
- wenig MNU (mit hohem F&E-Aufwand und weltweiter Produktion)
- bedeutsames Know-how im Bereich Organisation, Marketing und Vertrieb (Altzinger, 2002)

Österreichische DI in den MOEL-5 (2001)

Österr. Bestand in MOEL-5	
Polen	1,4 Mrd.
Slowakei	0,8 Mrd.
Slowenien	0,7 Mrd.
Tschechien	2,7 Mrd.
Ungarn	2,2 Mrd.

Anteil am gesamten DI-Bestand	
Polen	2,3%
Slowakei	30,4%
Slowenien	26,5%
Tschechien	8,6%
Ungarn	8,6%

Von 1995 bis 2001 stiegen die österreichischen Direktinvestitionen jährlich durchschnittlich um 19,6% an.

Motive for Outward Direct Investment (1999 Statistics)

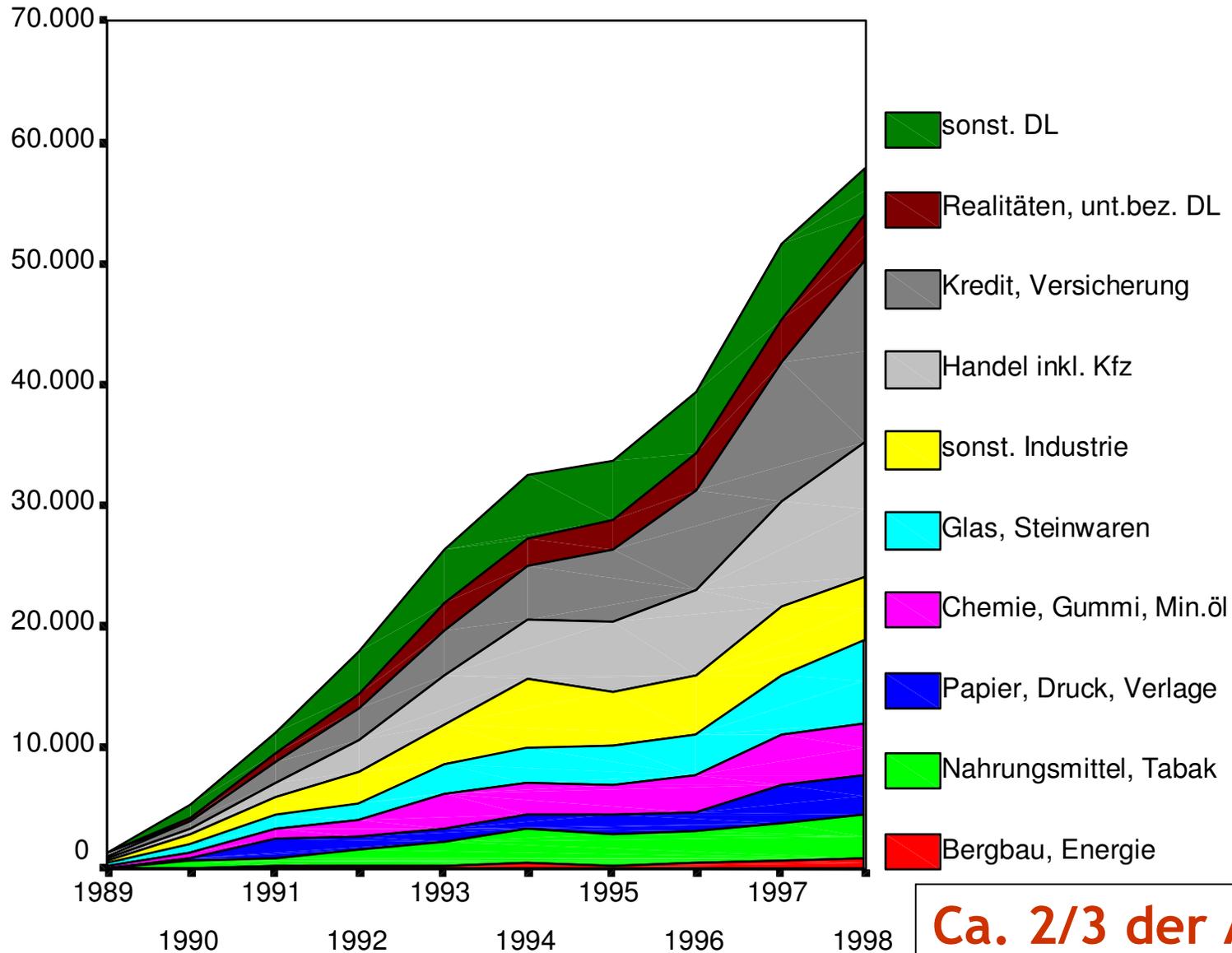
	Labor Cost	Tax Considerations	Market Access (Securing Sales)	Securing Supply (Raw Materials)	Other Reasons/ Several Reasons	Number of Direct Investments
	%					
Accession countries	6.1	0.4	72.4	3.2	17.9	1,019
EU-15	0.6	2.4	70.0	2.0	25.0	664
Rest of the world	1.4	3.5	73.4	3.3	18.4	489
Total	3.4	1.7	71.9	2.9	20.2	2,172

Source: OeNB.

Die OeNB geht davon aus, dass die Lohnkosten als Motiv bedeutender sind, als in der Tabelle angegeben ist.

Österreichische DI in den MOEL

Struktur



Quelle: Altzinger (2000)

Ca. 2/3 der AktivDI
im Dienstleistungssektor

FDI Stocks at End-1999:

Number, Total Equity and Employees by Region

Target Country	Number of Direct Investments	Direct Investment Capital	Employees, Weighted
		<i>EUR million</i>	
Hungary	404	1,673	49,288
Czech Republic	257	1,291	32,934
Poland	105	560	14,487
Slovak Republic	101	573	11,774
Slovenia	67	558	4,086
Romania	43	174	4,797
Bulgaria	10	113	1,245
Baltic republics	10	22	370
Other accession countries ¹⁾	22	278	217
Other CEECs	101	531	9,127
EU-15	664	8,463	50,360
Other European countries	145	1,195	2,614
Rest of the world	243	3,607	17,866
Total outward FDI	2,172	19,039	199,164
Accession countries	1,019	5,242	119,197
Other countries	1,153	13,797	79,966

Quelle: OeNB

Beschäftigungseffekte in Österreich (1)

↑ Aufbau von Headquarter-Kompetenzen

- Banken
- Handel
- Personalvermittlung
- Marketing

↓ Technische Dienstleistungen (Konstruktion & Planung)

↓ Industrieproduktion ~ ↑ Headquarterkompetenzen

Beschäftigungseffekte in Österreich (2)

↓ **Industrieproduktion** ~ ↑ **Headquarterkompetenzen**

Im Sachgüterbereich hat Outsourcing die totale Faktorproduktivität - und damit die österreichische Wettbewerbsfähigkeit - signifikant erhöht.

ABER: Die relative Beschäftigung in der Industrie verschiebt sich zu Gunsten der besser qualifizierten Arbeitskräfte.

(Egger & Egger in Altzinger, 2002)

→ **struktur- und verteilungspolitischer Handlungsbedarf**

Beschäftigungseffekte in Österreich (3)

Selbst bei negativen Beschäftigungseffekten im industriellen Kernsektor sind folgende Fragen zu stellen (Frage des Referenzszenarios):

- Hätte ein Betrieb ohne Auslagerung an Wettbewerbsfähigkeit verloren?
- Hätten Drittmärkte erschlossen werden können?

Österreichische DI in den MOEL - Resümee

Die österreichischen Direktinvestitionen haben sich in den MOEL **generell positiv** sowohl auf die **Exporte** in den MOEL als auch auf die **Beschäftigung** in den heimischen Mutterunternehmen ausgewirkt.

Auffallend unterschiedliche Ergebnisse nach Wirtschaftsklassen

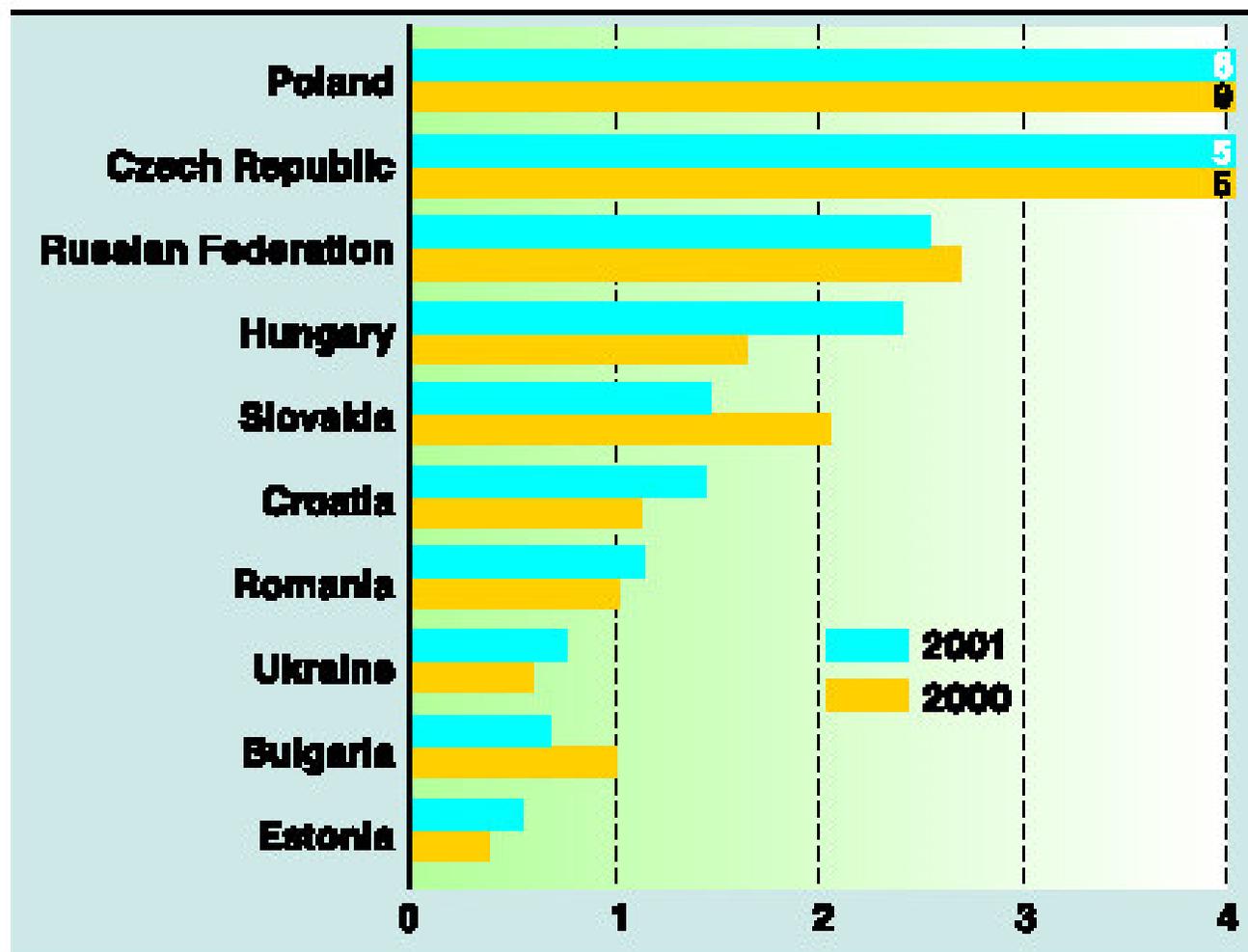
→ **effizienzorientierte DI** in Metall, Maschinenbau, Elektrotechnik und Fahrzeugbau

Wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf entsteht durch einhergehende struktur- und verteilungspolitische Begleitmaßnahmen.

Altzinger(2002)

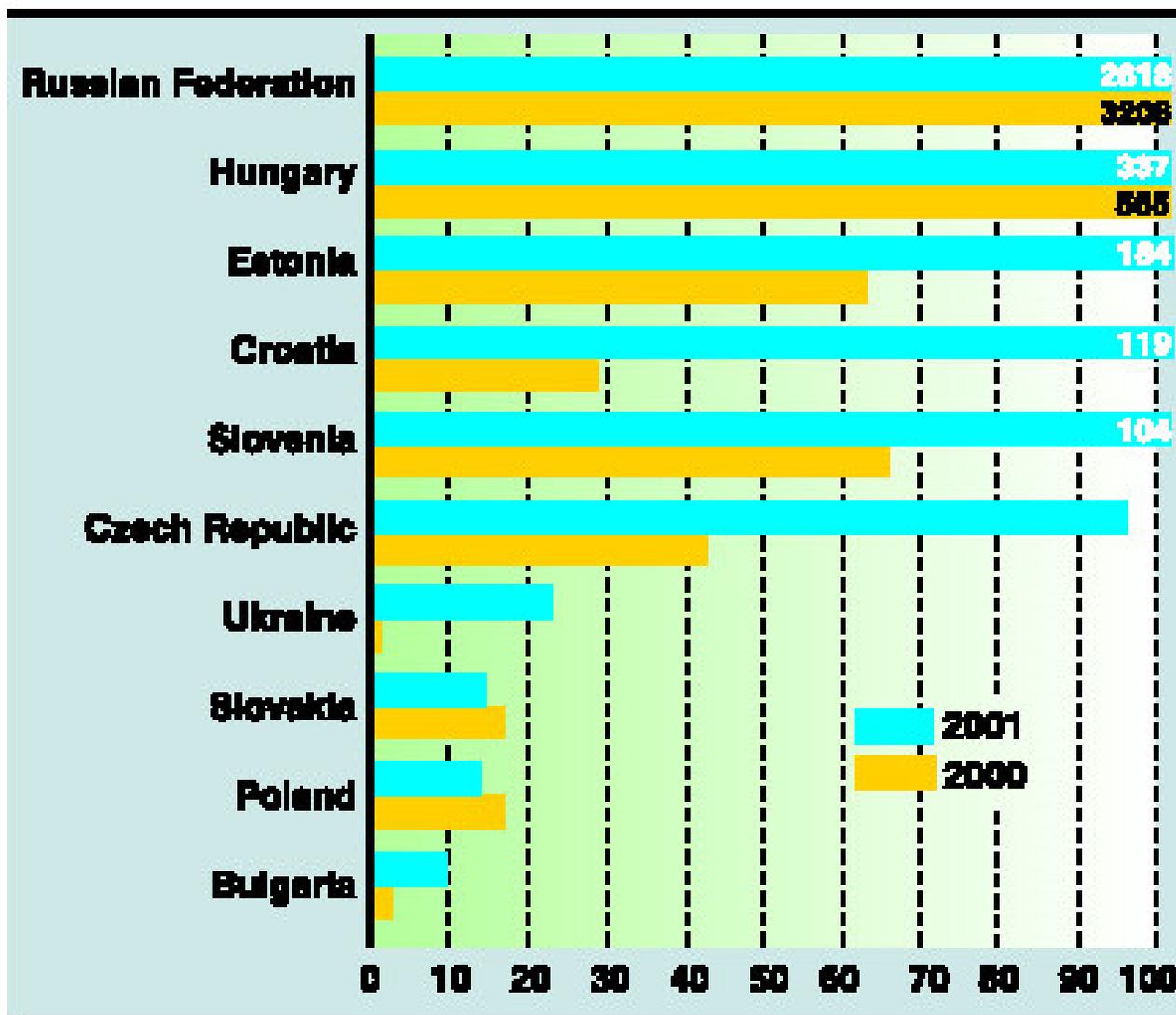
Ausländische Direktinvestitionen in den MOEL

Figure III.28. Central and Eastern Europe: FDI inflows, top 10 countries, 2000 and 2001^a
(Billions of dollars)



Source: UNCTAD, FDI/TNC database.

**Figure III.31. Central and Eastern Europe:
FDI outflows, top 10 economies,
2000 and 2001^a**
(Millions of dollars)

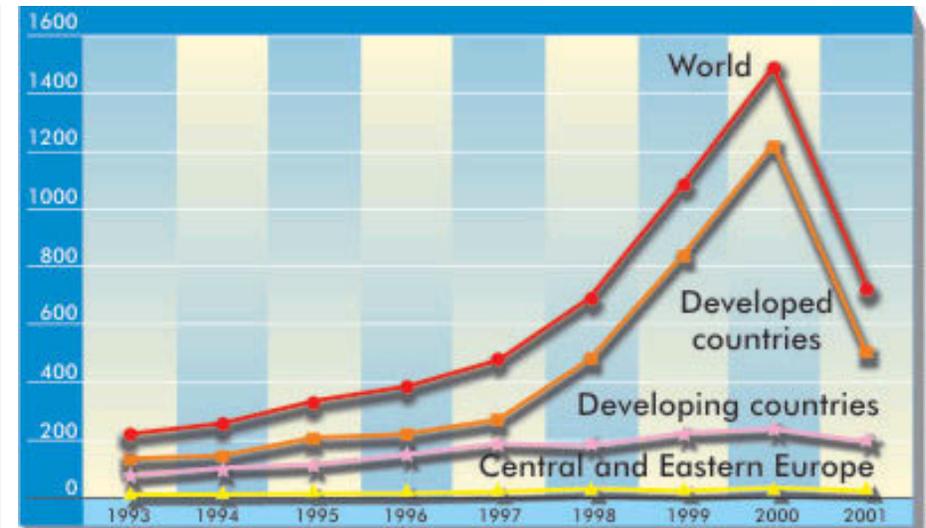


Direktinvestitionen in den MOEL

(gesamt)

Bestand passive DI (2001)		
	% des BIP	Mrd. USD
Polen	21,3	42,3
Tschechien	42,6	26,8
Ungarn	43,3	23,6
Russland	7,70	21,8
Alle MOEL		160,3

Quelle: Unctad, World Invest. Report 2001



MOEL widersetzen sich abnehmendem Trend bei DIs (knapp die Hälfte) und legten 2001 um knapp 2% auf 27,2 Mrd. USD (Flows) zu.

Transnationality Index der Gastländer

Transnationality index of host economies, 1999				
Economy	FDI inward stock/GDP	Value added foreign affiliates/GDP	Foreign Employment/ Total Employment	Transnationality Index
Austria	11,2	10,2	10,5	9,7
Netherlands	45,4	10,1	4,3	25,2
Czech Republic	32,1	10,2	4,2	17,6
Hungary	40,2	24	27,4	27,6
Poland	17,1	5	7,8	11,5
Slovakia	14,3	4,4	3,6	7,1
Slovenia	13,4	3,5	8,8	7,9

Quelle: Unctad, World Investment Report (2002)

Maß für die Attraktivität eines Standortes als
Bezieher von (passiven) Direktinvestitionen.

Ausländische Direktinvestitionen in der EU

Figure I.8. Intra- and extra-EU FDI flows, 1995-1999
(Percentage)

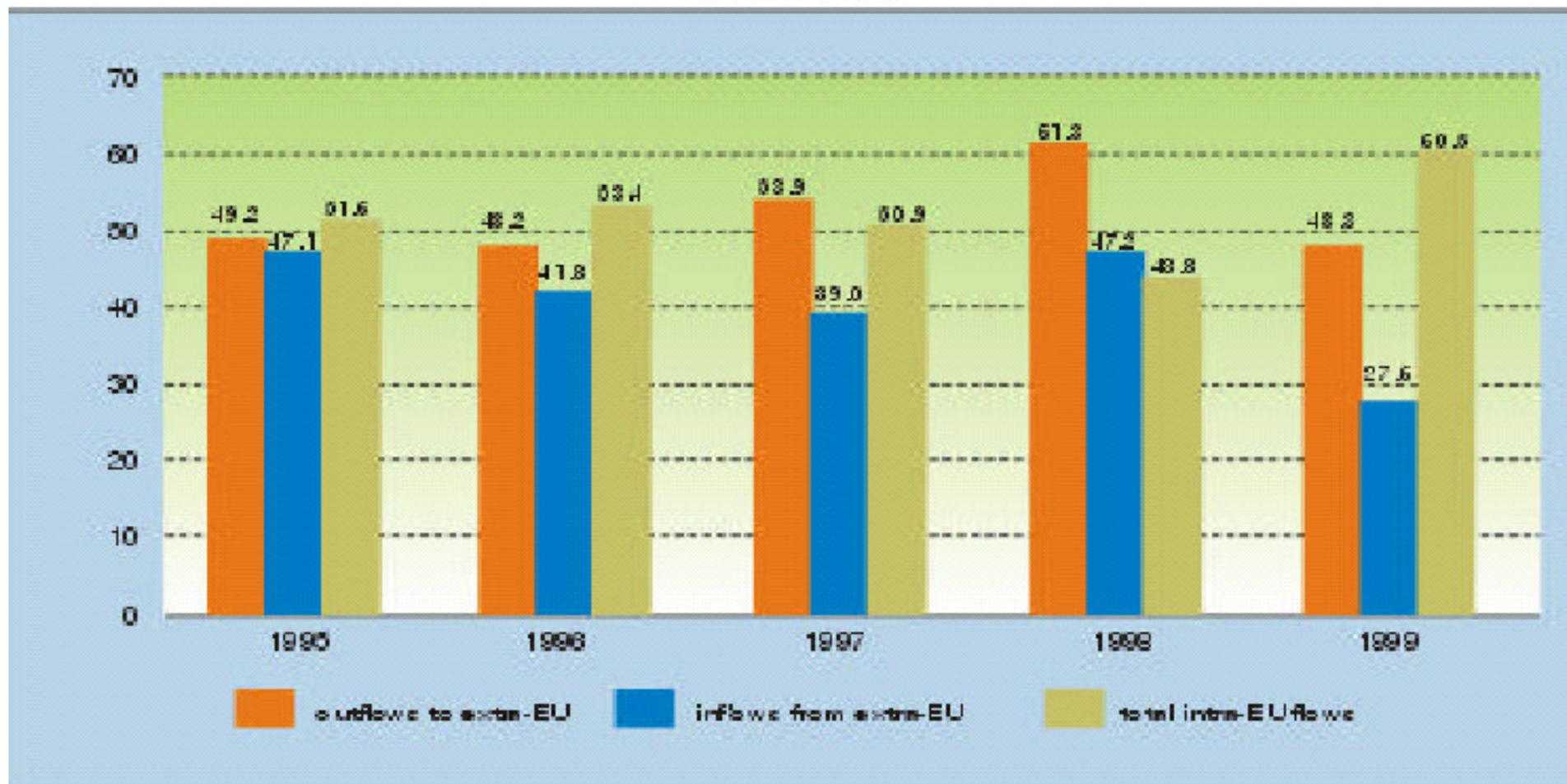
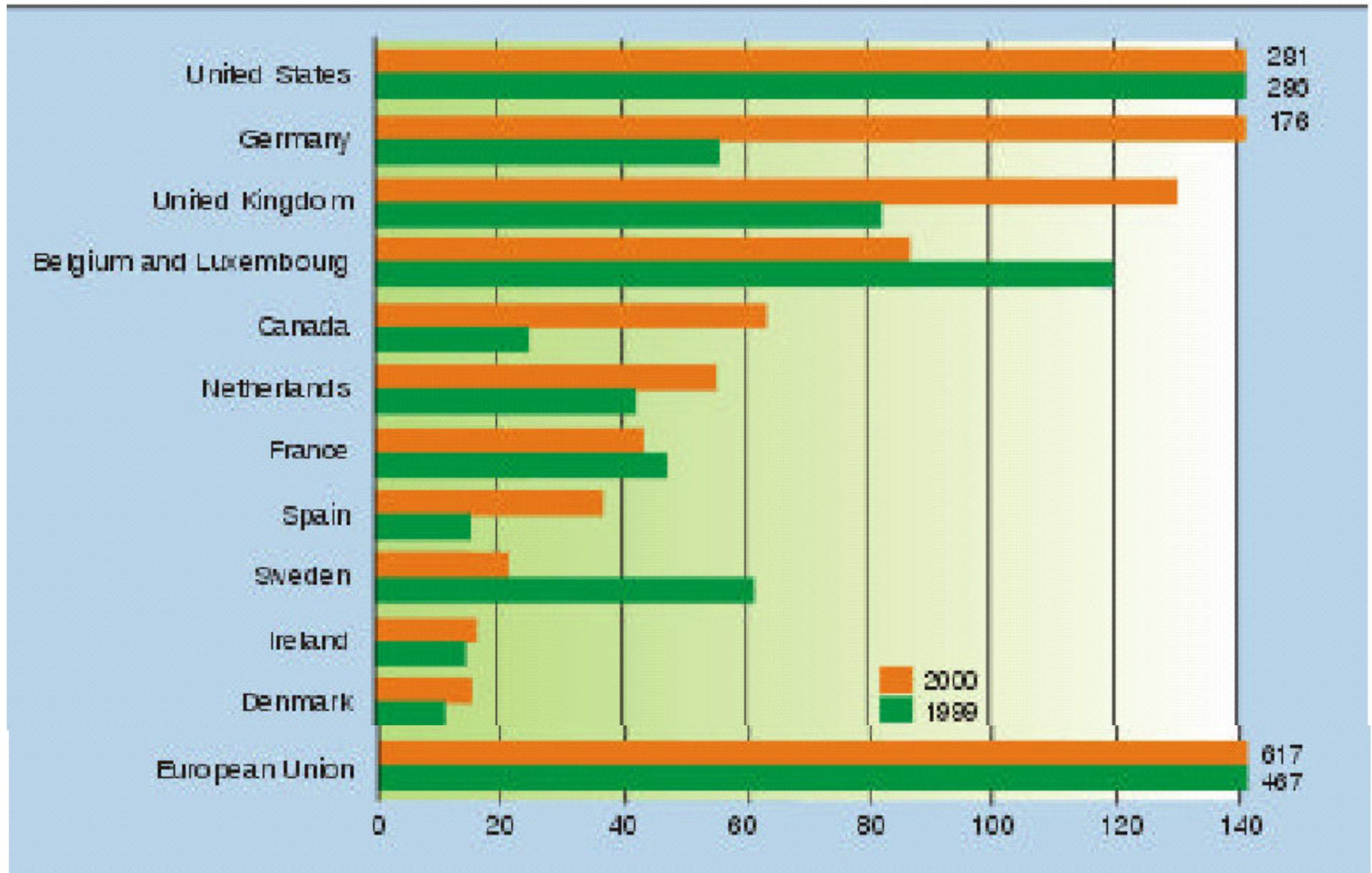
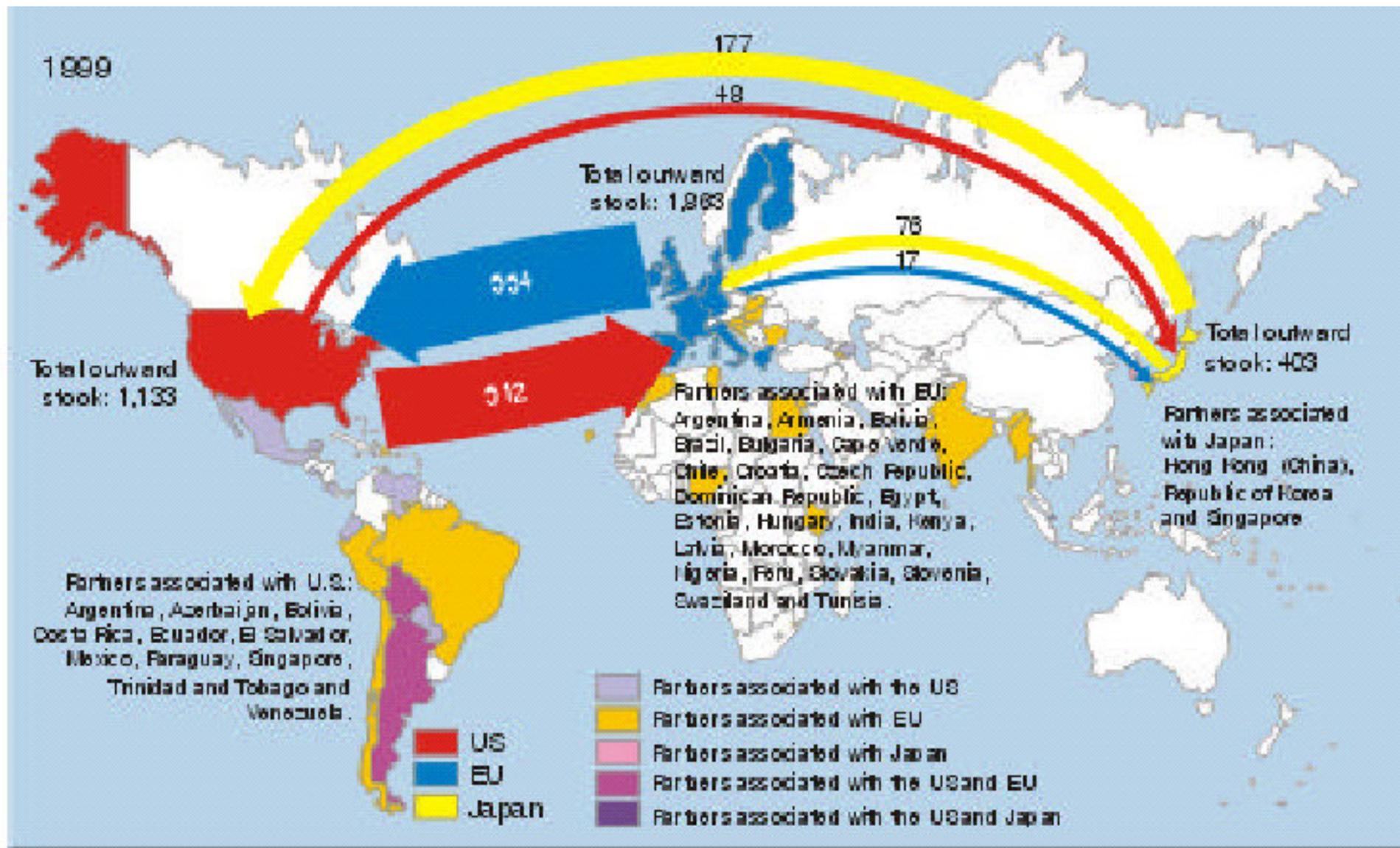


Figure I.6. Developed countries: FDI inflows, 1999 and 2000^a
(Billions of dollars)





Verwendete Literatur

- Altzinger, Beer, Bellak (1998), Exportieren österreichische Unternehmen Arbeitsplätze nach Osteuropa?, *Wirtschaft und Gesellschaft* 4/98, 475-502.
- Altzinger (1999), Substituieren Österreichs Direktinvestitionen in Osteuropa die heimische Produktion?, *Ergebnisse einer Betriebsbefragung*, *Wirtschaftspolitische Blätter* 1, 136-146.
- Altzinger/Bellak (1999), Direct Versus Indirect FDI: Impact On Domestic Exports And Employment, *Working Papers Series: Growth and Employment in Europe: Sustainability and Competitiveness*, Working Paper No. 9.
- Dell'mour (2002), Austria's Direct Investment and EU Enlargement, *Focus on Transition* 1/2002, OeNB.
- Fortanier (2002), Globalisierung, ausländische Direktinvestitionen und Wachstum, *BMWA, Jahrbuch der Aussenwirtschaft* 2001/2002, 167-189
- United Nations Conference on Trade and Development (2002), *World Investment Report 2002 - Transnational Corporations and Export Competitiveness*, Geneva.

Standortqualität/-politik

Ralf Kronberger

Standortqualität/-politik

Gliederung

- Definition
- Kategorien von Standortfaktoren
- Allg.: Zusammenhänge PassivDI & Standortfaktoren
- Sinnvolle & weniger sinnvolle Messkonzepte beim Standortwettbewerb
- Diskussion ausgewählter Standortfaktoren in Ö

Standortqualität - Definition

Standortqualität bezeichnet die Chance, das leistungsbezogene Anforderungsprofil von Unternehmungen, die standortbezogenen Rahmenbedingungen und die Ausstattung des betreffenden Raumes mit Produktionsfaktoren zur Übereinstimmung zu bringen.

Was bringen passive DI?

- Hohe Forschungsquote
- Hohen Anteil an Beschäftigten in F&E
- Überdurchschnittlich hoher Innovationsgrad bei Gütern & DL
- prononcierte Produktdifferenzierung

→ **Wachstum und Beschäftigung**

Kategorien von Standortfaktoren (1)

Produktionskosten

Arbeitskosten, Kapitalkosten, Transport, Energie, Telekommunikation, Betriebsflächen, Umweltvorschriften, Unternehmenssteuern

Qualifikation

Verfügbarkeit von hochqualifizierten Arbeitskräften:
Bildungsausgabenquote, Anteil der Bevölkerung mit Hochschulabschluss

Forschung und Private Investitionen in F&E

F&E-Quote, Risikokapital, Patentschutz

Kategorien von Standortfaktoren (2)

Infrastruktur

Telekommunikationseinrichtungen,
Transport- und Verkehrswesen: Verkehrsanbindung im Luftverkehr,
Schienenverkehr bzw. Straßenverkehr

Nachfragebedingungen

Marktgröße, Kaufkraft

Wettbewerb

Marktstruktur und Wettbewerbsbedingungen (Fairness), Handelsfreiheit,
Offenheit der VW

Kategorien von Standortfaktoren (3)

Kooperation

Lösung von Arbeitskonflikten, Clusterbildung

Gesetzgebung und öffentliche Verwaltung

Politische Stabilität, Rechtssicherheit, Administrative Professionalität

Makropolitik

Defizitquote der öffentlichen Haushalte, Staatsschuldenquote, Teilnahme an EWWU

Kategorien von Standortfaktoren (4)

Förderungen

Investitionsförderung, Förderung von Forschung und Entwicklung, Exportförderung

Regulierung

Arbeitszeitflexibilität, Effektive Arbeitszeiten, Arbeitsgenehmigungen für Nicht-EU-Bürger, Kapitalmärkte, Liberalisierung der Energiemärkte, Verfahrenseffizienz bei Betriebsanlagengenehmigungen

Gesellschaftliches Umfeld

Image des Standortes, Umweltqualität, Öffentliche Sicherheit, Kultur- und Freizeitangebot, Einkommensverteilung, Lebenshaltungskosten

Kategorien von Standortfaktoren (5)

Die Wirtschaftspolitik muss sich auf eine handhabbare Anzahl von Standortfaktoren konzentrieren. Eine entsprechende wirtschaftspolitische Prioritätensetzung ist notwendig.

Zusammenhänge zw. PassivDI & Standortfaktoren (1)

Abhängige Variable Passive Direktinvestitionen (+)

Unabhängige Variablen

Kaufkraft/Marktnachfrage

- + Pro-Kopf-BIP
- + Bevölkerungsgröße/-dichte
- + Erwerbsquote

Arbeitsmarktbedingungen

- + Arbeitslosigkeit (hohe Verfügbarkeit von Arbeitskräften)
- Arbeitslosigkeit (schwache Marktnachfrage)

Zusammenhänge zw. PassivDI & Standortfaktoren (2)

Abhängige Variable Passive Direktinvestitionen (+)

Unabhängige Variablen

Steuerbelastung

- KöSt-Satz
- + Veränderung KöSt (Verlust der Effektivität von KöSt-Änderungen)
- Staatsquote

Humankapitalausstattung

- + Anteil der 25-64jährigen mit Tertiärabschluss (Hochlohnstandort)
- Anteil der 25-64jährigen mit Tertiärabschluss (arbeitsintensiver Standort)

Empirische Schätzungen für die EU

Abhängige Var.: Passive Direktinvestitionen	
Arbeitslosenrate	+1,52
F&E-Ausgaben in % des BIP	11,63
Erwerbsquote	+3,24
Bevölkerungsgröße	+0,01
Arbeitskosten	-0,00083
Energiekosten	-0,00082
Körperschaftsteuer	-2,83
Steuerbelastung in % des BIP	-2,92
Bevölkerungsdichte	+1,27
Tertiärabschluss	-2,1
Änderungsrate der KöSt	1,27

Quelle: Helmenstein(2001)

Nicht signifikante Variablen wurden ebenso wie die positive Konstante weggelassen.

Empirische Schätzungen für Ö

Abhängige Var.: Passive Direktinvestitionen	
Wien (Dummy)	+47,7
Arbeitslosenrate	-0,96
Bevölkerungsgröße	+0,01
Hochschulabschluss	+1,58
Anzahl der Forschungsstätten	-0,02

Quelle: Helmenstein(2001)

Nicht signifikante Variablen wurden ebenso wie die positive Konstante weggelassen.

Standortwettbewerb (1)

Standortwettbewerb wird nach herrschender Lehre als Wettbewerb von immobilien Produktionsfaktoren (in der Summe: Standorte) um mobile Produktionsfaktoren (vor allem Direktinvestitionen, aber auch qualifizierte Arbeit) verstanden. (Bellak, 2001)

Standortwettbewerb (2)

„While Standortwettbewerb may be a familiar term in the German economics literature, with a long tradition in location theory ... Its counterpart „locational competition“ does not ring any bells at least to me.“ (Findlay, 1994)

Standortwettbewerb (3)

Standortwettbewerb ist sowohl im Sinne bereits etablierter Unternehmen (Kostenfaktoren) als auch im Sinne potenzieller Investoren (technologische Faktoren) zu betrachten.

Firmenspezifische und standortspezifische Wettbewerbsfähigkeit sind zu unterscheiden. Während standortspezifische Wettbewerbsvorteile immobil sind, sind unternehmensspezifische Vorteile mobil.

Standortwettbewerb (4)

Firmenspezifische Wettbewerbsfähigkeit

hoch	A <ul style="list-style-type: none">- Geringes Wachstum des Kapitalstocks- Hohe aktive Direktinvestitionen	B <ul style="list-style-type: none">- Hohes Wachstum des Kapitalstocks- Hohes Maß an intra-industriellen Direktinvestitionen
gering	C <ul style="list-style-type: none">- Geringes Wachstum des Kapitalstocks- Verlagerungsdirektinvestitionen	D <ul style="list-style-type: none">- Mittleres Wachstum des Kapitalstocks- Hohe passive Direktinvestitionen
	gering	hoch

Standortspezifische Wettbewerbsfähigkeit

B > D > A > C

Quelle: Bellak(2001)

Standortwettbewerb (5)

Standortpolitik beeinflusst:

- **direkt** standortspezifische Wettbewerbsvorteile
- **indirekt** unternehmensspezifische Vorteile -
Bildung hängt von standortspez. Vorteilen ab

Mobile und immobile Standortfaktoren müssen im Zusammenhang erklärt werden.

Standortwettbewerb (6)

Eine weitere Definition:

Betonung der dauerhaften Leistungsfähigkeit einer Wirtschaft.

Ein Land ist wettbewerbsfähig, wenn:

- das Bevölkerungseinkommen so stark steigt wie in Konkurrenzländern
- nicht-ökonomische Bereiche des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltsystems berücksichtigt werden

→ beinahe interdisziplinäres Konzept, aber i.d.R. ökonomisch zentrierte Betrachtung

Standortvergleiche (1)

Problematik der Standortvergleiche

- Vergleich von Ländern statt Regionen
- 1 Kennzahl soll über multidimensionales Phänomen aussagen
- wenig bis keine theoretische Grundlage
- fragwürdige oft nicht explizite Gewichtungen
- Standortwettbewerb wie Kampf um Marktanteile betrachtet (Zero-Sum-Game)
- keine Kosten-Nutzen Analyse bei Schaffung von Standortvorteilen
- unzureichende Aussagen für politische Entscheidungsträger.

Standortvergleiche (2)

Populärste Indices

- **Freedom-Index**
Heritage Foundation
- **World Competitiveness Yearbook**
International Institute for Management Development (IMD)
- **Global Competitiveness Report**
World Economic Forum (WEF)

Standortvergleiche (3)

Entwicklung des Ranking Österreichs					
Indikator	WEF 1996	WEF 2000	Indikator	IMD 1996	IMD 1999
Offenheit	12	12	Internationalisierung	20	22
Regierung	36	37	Regierung	27	24
Institutionen	16	18	-	-	-
Finanzmarkt	12	18*	Finanzmarkt	14	20
Technologie	13	12	Wissenschaft & Technologie	11	21
Infrastruktur	18	11	Infrastruktur	13	11
Management	25	14*	Management	17	22
Arbeitsmarkt	28	27	Arbeitskräfte	5	8
-	-	-	.	24	14
Gesamt	19	18	Gesamt	16	18

* nicht vollständig vergleichbar, Quelle: Bellak(2001)

Standortvergleiche (4)

Bewertung des Rankings Österreichs (WEF, IMD)

- Verbesserungen stehen Verschlechterungen gegenüber, in Einzelbewertungen wie beim Gesamtrang. Übereinstimmung nicht einmal in der Tendenz.
- Methodische Veränderungen verunmöglichen Jahresvergleiche

Wenn sich die Standortpolitik an diesen Rankings orientiert, kann dies hohe volkswirtschaftliche Kosten zu Folge haben.

Standortvergleiche (5)

„Sinnvolle“ Standortvergleiche

- Fokus auf Teilbereiche & theoretische Fundierung
- Miteinbeziehung unternehmensspezifischer Vorteile (Branchenrelevanz)
- Orientierung an Clustern
- Beachtung der Wechselwirkung zw. Standortfaktoren und Investorverhalten

„Sinnvolle“ Studie für Österreich

Aiginger/Peneder(1997), Qualität und Defizit des Industriestandorts Österreich, Wifo, Wien.

Standortvergleiche (6)

Berücksichtigung von Spezifika kleiner, hochentwickelter Volkswirtschaften notwendig

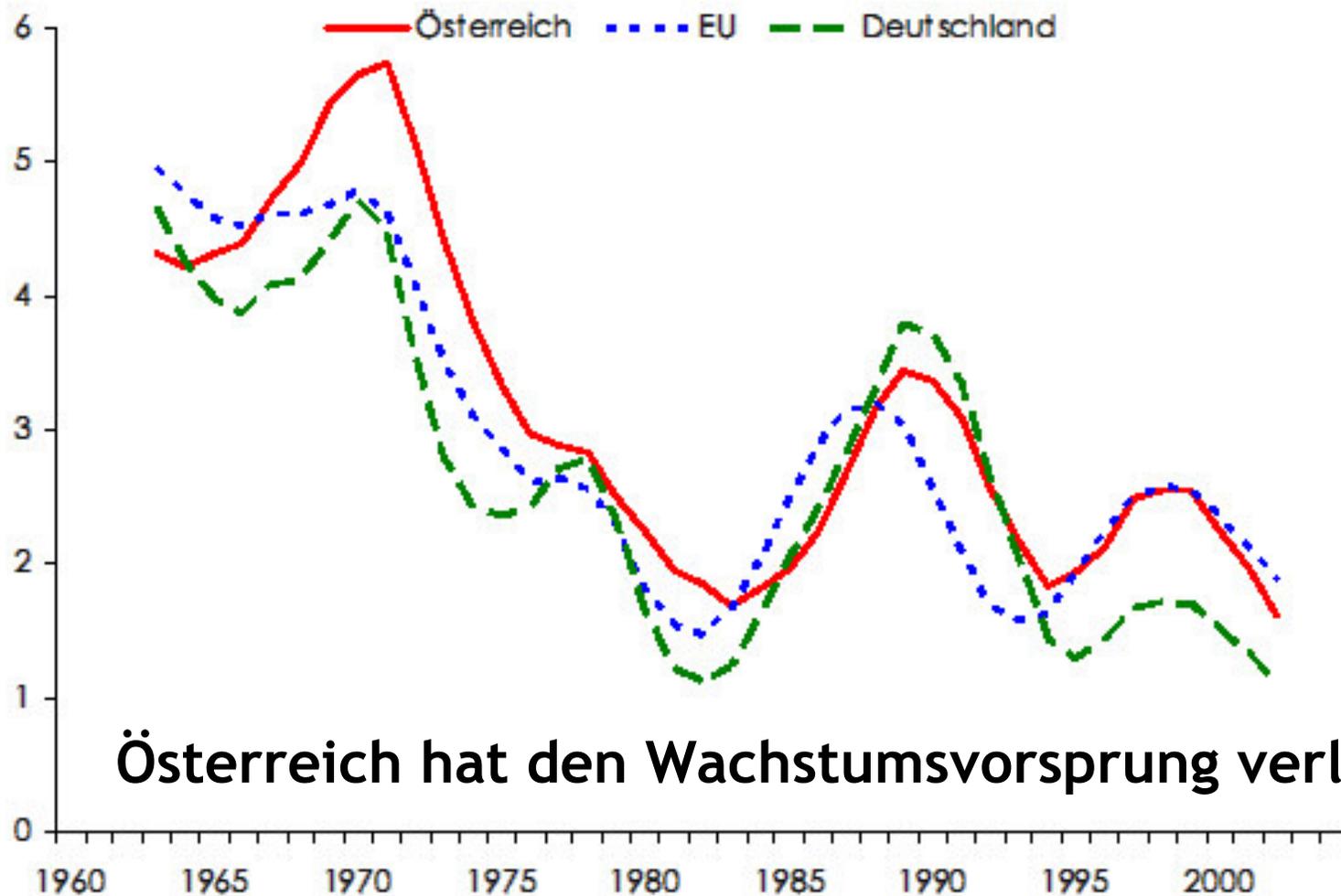
- geringe geographische Diversifikation (Handel, DI)
- hoher Grad an Offenheit, geringe Bedeutung im Welthandel, Exporte mit hohem Anteil am BIP
- geringe Branchendiversifikation: typischer Investitionsgüterimporteur & Nischenexporteur
- speziell in Ö beeinflusst Korporatismus
Strukturwandel

An österreichische Gegebenheiten angepasstes Monitoring kann im sinnvollen Ausmaß für die WP-Akteure sinnvoll sein.

Ö im int. Vergleich

WIFO 

BIP in Österreich, Deutschland und in der EU
% gegen das Vorjahr; gleitender 5-Jahresdurchschnitt

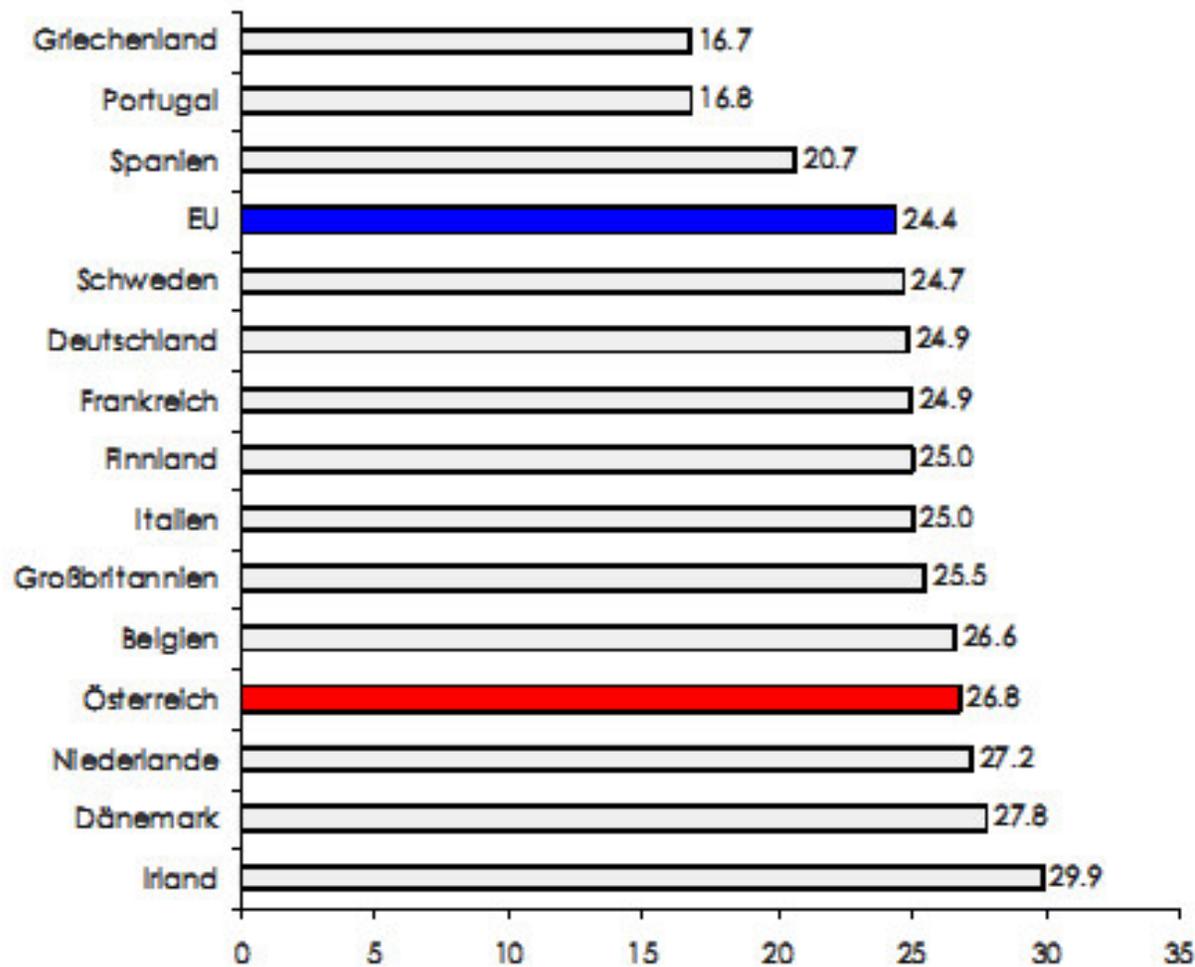


Österreich hat den Wachstumsvorsprung verloren.

Ö im int. Vergleich



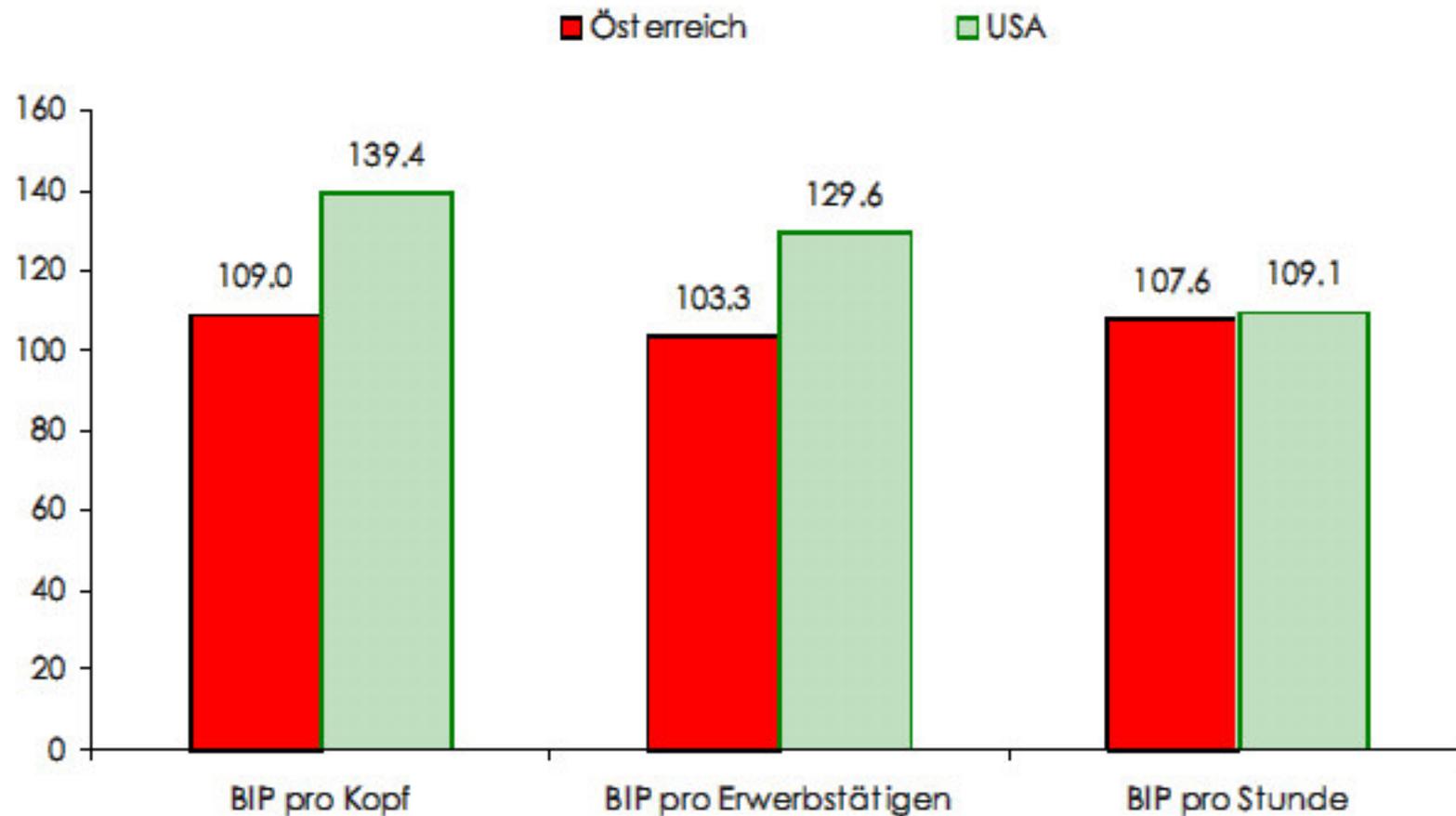
BIP pro Kopf in der EU 2003
In 1000 EURO zu Kaufkraftparitäten



Ö im int. Vergleich



Produktivitätsvergleich pro Kopf, pro Erwerbstätigen
und pro Stunde; EU=100



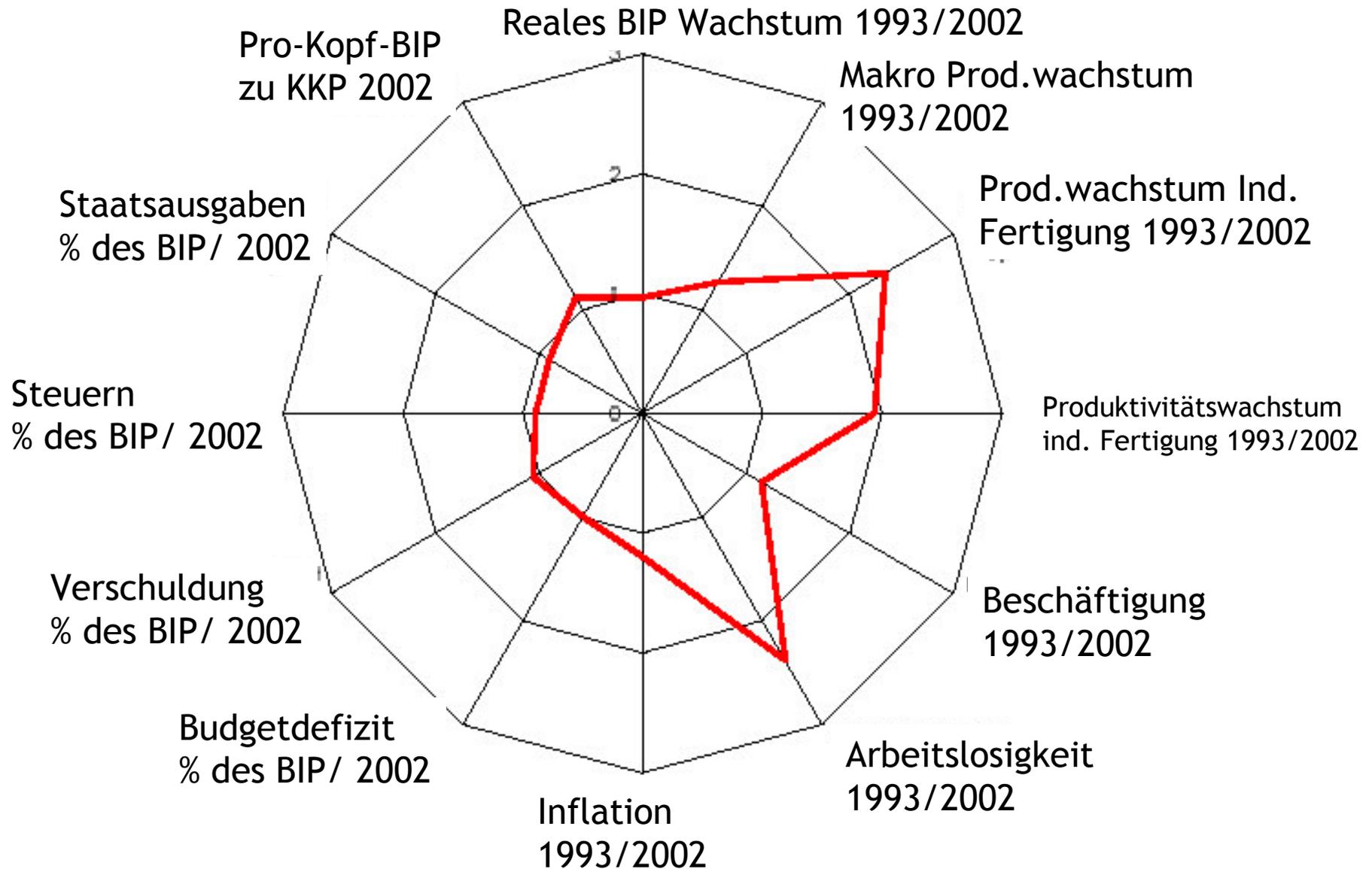
Ö im int. Vergleich

Ist das Pro-Kopfeinkommen hinreichend zur Beurteilung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit?

Welche Rolle spielen „Soft-facts“ bei der Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit?

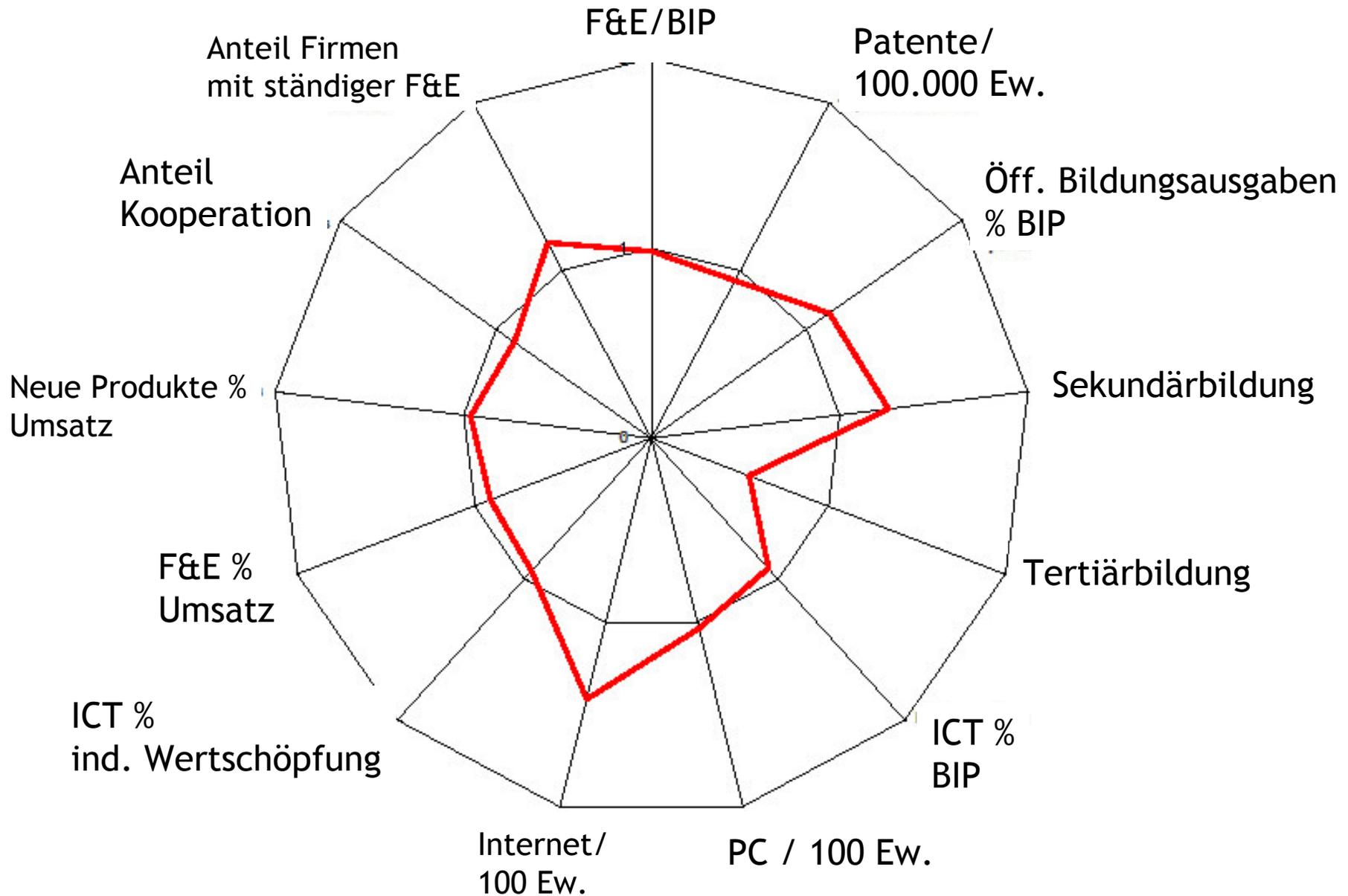
Diskussion ausgewählter Standortfaktoren

Performance Ö vs. EU



Diskussion ausgewählter Standortfaktoren

Growth Drivers Ö vs. EU



Diskussion ausgewählter Standortfaktoren

Alte Struktur, aber gute Performance (Ö ↔ Durchschnitt EU)

- rel. geringer Anteil technologierorientierter Branchen
- rel. geringer Anteil unternehmensnaher DL
- rel. niedrige Cash-Flow- & Eigenkapitalquote
- rel. niedrige private Equity Investitionen

Diskussion ausgewählter Standortfaktoren

Technologienpolitik / F&E

**Deutliche Erhöhung der F&E-Ausgaben
in den 90er Jahren auf ca. 2% des BIP**

**EU-Ziel bis 2006 2,5% des BIP,
bis 2010 3% des BIP**

Diskussion ausgewählter Standortfaktoren

Technologiepolitik

Geschätztes Wachstum der F&E-Ausgaben
bis 2006 basierend auf Budget 2003/2004
und Fortschreibung der anderen Kategorien

Mrd. EUR	2002	2006	Δ% p.a.	Δ %2002-2006
Bund	1,5	1,5	1,1	4,6
Bundesländer	0,3	0,5	17,2	88,7
Unternehmen	1,6	1,9	3,8	16
Ausland	0,7	0,9	3,4	14,3
Sonstige	0,07	0,07	3,3	14
Summe	4,2	4,9	3,9	16,3

Quelle: Wifo(2003)

Diskussion ausgewählter Standortfaktoren

Technologiepolitik / F&E

- Geschätzte Wachstumsrate der öff. Ausgaben zw. 2002-2006 (1,1%) deutlich niedriger als zw. 1998-2000 (7,4%)
- Stagnation der F&E-Ausgaben bei 2% des BIP
- öff. F&E-Ausgaben müssten 50% für 2,5%-BIP-Ziel wachsen, ABER: auch privat fehlt ein ähnlich hoher Betrag
- F&E-Ausgaben spiegeln die Branchenstruktur wider → Strukturwandel beschleunigen

Diskussion ausgewählter Standortfaktoren

Ausbildung

- Österreich hat ein Defizit bei tertiärer Ausbildung, besonders bei techniknahen Studienfächern
- Österreich liegt bei ingenieur- und naturwissenschaftlichen Hochschulabsolventen mit 7 von Tausend im unteren Mittelfeld
- Im Vergleich dazu:
 - EU-Durchschnitt: 9,5 von Tausend
 - Top-5 (Irland, Frankreich, UK, Schweden, Finnland): 17,3/1000

Diskussion ausgewählter Standortfaktoren

Ausbildung

- Mess- und Abgrenzungsprobleme nicht entscheidend; z.B. inklusive HTL-Absolventen: 12 von 1000 Personen
- Geringe Veränderungen bei ingenieur- und naturwissenschaftlichen Absolventen seit 1998. 2001 sogar Rückgang
- Konsequenz: Nachfrage der Wirtschaft va. nicht gedeckt

Diskussion ausgewählter Standortfaktoren

Ausbildung

- Strukturwandel hin zu wissensintensiven Wirtschaftszweigen braucht hochqualifizierte Arbeitskräfte
- Verschiebung der sektoralen Beschäftigungsanteil von humankapitalintensiven Branchen (1995-2000):
 - unternehmensnahe DL: 4% → 5,1%
 - Datenverarbeitung und ComputerDL: 0,5% → 0,9%
 - Erziehung & Bildung: 5,5% → 6,0%
- Defizite in der Ausbildung behindern den Strukturwandel

Diskussion ausgewählter Standortfaktoren

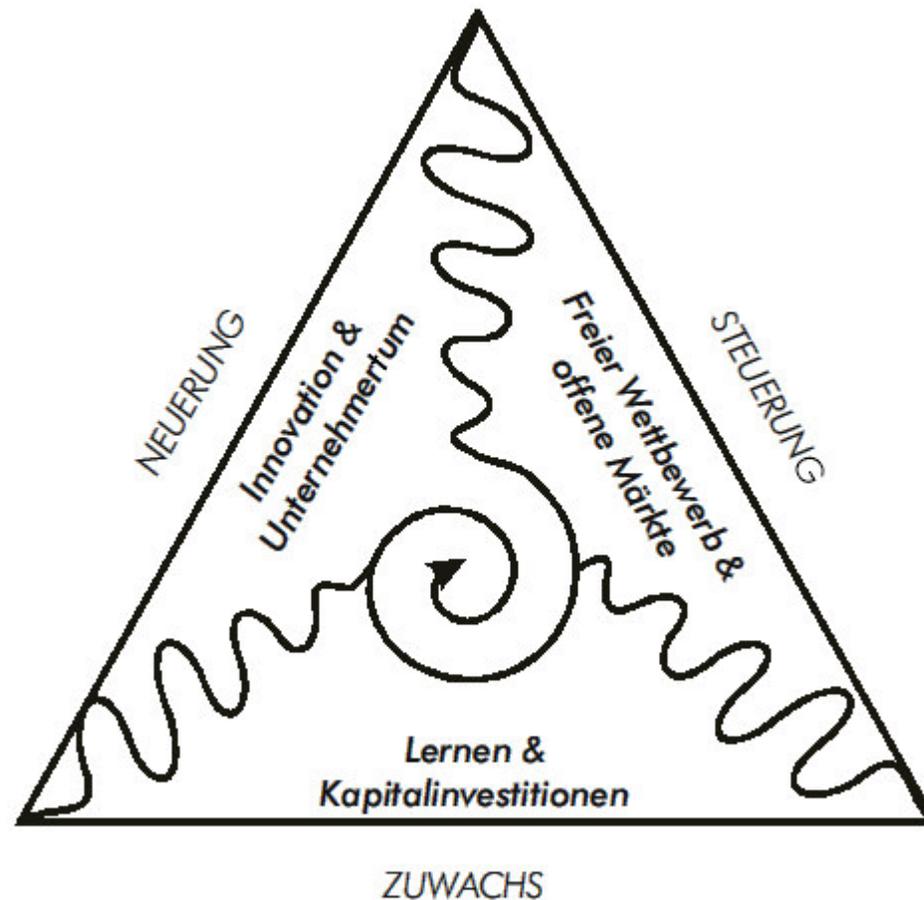
Fazit

- Kompensierende Faktoren in der Vergangenheit:
 - Wirtschaftsgeographische Lage
(EU-Beitritt, Osterweiterung)
 - Wachstumsorientierte Makropolitik
(Nachfragestabilisierung, Soziale Sicherheit)
 - Arbeitsbeziehungen
(Gesamtwirtschaftliche Reallohnflexibilität)
 - Anpassungsfähigkeit & Spezialisierung innerhalb mittlerer Technologieniveaus

Dynamische auf Strukturwandel gerichtete Standortpolitik ist notwendig, um langfristig Wachstumspotenzial zu sichern.

Diskussion ausgewählter Standortfaktoren

Drei Säulen dynamischer Standortpolitik



Verwendete Literatur

- Aiginger et al.(2003), Pressegespräch - Defizite in Standort- und Wachstumspolitik in Österreich, Wifo, 22.5.2003
http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.frameset?p_filename=PRESSENOTIZEN/PRIVATE16499/P030523.PDF
- Aiginger(2001), Europäische Wettbewerbsfähigkeit und Österreichs Position, BMWA, Jahrbuch Außenwirtschaft Wirtschaft 2000/2001, 174-189
<http://www.aussenwirtschaft.info/content/publikationen/awjb2001v2.pdf>
- Bellak(2001), Standortvergleiche für eine rationale Standortpolitik, BMWA, Jahrbuch Außenwirtschaft Wirtschaft 2000/2001, 145-160
<http://www.aussenwirtschaft.info/content/publikationen/awjb2001v2.pdf>
- Helmenstein (2001), FDI-determinierende Standortfaktoren, BMWA, Jahrbuch Außenwirtschaft Wirtschaft 2000/2001, 161-173
<http://www.aussenwirtschaft.info/content/publikationen/awjb2001v2.pdf>

Wettbewerbspolitik

Ralf Kronberger

Wettbewerbspolitik

Gliederung

- Wettbewerbstheorie/-empirie
- Instrumente der Wettbewerbspolitik
- Reform der österreichischen Wettbewerbsbehörden
- Wettbewerbspolitische Entscheidungen in Österreich
- Wettbewerbsrecht auf EU-Ebene/Fusionskontrolle
- Fazit

Wettbewerbstheorie (1)

Intensivierter Wettbewerb → Verbesserung der Allokationseffizienz

Konvergenz des Preises eines Gutes gegen die Grenzkosten seiner Erzeugung

Vollständige Konkurrenz bedingt einen gewinnlosen Zustand:

Preise = Grenzkosten

Für Produzenten besteht der Anreiz, ihre Gewinne zu Lasten anderer Marktteilnehmer durch wettbewerbseinschränkende Maßnahmen zu erhöhen.

Wettbewerbstheorie (2)

Individuell gewinnmaximierende Strategien können der Gesamtwirtschaft schaden:

- Machtkonzentration
- Kollusionsgefahr
- Wohlfahrtsverluste

Wettbewerbstheorie (3)

Stärkere Marktkonzentration erhöht den Anreiz zu Marktabsprachen, die Gewinnsteigerungen zu Lasten anderer Marktteilnehmer ermöglichen.

Eine sinkende Zahl der Marktteilnehmer führt zu steigender **Kollusionsgefahr**.

Wettbewerbstheorie (4)

Spieltheoretische Betrachtungen (Selten, 1973) zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit für Kollusion für:

- **mehr als 5 Konkurrenten bei 1%**
- **bei 5 Konkurrenten bei 22%**
- **bei 4 oder weniger Konkurrenten bei 100% liegt.**

Bei mehr als 5 Konkurrenten hat ein Outsider die Möglichkeit, seinen Marktanteil respektive Gewinn durch kartellabweichendes Verhalten, also niedrigere Preise, zu vergrößern.

Wettbewerbstheorie (5)

Konsequenzen der Einschränkung des Wettbewerbs

- Höhere Preise
- Qualitätseinbußen
- Eingeschränkte Produktauswahl
- Verdrängung von Mitbewerbern
- Schaffung von Markteintrittsbarrieren
- Preisdruck auf Lieferanten
- Etc.

In den USA beträgt die kurzfristige auf den Mangel an Wettbewerb zurückzuführende statische Ressourcenallokation ca. 1% des BIP

Wettbewerbstheorie (6)

Dynamische Effizienzgewinne aus höherem Wettbewerb

- bedeutend höher als statische Gewinne
- Resultat von
 - Produktivitätssteigerungen (Prozessinnovationen)
 - Qualitätsverbesserungen (Produktinnovationen)

→ ↑Wohlfahrt bzw. ↑Wirtschaftswachstum

Die Marktposition kann von den Unternehmen nur durch verstärkte Innovationstätigkeit verbessert werden.

Wettbewerb - Empirie (1)

Österreichische Sektoren mit hoher Marktkonzentration

	Konzentrationsraten in %					Teilnehmer mit Marktanteil		
	Marktführer	KR1	KR2	KR3	KR4	30%<	20-30%	10-20%
Politische Nachrichtenmagazine	~100	-	-	-	-	1	0	0
Private Krankenversicherung	50	71	84	94	94	1	1	2
Drogeriemärkte	28	52	76	82	82	0	3	0
Lebensmittelhandel	32	59	72	83	83	1	1	2
Möbelhandel	38	61	70	78	78	1	1	1
Sportartikelhandel	38	55	67	73	73	1	0	2

KRX....Summe der Marktanteile von den 2,3,4 größten Marktteilnehmern

Quelle: Wifo

Alle in der Tabelle aufgelisteten Sektoren stellen oligopolistische Märkte mit weniger als 5 großen Teilnehmern dar. Marktkollusion unter den Teilnehmern ist gemäß des spieltheoretischen Ansatzes (Selten, 1973) äußerst wahrscheinlich.

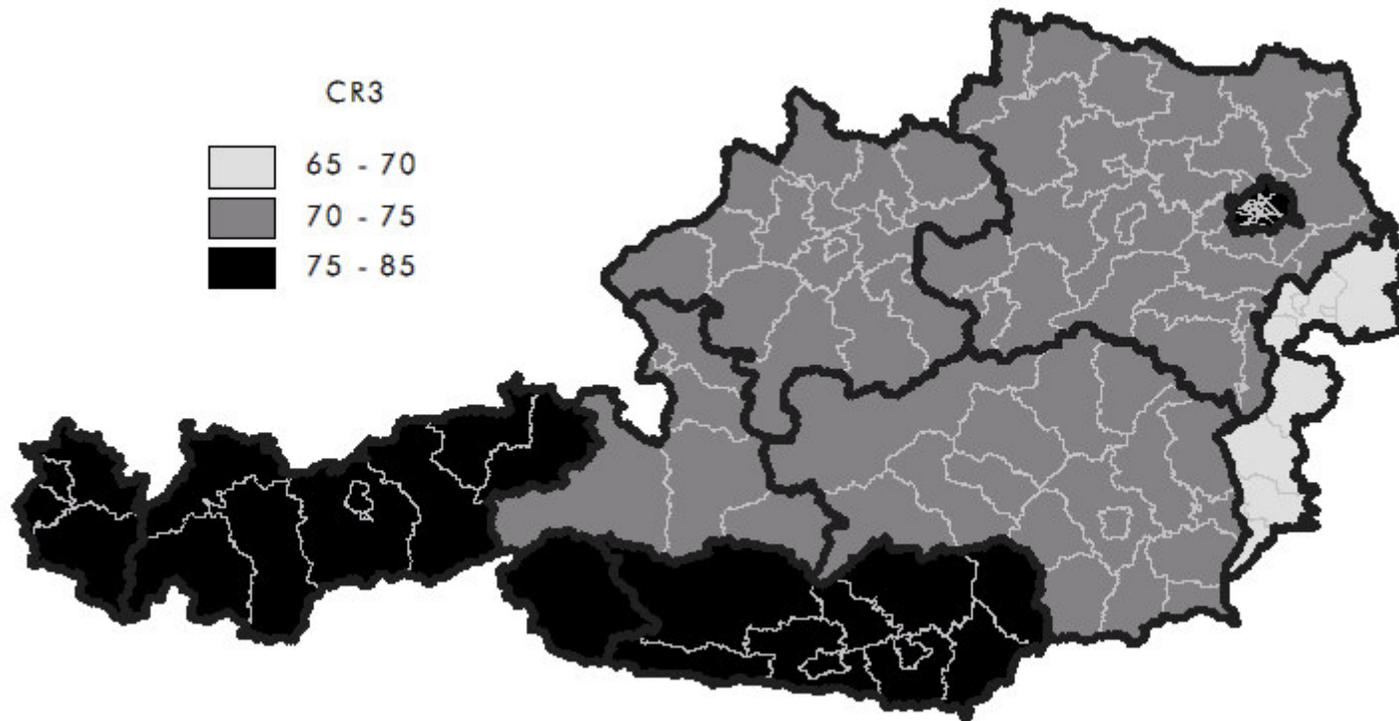
Wettbewerb - Empirie (2)

In der Empirie sind noch weitere Faktoren zu berücksichtigen, die teilweise sektorspezifisch unterschiedlich sind, z.B.:

- Grad der Regulierung
- tatsächliches Verhalten cut-throat competition vs. „glückliches“ Nebeneinander
- das Verhalten gegenüber den Lieferanten.

Wettbewerb - Empirie (3)

Konzentration im Lebensmittelhandel



Neben der hohen Marktkonzentration existieren zusätzlich hohe Markteintrittsbarrieren. Zulassungen zur Errichtung neuer großer Einkaufsflächen sind schwer oder gar nicht erhältlich.

Wettbewerb - Empirie (4)

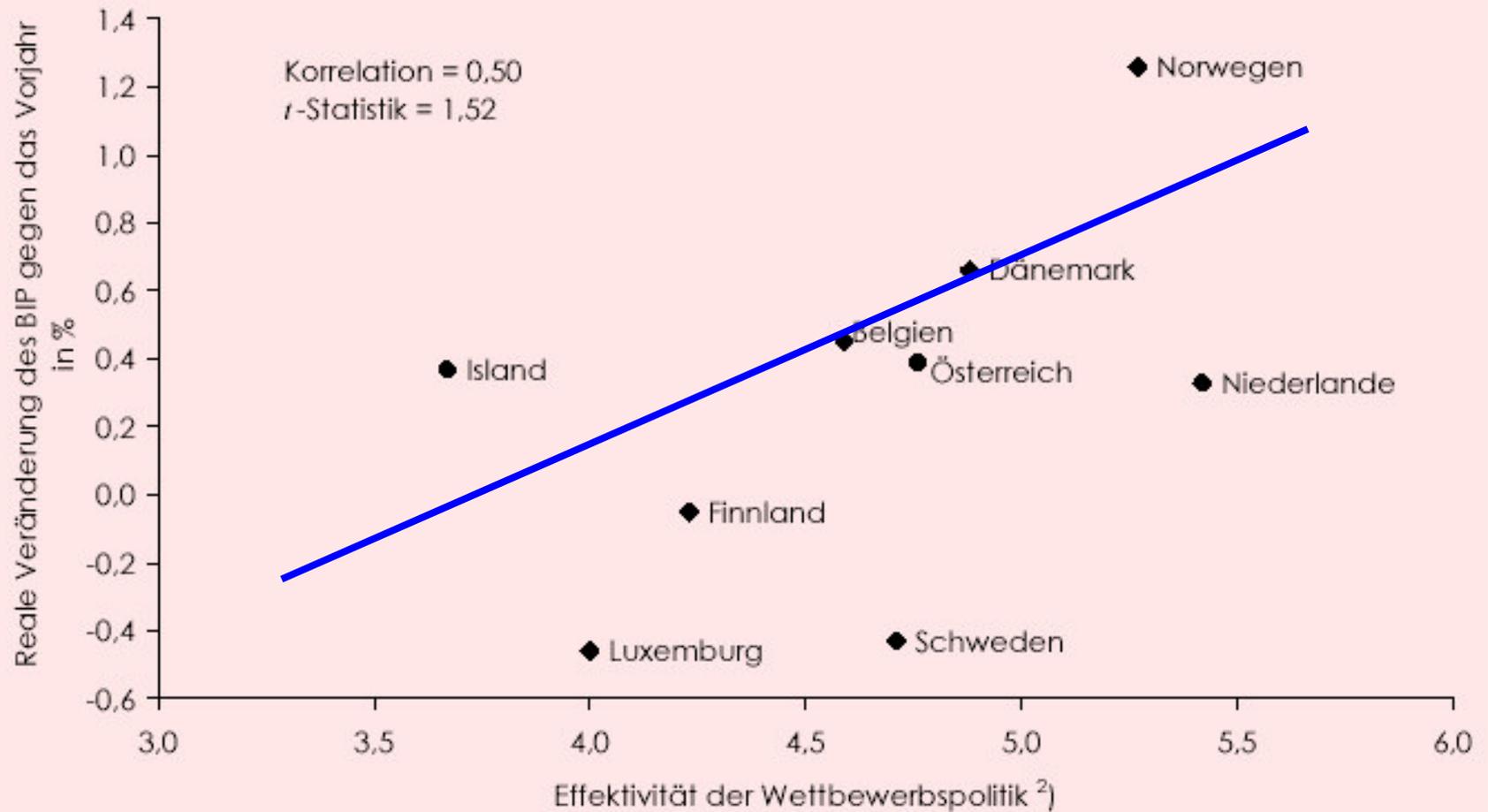
Empirisch belegte Zusammenhänge

Positiver Zusammenhang zwischen
Wettbewerbsintensität und Produktivitätswachstum

Inverser Zusammenhang zwischen
wettbewerbsbeschränkender
Produktmarktregulierung und F&E-Intensität

Wettbewerb - Empirie (5)

Abbildung 2: Wettbewerbspolitik und Wirtschaftswachstum

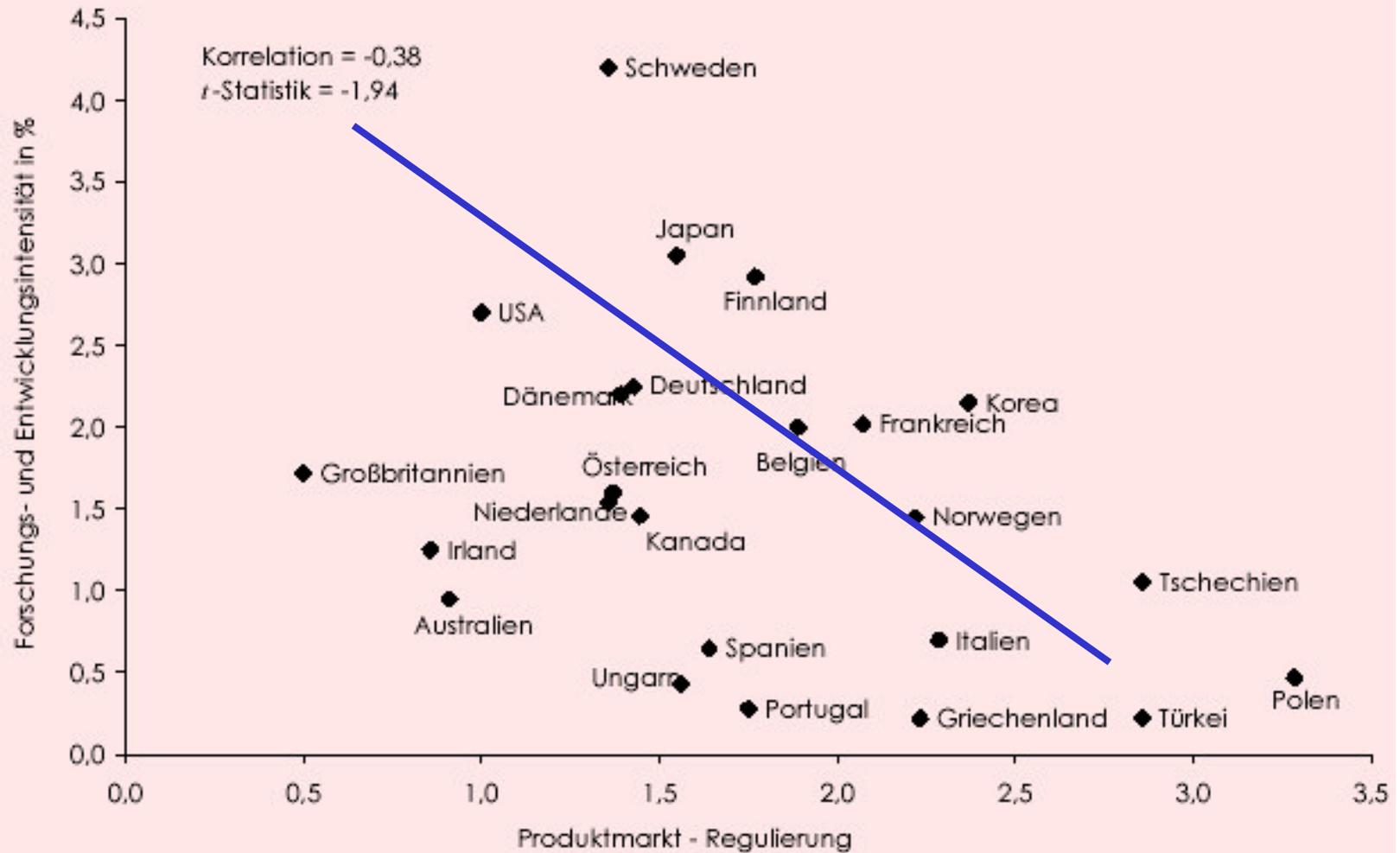


Positiver Zusammenhang

Quelle: Böheim(2003)

Wettbewerb - Empirie (6)

Abbildung 3: Forschungs- und Entwicklungsintensität und Produktmarktregulierung



Q: OECD (2003).

Negativer Zusammenhang

Instrumente der Wettbewerbspolitik (1)

Antikartellpolitik

- Indirekte Antikartellpolitik (z.B. Zolllenkungen)
- „moral suasion“ (amtliche Warnung)
- Rechtsschutz für Außenseiter (Abbau von Eintrittsschranken)
- Kartellregistrierung
- Missbrauchsgesetzgebung
- Verbotsgesetzgebung

Instrumente der Wettbewerbspolitik (2)

Antimonopolpolitik

- Indirekte Antimonopolpolitik
- „moral suasion“
- Erhöhte Publizitätspflicht für Großunternehmen
- Fiskalische Sonderbelastung für Großunternehmen
- Missbrauchskontrolle für marktmächtige Unternehmen („Regulierungen“)
- Melde- und/oder Genehmigungspflicht bei Konzentrationsvorgängen
- Gesetzliche Größenbeschränkungen
- Verkaufsauflagen
- Verstaatlichung

Reform der Wettbewerbsbehörden (1)

**1.7.2002 in-Kraft-Treten der Kartellgesetznovelle
wegen innerstaatlichem & europäischem
Reformdruck**

weitgehende Zurückdrängung der Sozialpartner

- Erhalt des Antragsrechts im Fall von Kartelle & Marktmissbrauch
- Verlust des Antragsrechts bei Unternehmenszusammenschlüssen
- Verlust der Amtsparteienstellung in zwei neuen wettbewerbsbehördlichen Einrichtungen
- Verlust der Mehrheit in den Senaten des Kartell- und Kartellobergerichts

Reform der Wettbewerbsbehörden (2)

Neuschaffung der Bundeswettbewerbsbehörde

- der Generaldirektor ad personam ist weisungsfrei & unabhängig, ebenso Beamten in konkreter Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeit, dienstrechtlich BMWA weiter unterstellt
- Aufgabe: Untersuchung und Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen aller Art
- Status einer Amtspartei mit Parteienstellung
- dem BMWA nachgeordnet

Neuschaffung des Bundeskartellanwalts

- dem Justizministerium zugeordnet
- vertritt ähnlich eines Staatsanwalts öffentliche Interessen
- zweite Amtspartei
- an Weisungen des Justizministers gebunden
- als Amtspartei Aufgriffsrecht
- häufig führt Antrag des Bundeskartellanwalts zur Aufnahme der Tätigkeit durch die Wettbewerbsbehörde

Reform der Wettbewerbsbehörden (3)

Wettbewerbskommission als beratendes Organ

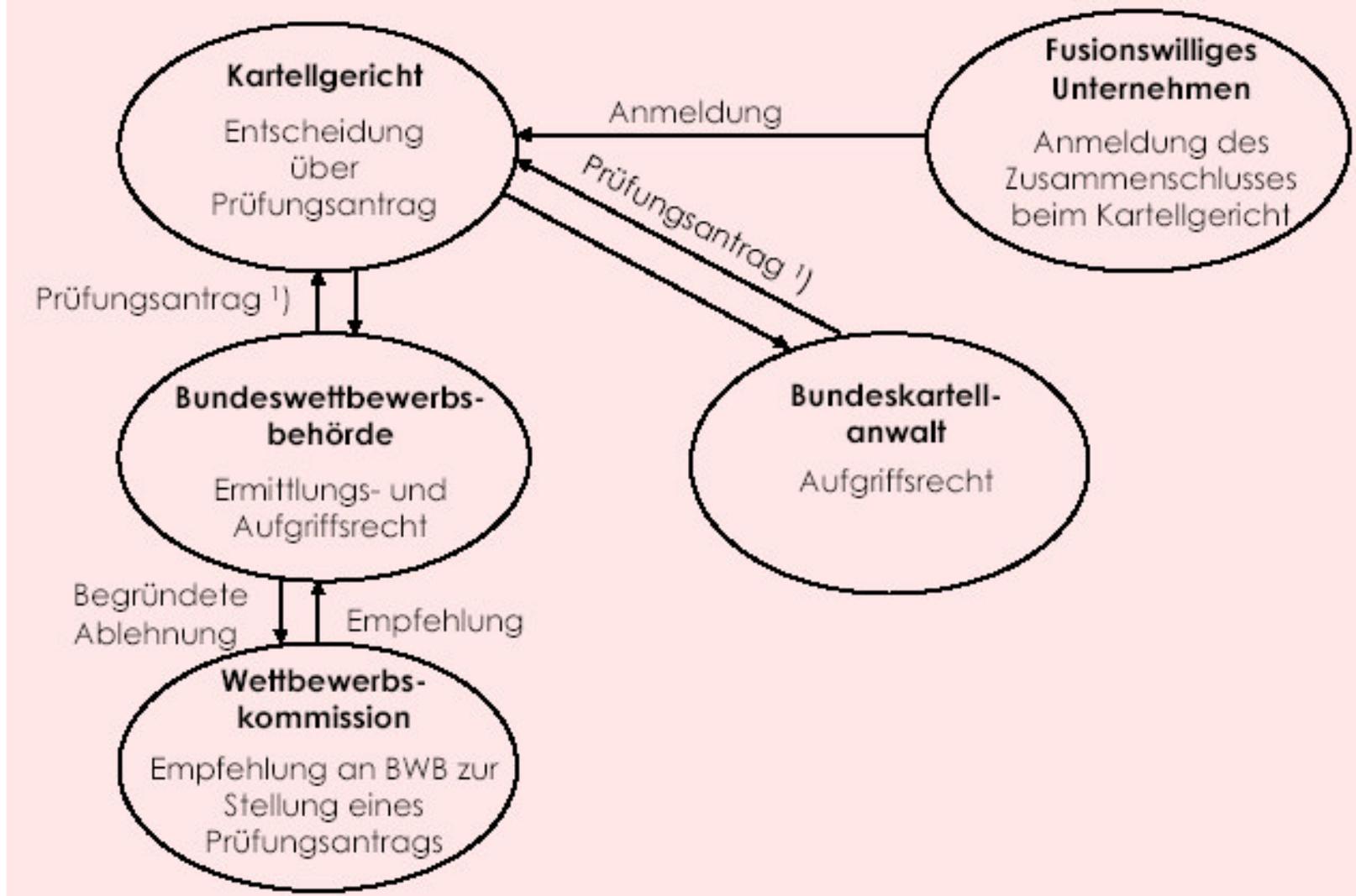
- 4 Mitglieder durch BMWA + 4 Mitglieder der Sozialpartner
- Nicht bindende Empfehlungen bei Fusionskontrollfällen
- Erstellung von Gutachten zu allgemeinen wettbewerbspolitischen Fragen
- schwache Rechtstellung
- fallweise nur in Einsicht in Prüfungsanträge aber nicht in Untersuchungen
- Geringe Nutzung von zur Verfügung gestellten Expertenwissen

Kartellgericht & Kartellobergericht

- Mehrheit der Berufsrichter
- vormals kritisierte Identität von Ankläger & Richter beseitigt

Reform der Wettbewerbsbehörden (4)

Abbildung 1: Die Prüfung von Fusionen in Österreich



Wettbewerbspolitische Entscheidungen (1)

Zulassung bedeutender Fusionen

2000/2001 **Formil**: Fusion der Kuriergruppe (Profil) mit der News-Gruppe (News, Format)

1.8.2002 Übernahme von **Maximarkt** durch Spar

Frage der Definition eines lokalen Verkäufermarktes

Welche unterschiedlichen Angebote sind in zumutbarer Reichweite der Käufer

Sowohl auf Bezirks- als auch auf Bundesländer herrscht hohe Marktkonzentration

Wettbewerbspolitische Entscheidungen (2)

Zulassung bedeutender Fusionen

2002 Fusion von OMV, Wiengas, EVN, Begas, Oberösterreichische Ferngas und Linz AG zu **Econgas**

- Verhandlungslösung unter altem & neuen Wettbewerbsregime
- Freiwillige Selbstbeschränkung
 - Importmonopol der OMV fällt
 - jährl. Müssen 250 Mio. Kubikmeter an Konkurrenten versteigert werden
 - E-Controll erhält Einblick in die Preisbildung

Wettbewerbspolitische Entscheidungen (3)

Zulassung bedeutender Fusionen

Energie Austria - „österreichische Stromlösung“

Zusammenschluss Verbund & Energieallianz

Zusammenlegung von Handel und Vertrieb an Großkunden > 4GWh/Jahr
gesteigerte gemeinsame Marktanteile in Erzeugung und Vertrieb

drei von den fünf übrigen regionalen Stromvertriebsunternehmen würden
von Erzeuger Energie Austria abhängen

Auflagen der EU-Kommission:

Wegfall von Verbund als Wettbewerber würde zu beherrschender Stellung
von Energie Austria führen

von gemeinsamer Großkundengesellschaft müssen 55% an Konkurrenten
abgegeben werden

-> eigentumsrechtliche Entflechtung

Wettbewerbspolitische Entscheidungen (4)

Zulassung bedeutender Fusionen

Energie Austria - „österreichische Stromlösung“

bei Energie Austria Probleme der **vertikalen Integration** (Erzeugung + Vertrieb)

durch Anteil von Energie Austria an Econgaz auch Problem der **horizontalen Konzentration** (sektorübergreifende Dominanz)

Böheim schlägt **Unbundling** als Problemlösung vor.

Wettbewerbspolitische Entscheidungen (5)

Zulassung bedeutender Fusionen

14.3.2003 Zusammenschluss von ÖBB- & Postbus

Kartellgericht sieht, dass keine dominante Marktposition des fusionierten Unternehmens vorliegt

Allgemein wird festgehalten, dass das öff. Vergabe-/Lizenzwesen beim Personenverkehr auf der Straße zu hohen Markteintrittsbarrieren führt. Der Wettbewerb ist in diesem Sektor schwach.

Reform EU-Wettbewerbsrecht

Neue Entwicklungen auf europäischer Ebene

„more economics based approach“ - Europäische Schule

Andere Gewichtung als bei traditionell stärker juristisch ausgerichteten europäischer Wettbewerbspolitik

Erleichtert möglichst breite Problemerkennung durch Verwendung von qualitativen und quantitativen Methoden

EU-Fusionskontrolle (1)

Fusionskontrolle

Grundsätzlich One-Stop-Shop-Prinzip

entweder Brüssel oder nationale Behörde zuständig

Der MS kann unter den EU-Schwellenwerten Fusionskontrolle individuell regeln. Die österreichischen Schwellenwerte sind die niedrigsten innerhalb der EU. Z.B., die brit. Behörde orientiert sich an der Marktkonzentration.

EU-Fusionskontrolle (2)

Schwellenwerte bei der Fusionskontrolle

Österreich

Für beteiligte Unternehmen treffen folgenden Kriterien zu:

- weltweiter Umsatz mind. 300 Mio. EUR
- Inlandsumsatz mind. 210 Mio. EUR
- mind. 2 Unternehmer weltweit jeweils 2 Mio. EUR

EU-Fusionskontrolle (3)

Schwellenwerte bei der Fusionskontrolle

EU

Für beteiligte Unternehmen treffen folgende Kriterien zu:

- weltweiter Umsatz mind. 5 Mrd. ECU
- mind. 2 Unternehmen unionsweiten Umsatz von mehr als 250 Mio. ECU
- gilt nicht, wenn 2/3 des unionsweiten Umsatzes in nur einem MS erzielt werden

EU-Fusionskontrolle (4)

Schwellenwerte bei der Fusionskontrolle

EU

bzw.

Für beteiligte Unternehmen treffen folgenden Kriterien zu:

- weltweiter Umsatz mind. 5 Mrd. ECU
- in 3 MS mind. 100 Mio. ECU zusammenn
- in diesen 3 MS mind. 2 Unternehmer jeweils 25 Mio. ECU
- in gesamter EU 2 Unternehmer mit jeweils mind. 100 Mio. ECU

Reform EU Fusionskontrolle(1)

Reform der EU-Fusionskontrollverordnung

Reform kann als Reaktion auf die Einwendung des Gerichtshof erster Instanz zur mangelhaften ökonomischen Bewertung (empirische Evidenz konnte theoretische Überlegungen nicht bestätigen) von Wettbewerbsfällen verstanden werden.

Zielsetzung der Reform:

Erhöhung von Transparenz, Nachvollziehbarkeit, Berechenbarkeit & Rechtssicherheit

Reform EU-Fusionskontrolle (2)

Eckpunkte der Reform der EU-Fusionskontrollverordnung

Legislative Maßnahmen

- Präzisierung des Marktbeherrschungstests hinsichtlich der Anwendung auf Oligopolsituationen
- Lockerung der zeitlichen Vorgaben für die Anmeldung von Zusammenschlüssen
- Vereinfachung der Verweisung von Fällen von der Kommission an die nationalen Wettbewerbsbehörden & umgekehrt (Mehrfachanmeldungen)
- Flexibilisierung des Zeitrahmens zugunsten einer tiefgehenden Prüfung von Zusammenschlüssen
- Stärkung der Untersuchungsbefugnisse der Kommission

Reform EU-Fusionskontrolle (3)

Eckpunkte der Reform der EU-Fusionskontrollverordnung

Nichtlegislative Maßnahmen

- Schaffung des Postens eines Chefökonom in der Generaldirektion Wettbewerb
- Bestellung eines Kontrollforums („devils advocate panel“) bei allen umfassenden Prüfungsverfahren
- Akteneinsicht für die zusammenschlusswerbenden Unternehmen zu einem früheren Zeitpunkt
- „State-of-Play“-Meetings zwischen der Kommission und den zusammenschlusswerbenden Unternehmen an zentralen Punkten des Unternehmens
- Einsetzung eines Verbindungsbeamten für Verbraucherfragen (Consumer Liaison Officer)
- Aufstockung des Mitarbeiterstabs des Anhörungsbeauftragten

EU Fusionskontrolle

Bewertungsunterschiede USA - EU

Marktdominanz-Test (EU)

Unternehmenszusammenschlüsse sind dann zu untersagen, wenn sie die Entstehung oder Verstärkung einer marktbeherrschenden Stellung zur Folge haben.

Wettbewerbsverhinderung (Substantial Lessening of Competition Test - USA)

Der SLC-Test stellt darauf ab, ob der Wettbewerb wesentlich eingeschränkt wird.

I.d.R. liefern beide Tests das gleiche Ergebnis.

Fazit Ö Wettbewerbspolitik (1)

Missbrauchskontrolle hat höheren Stellenwert als Fusionskontrolle

- Widerspruch zu Praxis europäischer Wettbewerbspolitik
- wider gängiger aktueller Lehre zur Wettbewerbstheorie

starke Position der Behörden bei **Fusionskontrolle** - Kontrolle im Vorfeld durch (eigentumsrechtliche) Auflagen

bei **Missbrauchsaufsicht** Problem der Aufdeckung & des Beweise - nachträgliche eigentumsrechtliche Entflechtung eher selten

Fazit Ö Wettbewerbspolitik (2)

geringes Etat der Wettbewerbsbehörde

- **1 Mio. EUR**
- **19 Mitarbeiter**

**Sinnvoll eingesetzte Ökonomisierung kann
Verbesserung gegenüber rein juristischen
Entscheidung (Klauseln - Zwangsjackeneffekt)
Vorteile bringen.**

Fazit Ö Wettbewerbspolitik (3)

Potenzial für erhöhte Transparenz durch mehr Info auf der Homepage: <http://www.bwb.gv.at/>

Herabstufung von Ö in Fachzeitschrift Global Competition Review:

- Österreich: 3
 - Deutschland / EU-Kommission: 4,25
 - USA: 4,5
- (auf inverser Schulnotenskala)

Wie bei allen Rankings/Benotungen ist zu hinterfragen, welche Annahmen zu Grunde liegen (Vgl. Ranking-Problematik bei Standortvergleichen).

Veranstaltungshinweis

II. Wettbewerbssymposium Österreichische Wettbewerbspolitik auf den Weg zu neuen Ufern

Termin: 7.11.2003 9:00 - 7.11.2003 13:30

Ort: Rudolf-Sallinger-Saal, Wirtschaftskammer Österreich - Wiedner
Hauptstraße 63 - 1045 Wien

Das II. Wettbewerbssymposium am 7.11.2003 soll die bisherigen Erfahrungen mit dem neuen österreichischen Kartellvollzug evaluieren und einen Ausblick in die Zukunft werfen, vor allen Dingen im Hinblick auf die Neuerungen auf EU-Ebene, die mit 1.5.2004 in Kraft treten.

http://portal.wko.at/wk/ver_detail.wk?AngID=1&DocID=24417

Verwendete Literatur

- Bellak/Hofer/Tschmuck (2001), Wettbewerbs- und Strukturpolitik, in:
Neck/Nowotny/Winkler, Grundzüge der Wirtschaftspolitik Österreichs,
126-164
- Böheim (2002), Austrian Competition Policy: Quo vadis?, Austrian Economic
Quarterly 4/2002, Wifo, 176-190
- Böheim (2003), Wettbewerbspolitik in Österreich unter neuen Rahmenbedingungen
- Zwischenbilanz und Ausblick, Monatsbericht 7/2003, Wifo, 515-524
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2003), Fusionen - Überblick,
http://europa.eu.int/comm/competition/index_de.html (8.10.2003)
- OECD (2003), Annual Report on Competition Policy Developments in Austria (2002-
2003), DAFFE/COMP(2003)15/02
http://www.bwb.gv.at/BWB/Aktuell/annual_report_oecd.htm
- Wirtschaftskammer Österreich (2001), Österreichisches und internationales Recht
gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellrecht), Ausbildungslehrgang
zur A-Prüfung, Wien.

Öffentliche Finanzen

Ralf Kronberger

Öffentliche Finanzen

Gliederung

- Definition / Rechtfertigung
- Staatseinnahmen / -ausgaben
- Staatsanteil Messung
- Begründung für einen hohen Staatsanteil

Definition

Enge Definition („Public Finance“)

Lehre von der öffentlichen Finanzwirtschaft, d.h. Lehre von den öffentlichen Einnahmen und Ausgaben.

Problem:

- Verkehrsanschlussabgabe (z.B. für Errichtung von Einkaufszentren) Thema der FiWi, Raumordnung nicht?
- Ausgaben für Wohnungsbauförderung Thema der FiWi, Mieterschutzgesetze nicht?

Definition

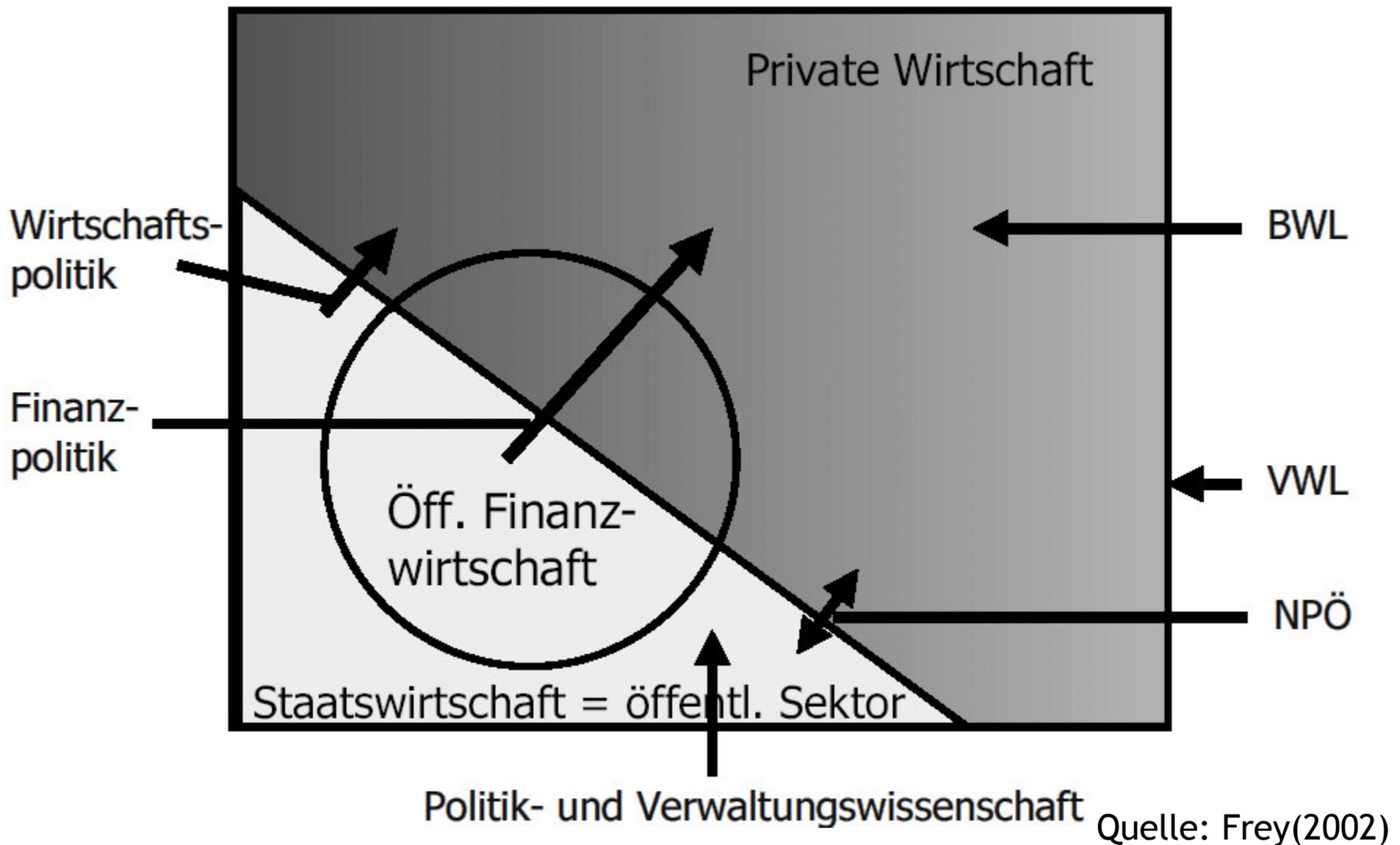
Weite Definition („Public Economics“)

Ökonomische Analyse des Staates

Abgrenzung zur allgemeinen Analyse der
Wirtschaftspolitik

→ Fokus auf Analyse der Staatstätigkeit mit
Schwerpunkt auf den Einnahmen und Ausgaben des
Staates.

Gegenstand & Methode



Institutionen des öffentlichen Sektors

Gebietskörperschaften

Bund, Länder und Gemeinden
Supranationale Organisationen

Parafisci („intermediäre Finanzgewalten“)

Organisatorisch selbständige Erfüllung öffentlicher Aufgaben und Finanzierung über eigene Finanzquellen mit Zwangscharakter
Sozialversicherung, Fondswirtschaft, Kammern...

Öffentliche Unternehmen

- (1) Öffentliche Unternehmen im eigentlichen Sinn
Unternehmen im öffentlichen Eigentum
- (2) Öffentliche Unternehmensbeteiligungen
an erwerbswirtschaftlich orientierten Unternehmen

Hauptfunktionen der öff. Finanzwirtschaft nach Musgrave

Allokationsfunktion

Bestmögliche Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen und privaten Gütern

Distributionsfunktion

Gerechte (Um)Verteilung von Einkommen und Vermögen

Stabilisierungsfunktion

Makroökonomische Stabilisierung
Vollbeschäftigung und Preisstabilität

Rechtfertigung für staatliche Eingriffe

Beispiele für die Allokationsfunktion

- Sinkende Durchschnittskosten
- Externalitäten
- Kollektivgüter
- Risiko/Ungewissheit
- Unterbewertung der Zukunft

Staatliche Einnahmen

Steuern

kein Anspruch auf unmittelbare und individualisierte Gegenleistung

Gebühren & Beiträge

Geldleistung als Preis für unmittelbare und individualisierte Gegenleistung des Staates

Verschuldung

Kreditaufnahme des Staates im privaten Sektor

Weiters

Notenbankgewinne

Privatisierungserlöse

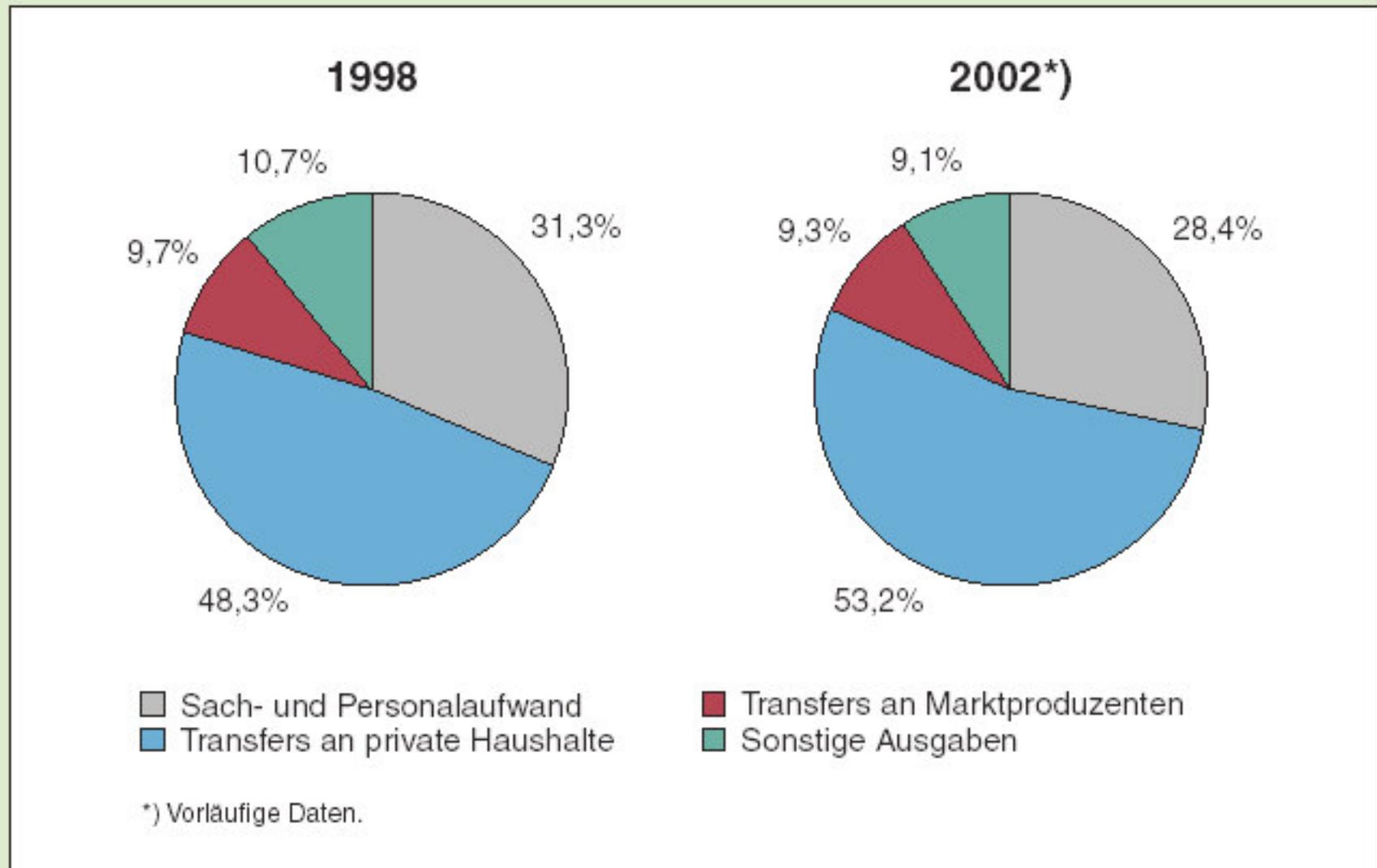
Struktur der konsolidierten Staatseinnahmen 2002 (Ö)

Einnahmen	Mio. EUR	%	Erklärung
Produktions- & Importabgaben	32.580	29,2	indirekte Steuern
Einkommen- & Vermögenst.	30.481	27,3	direkte Steuern
Summe Steuern	63.061	56,5	
Tatsächliche Sozialbeiträge	32.231	28,9	
Unterstellte Sozialbeiträge	4.235	3,8	Dienstgeberbeiträge des Staates
Summe Sozialbeiträge	36.466	32,7	
Produktionserlöse	4.546	4,1	Spitäler, kommunale Versorgung
Vermögenseinkommen	3.616	3,2	Zinsen, Dividenden, Konzessionsentgelte
Transfers	3.921	3,5	Studienbeiträge, Gerichtsgebühren
Summe Sonstige Einnahmen	12.084	10,8	
Summe	111.611	100,0	

Quelle: Staatsschuldenausschuss

Anteile an den Staatsausgaben 1998 und 2002

in %



Quelle: Staatsschuldenausschuss

Struktur der konsolidierten Staatsausgaben 2002 (Ö)

Quelle: Staatsschuldenausschuss

Ausgaben	Mio. EUR	%	Erklärung
Vorleistungen	10.079	8,9	Instandhaltungsarbeiten, Dienstleistungskauf
Arbeitnehmerentgelt	21.537	19	
Gezahlte Steuern	521	0,5	
Summe Sach- und Personalaufwand	32.137	28,4	
Monetäre Sozialleistungen	40.673	35,9	Pensionen
Soziale Sachleistungen	11.060	9,8	Gratisschulbücher, Arztleistungen
Sonstige laufende Transfers	8.549	7,5	Wohnbauförderung
Summe Transfers an priv. Haushalte	60.283	53,2	
Subventionen	5.744	5,1	regelmäßige Zahlungen z.B. zur Preisstützung
Vermögenstransfers	4.781	4,2	Investitionszuschüsse (Eisenbahn, Krankenhäuser)
Summe Transfers an Marktproduzenten	10.554	9,3	
Zinsen für die Staatsschuld	7.876	7,0	
Bruttoinvestitionen	2.491	2,2	
Nettozugang nicht produzierte Verm.güter	-89	-0,1	
Summe Sonstige Ausgaben	10.277	91	
Ausgaben insgesamt	113.251	100,0	

Maßzahlen für die Größe des öffentlichen Sektors (1)

Staatsausgabenquote

**Verhältnis der Gesamtausgaben des öffentlichen Sektors
zum BIP**

2002: 52,2%

Steuerquote

Anteil des Steueraufkommens am BIP

2002: 29,1%

Realausgabenquote

**Personalausgaben + Sachausgaben: staatliche
Inanspruchnahme des Inlandsprodukts ~ gekaufte
Vorleistung + geleistete Wertschöpfung**

Maßzahlen für die Größe des öffentlichen Sektors (2)

Abgabenquote

Summe aus Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen in
% des BIP

2002: 44,5%

Strukturquoten

Transferquote, Investitionsquote, Beschäftigungsquote,
Verschuldungsquote...

Investitionsquote

2002: 1,6%

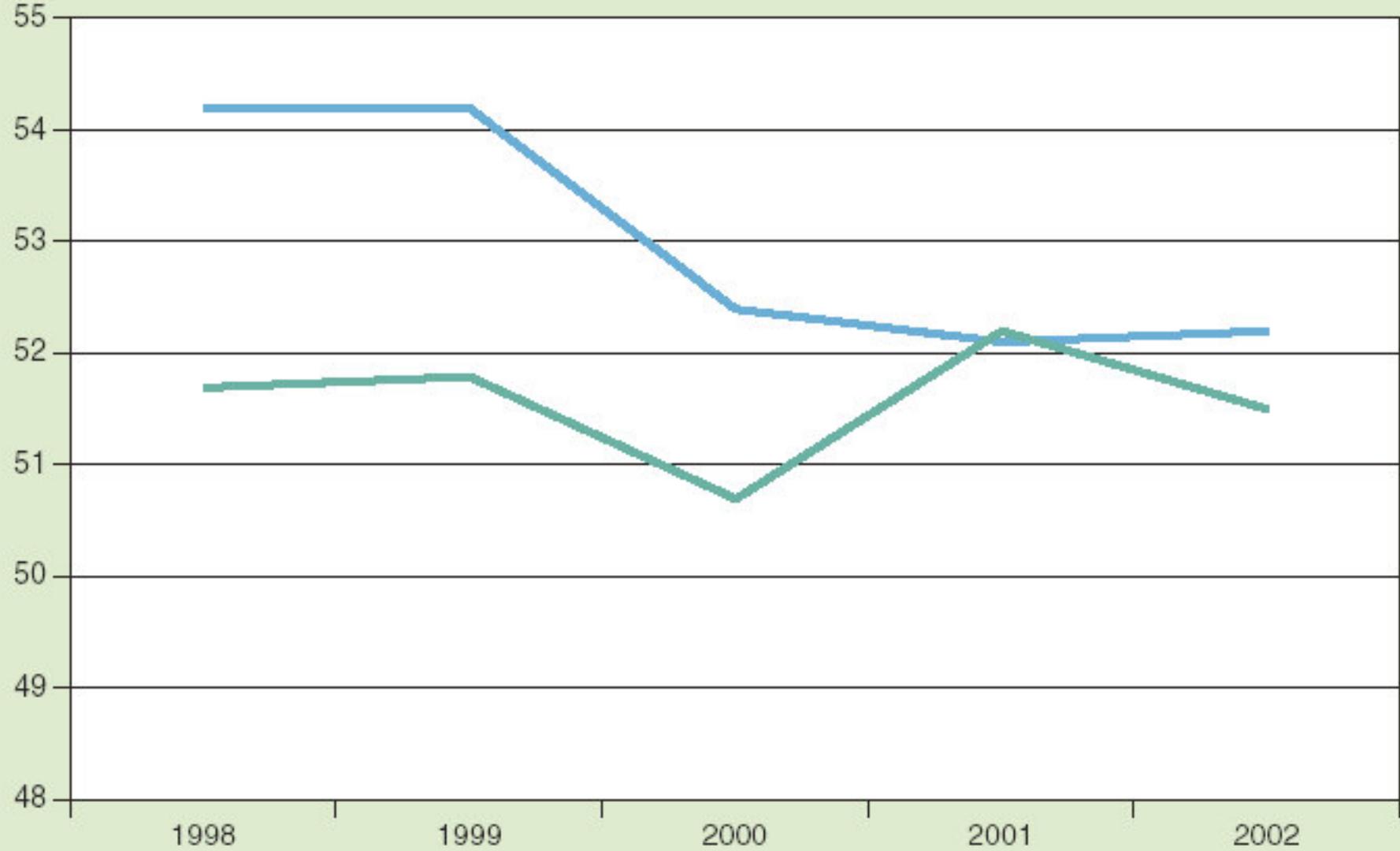
Schuldenquote

2002: 67,6%

Staatseinnahmen- und Staatsausgabenquoten 1998 bis 2002



in % des BIP



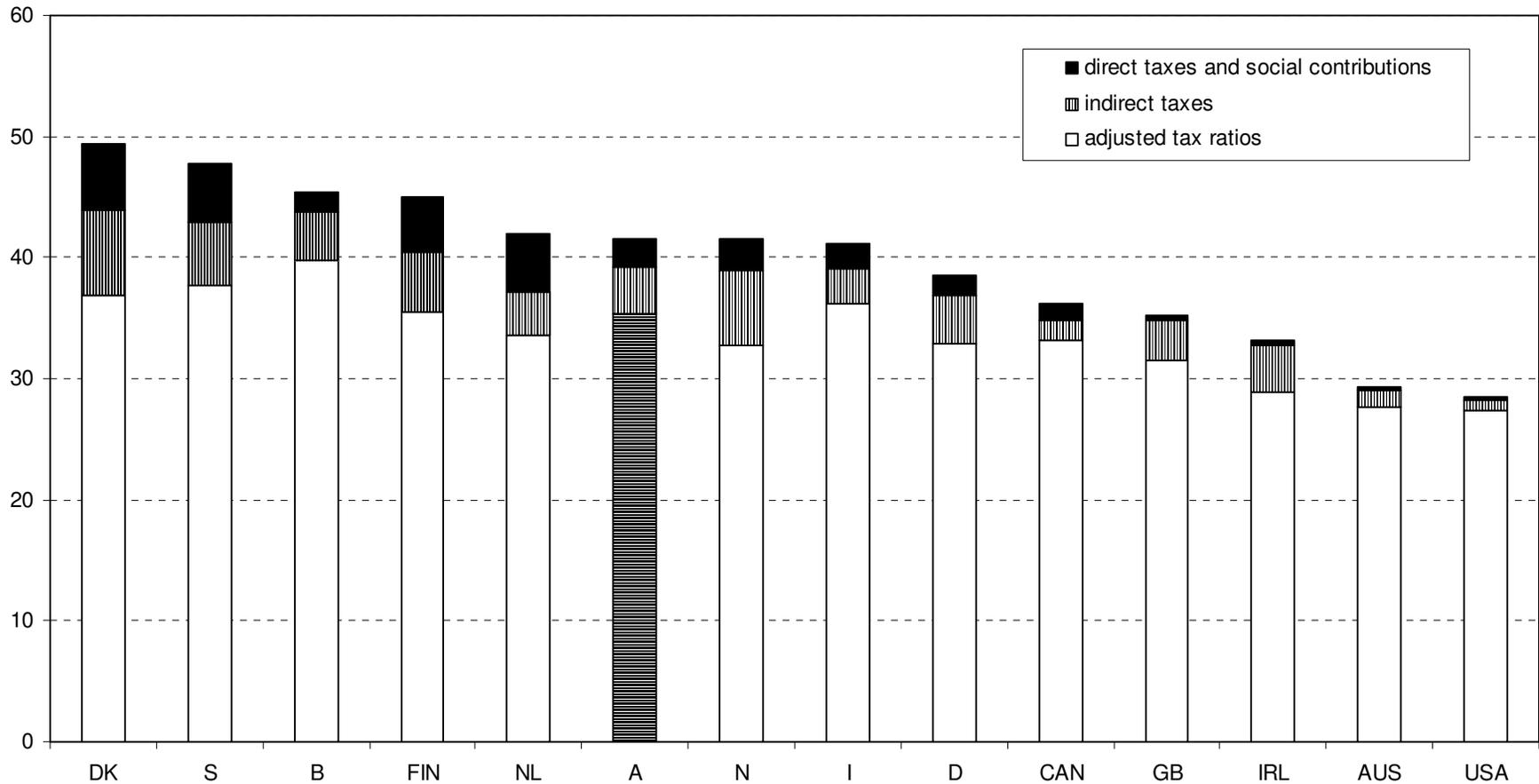
— Staatseinnahmenquote

— Staatsausgabenquote

Quelle: Staatsschuldenausschuss

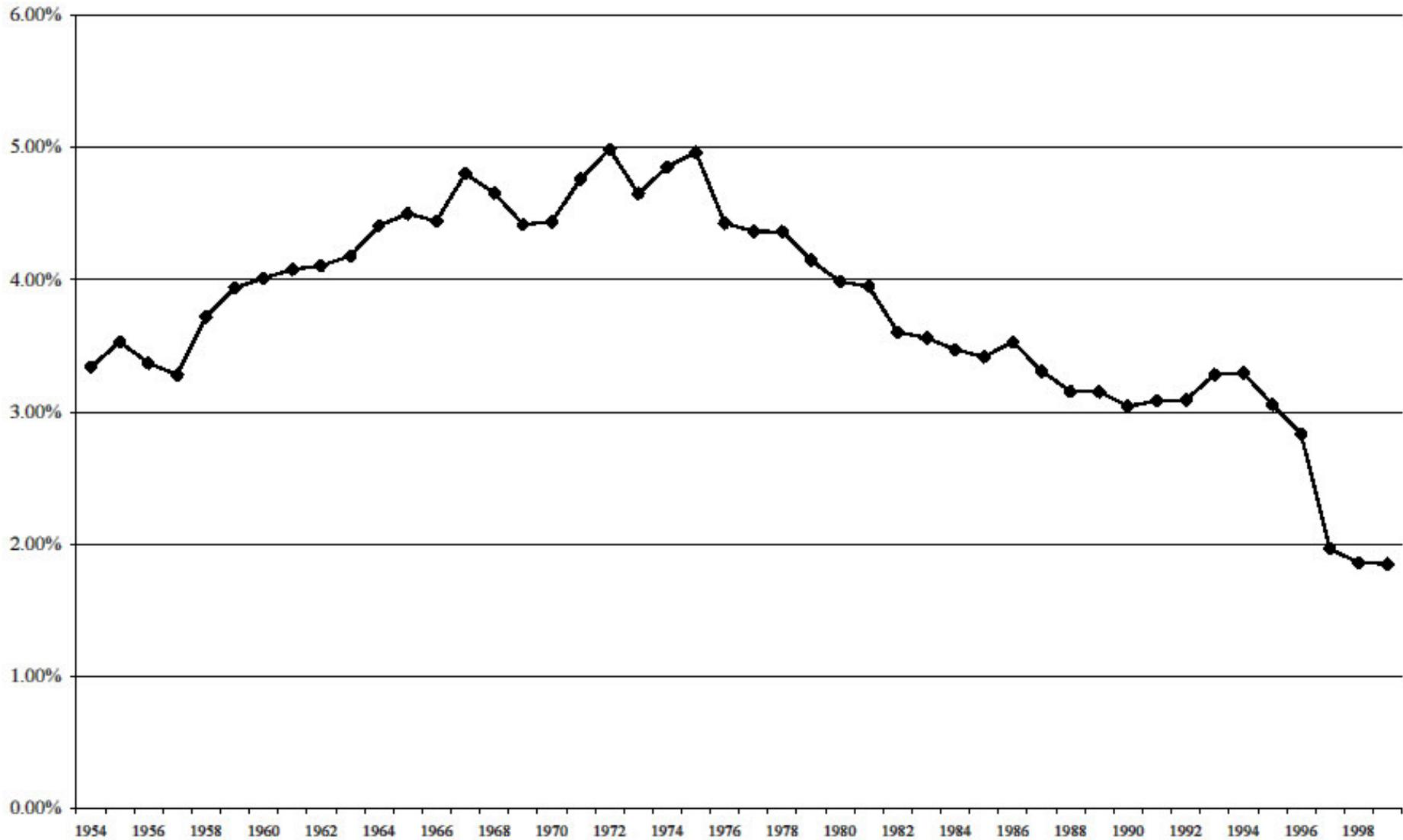
Abgabenquoten - Internationaler Vergleich

Figure 1:
Tax ratios and taxation of transfer payments (1995)



Öffentliche Investitionen/BIP Ö

(1954-1998)



Warum hoher bzw. steigender Staatsanteil? (1)

Das Wagnersche Gesetz (Adolph Wagner)

Der steigende Trend der Staatsquote wird als notwendige Begleiterscheinung des kapitalistischen Fortschrittes und der „vermehrten Reibung“ im privaten Sektor begrüßt.

Brecht'sches Gesetz

zunehmende Verstädterung - Gemeindeausgaben steigen überproportional zu Bevölkerungszahl

Demographische Entwicklung

Warum hoher bzw. steigender Staatsanteil? (2)

Mancur Olson

Marktwirtschaftliches System neigt zur Verkrustung durch Interessengruppen Akkumulation von Besitzständen.

Warum hoher bzw. steigender Staatsanteil? (3)

Sperrklinkeneffekt aufgrund des Budgetprozesses (Wildavsky)

Letztjähriges Budget wird nicht in Frage gestellt, sondern bildet Verhandlungsposition für Budget des Folgejahres.

Budgets werden immer ausgeschöpft, um Kürzungen zu vermeiden. Dezemberfieber.

These: Wegen der Starrheit nach unten und Flexibilität nach oben kommt es im Budgetprozess zu einem beständigen Ansteigen der staatlichen Ausgaben.

Warum hoher bzw. steigender Staatsanteil? (4)

Baumol'sche Kostenkrankheit (Baumol 1967)

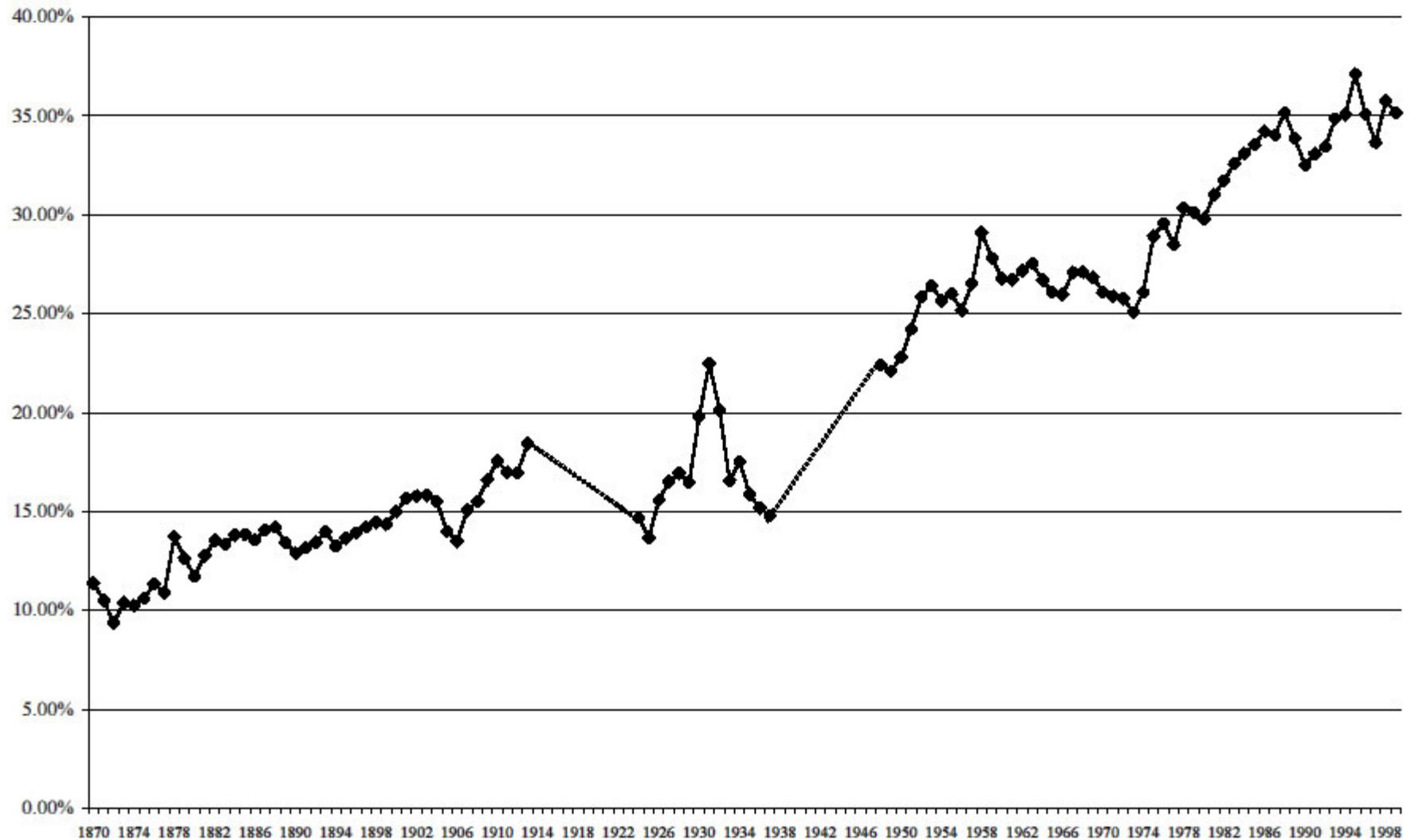
Staatlicher Output wird arbeitsintensiv produziert.

Technischer Fortschritt tritt eher in industrieller Produktion als im Dienstleistungssektor auf.

Die Löhne im öffentlichen Sektor sind an die Löhne im privaten Sektor gekoppelt.

Daher steigen die Kosten im öffentlichen Sektor überproportional und erhöhen so den Anteil des Staates am Sozialprodukt.

Entwicklung: Bundesausgaben/BIP Ö 1870-1998



Verwendete Literatur

- Felderer/Grossman/Koman (2002), The Size of the Public Sector - Taxes, Social Spending and True Government Debt, Wirtschaftspolitische Blätter 3/2002, 223-238.
- Frey, R. (2002), Vorlesung: Öffentliche Finanzen, Wirtschaftswissenschaftliches Zentrum WWZ Universität Basel
- Staatsschuldenausschuss (2003), Bericht über die öffentlichen Finanzen 2002, Oesterreichische Nationalbank, Wien.
<http://www.staatsschuldenausschuss.at/html/inhalt/bericht2002/bericht.pdf>
- Weichenrieder (2002), Vorlesung: Grundzüge der Finanzwissenschaft, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt.

Konjunktur & Stabilisierung

Ralf Kronberger

Konjunktur & Stabilisierung

Gliederung

Konjunkturpolitik

- Konjunkturzyklen
 - Methoden
 - österreichischer Konjunkturzyklus
- Konjunkturpakete

Stabilisierungspolitik

- Antizyklische Politik und Parallelpolitik
- Defizit? Formen von Staatsdefiziten und Verschuldung
- Verschuldung Pro & Contra
- SWP

Konjunkturpolitik

Der Begriff „Konjunktur“ verbindet 3 Merkmale:

1. Makroökonomische Größen als Zielgrößen (WIPOL Vieleck)
2. Periodisch wiederkehrende Auf- & Abschwünge
3. Schwankungen um das makroökonomische Gleichgewicht

**Konjunkturpolitik =
Summe aller Maßnahmen zur
Stabilisierung der Konjunktur**

Das Magische Fünfeck der Wirtschaftspolitik



Konjunkturzyklus (1)

Varianten der Untergliederung:

1. Auf- und Abschwung

2. Vierphasenschema

- Aufschwung
- Hochkonjunktur
- Rezession
- Depression

Frage: **Entwicklung** der gesamtwirtschaftlichen Größen und **Bewegung** vom oder zum Gleichgewicht

Konjunkturzyklus (2)

Formen von Konjunkturzyklen:

- Kondratieff-Wellen (50-60 Jahre)
- Juglar-Wellen (8-9 Jahre)
- Kitchin-Wellen (2-3 Jahre)

**Evidenz: Problem Stagflation und
Hysteresis**

Erklärung für die Konjunktur (1)

Deterministische Erklärungen

Monetäre Konjunkturtheorie

im Aufschwung billige Kreditkosten →

↑ Lagerhaltung der Kaufleute

↑ Produktion ↑ Einkommen ↑ Preise

→ Inflationsbekämpfung durch Zinserhöhung

↓ Lagerhaltung ↓ Preise ↓ Produktion ↓ Einkommen

relativ teurere Lagerhaltung bringt Verluste

↓ Konjunktur bis Zinsen gesenkt werden

Gesamtnachfrageschwankungen erklären die Konjunktur

Erklärung für die Konjunktur (2)

Überinvestitionstheorie

Produktion der Investitionsgüter schwankt stärker als Produktion der Konsumgüter

beschleunigtes Konsumwachstum → ↑ Investitionsvolumen

verlangsamtes Konsumwachstum → ↓ Investitionsvolumen

sinkender Konsum → Deinvestition (ausgeschiedene Konsumgüter werden nicht ersetzt)

Investitionen eilen dem Konsum voraus

Strukturverschiebungen als Erklärungen

eigentliche Erklärung in der monetären

Überinvestitionstheorie

Realzinssatz liegt unter Marktzins

↑ Konjunktur ↑ Konsum Marktzins steigt über Realzins →

Investitionen werden unrentabel

Erklärung für die Konjunktur (3)

Konjunktur als stochastischer Prozess

Konjunkturschwankungen durch Einwirkung von zufälligen Schocks erklärt.

Z.B. 11. September 2001, Erdölschocks, Irakkrieg, etc.

Konjunkturmodell

Ein deterministisches Modell,
das klassische Konjunkturmodell: $\ln Y_t = T_t + C_t + S_t + e_t$

Y_t ... BIP (oftmals Logarithmus)

T_t ... Trend (logarithmisch linear,
quadratisch-logarithmisch
oder exponentieller Trend)

C_t ... Deterministische Konjunkturkomponente

S_t ... Deterministische Saisonkomponente

e_t ... Fehlerterm

Identifikation von Zyklen (1)

Interpretation

NBER-Methode

komplex & aufwändig (24 Hauptindikatoren)

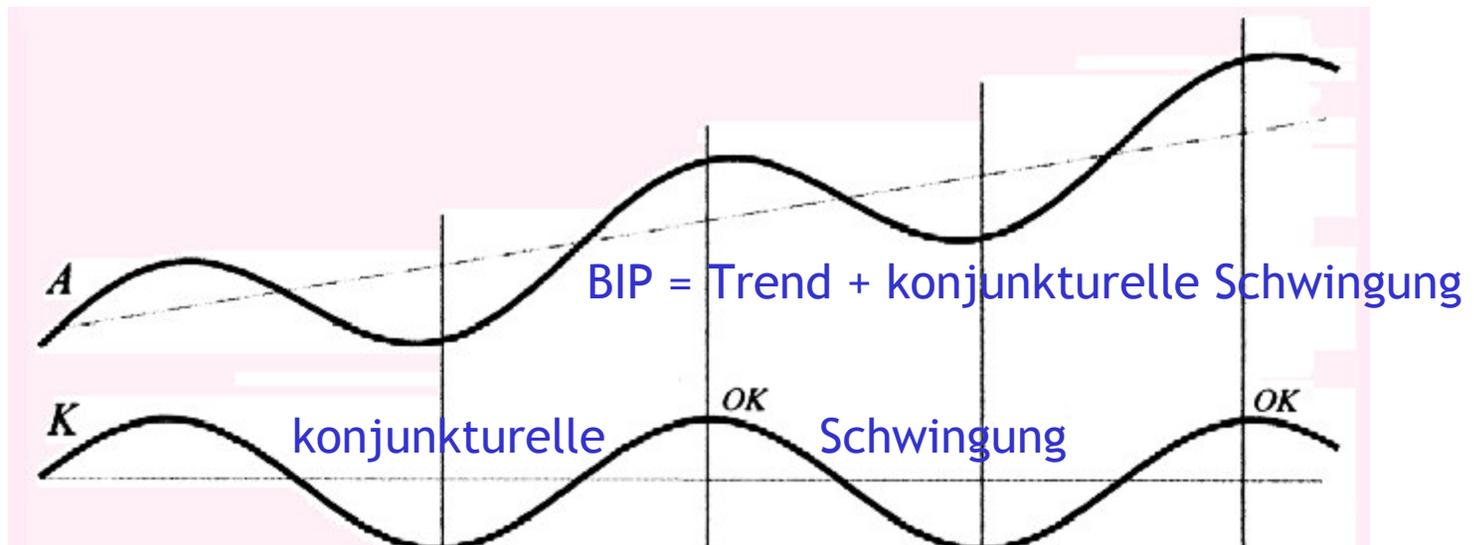
- Leading Indicators (Aktienpreise, Bestellungen)
- Coincident Indicators (Arbeitslosigkeit, BIP)
- Lagging Indicators (Langzeitarbeitslosigkeit, Zinsen)

U.a. Tichy(1994)

BIP alleine hat ausreichend Aussagekraft für den Zyklus

BIP = Aggregat mit korrekter Gewichtung vieler wirtschaftlicher Zeitreihen gemäß ihrer ökonomischen Bedeutung

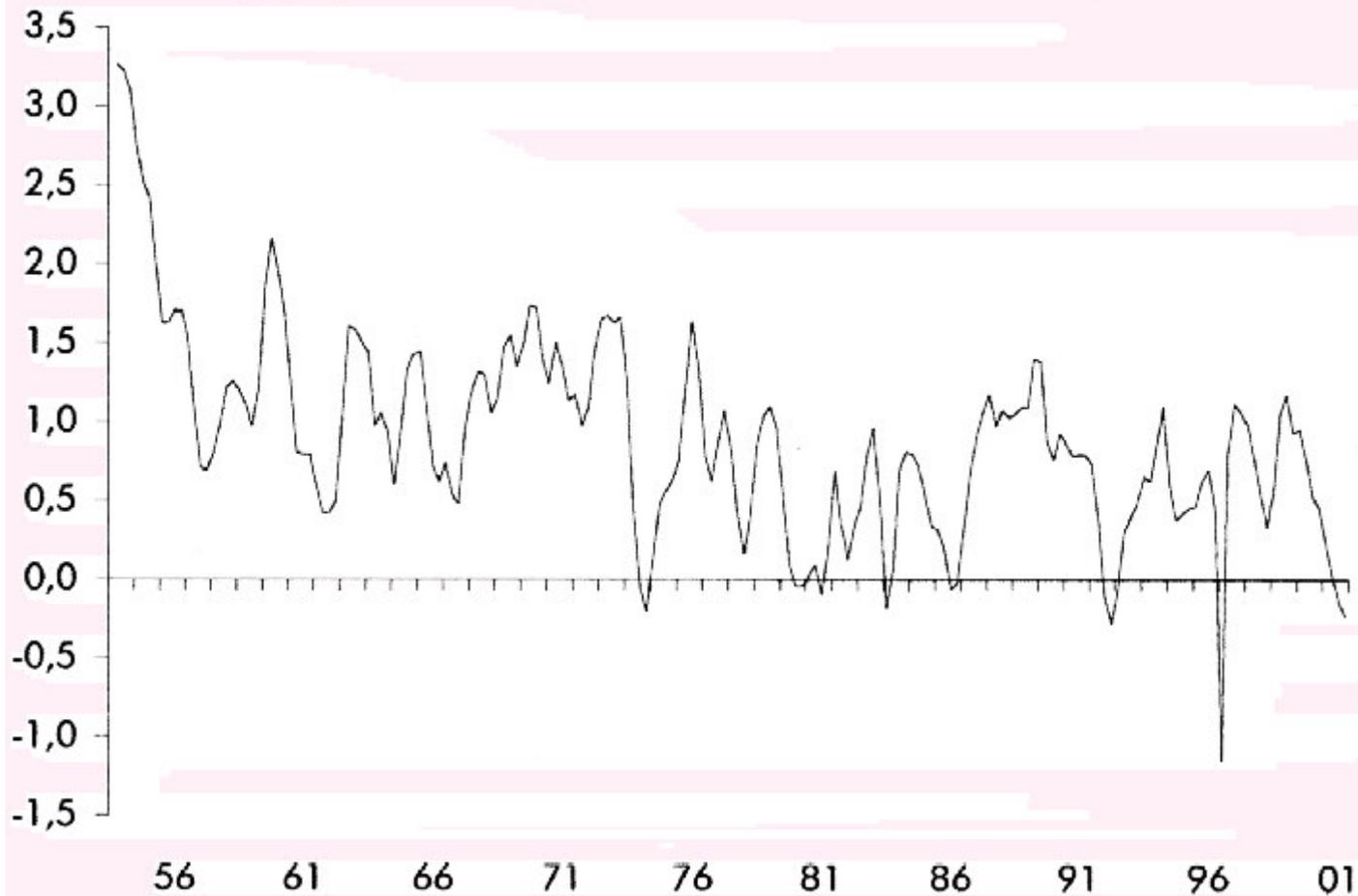
Identifikation von Zyklen (2)



Konjunktur Ö (1)

Abbildung 3: Bruttoinlandsprodukt, real

Veränderung gegen das Vorquartal in %, saisonbereinigt

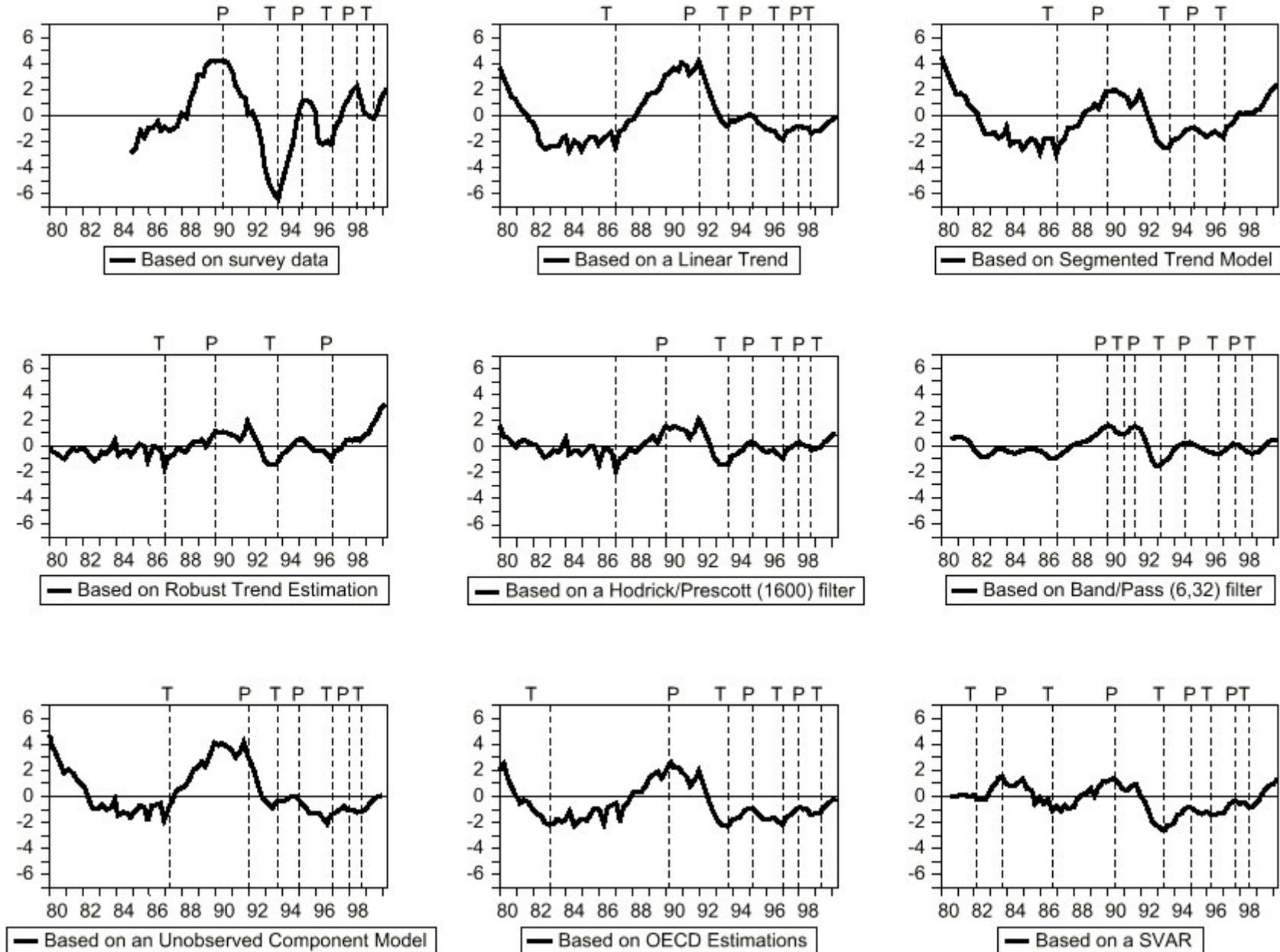


Q: WIFO-Berechnungen.

Konjunktur Ö (2)

Nach der Definition einer Rezession als Rückgang der Wirtschaftsaktivität über zwei aufeinanderfolgende Quartale durchlief Österreich seit 1954 fünf Rezessionen: 1974, 1980, 1986, 1992/93 und 2001.

Selected output gap measures for the Euro-zone



Konjunkturpakete (1)

Übersicht 2: Maßnahmen im Rahmen des ersten Konjunkturbelebungspaketes von 2001

	Geltungsdauer	Volumen Mio. € p. a.
Befristete vorzeitige Abschreibung	2002 ¹⁾	73
Forschungsfreibetrag, Forschungsprämie	Unbefristet	73
Bildungsfreibetrag, Bildungsprämie	Unbefristet	22
Steuerbegünstigungen Betriebsübertragungen	Unbefristet	51
BIG	2002	143
"Hochbaumilliarde"	2001 bis 2003	20
Weltkulturerbe	2002	1
Infrastruktur	2002 bis 2004	470

Q: Bundesministerium für Finanzen. – ¹⁾ 2003 und 2004 budgetwirksam.

Konjunkturpakete (2)

Übersicht 4: Maßnahmen im Rahmen des zweiten Konjunkturbelebungspaketes von 2002

	Geltungsdauer	Volumen Mio. € p. a.
Investitionszuwachsprämie	2002 bis 2003	100
Befristete vorzeitige Abschreibung	2003 ¹⁾	73
Forschungsfreibetrag, Forschungsprämie	Unbefristet	40
Bildungsfreibetrag, Bildungsprämie	Unbefristet	22
Lehrlingsprämie von 1.000 € p. a.	Unbefristet	120
Lohnnebenkostensenkung für Lehrlinge	Unbefristet	75
Jugend- und Lehrlingsbildungspaket	2002 bis 2003	75
Jugendausbildungssicherungsgesetz	2002 bis 2003	20
Betreuungs- und Pflegeberufe	.	10
Umweltförderungsgesetz	2002	10
Biomasseförderung	2003	5

Q: Bundesministerium für Finanzen. – ¹⁾ 2005 budgetwirksam.

Konjunkturpakete (3)

Das gesamte Budgetvolumen der beiden Konjunkturbelebungsprogramme war mit knapp **0,6% des BIP im Jahr 2003** relativ begrenzt. Insbesondere die ausgabenseitigen Maßnahmen sowie die zeitlich befristete Investitionszuwachsprämie hatten einen merklichen positiven Einfluss auf das österreichische BIP (Zusatzeffekt knapp $\frac{3}{4}$ % des BIP).

Zusätzlichen Infrastrukturausgaben: 2002 + $\frac{1}{4}$ % & 2004 + $\frac{1}{2}$ %

Investitionszuwachsprämie: 2003 + $\frac{1}{4}$ %

(Schratzenstaller et al., 2003, 767)

Kosten der Konjunkturpakete:
2003: 1.224 Mio. EUR
2004: 562 Mio. EUR

Diskussion

- Ist europäische Struktur- und nationale Makropolitik sinnvoll?
- Können kleine MS ihre Konjunktur ohne Hilfe der EU ankurbeln?
- Sind kleine Konjunkturpakete sinnvoll? Kann man ihre Wirkung wirklich nachweisen?

Stabilisierungspolitik (1)

Fiscal policy: Steuer- und Ausgabenvariationen des Staates („Demand Management“)

Diskretionär und regelgebundene Maßnahmen
(aktive und passive Maßnahmen)

Multiplikatoreffekt

crowding-out Effekte?

Rules vs. Discretion (Timing?)

Automatische Stabilisatoren

Klassische Parallelpolitik

immer ausgeglichenes Budget gewünscht:

Rezession - Ausgaben kürzen oder Steuersatz erhöhen;

Stabilisierungspolitik (2)

Defizitformen

mit direkten Maßnahmen des Staates geht immer die Frage nach der Staatsverschuldung und dem Defizit einher.

Konjunkturbedingtes Defizit

(Mindereinnahmen des Staates durch geringere Auslastung des Produktionspotentials)

Antizyklisches Defizit

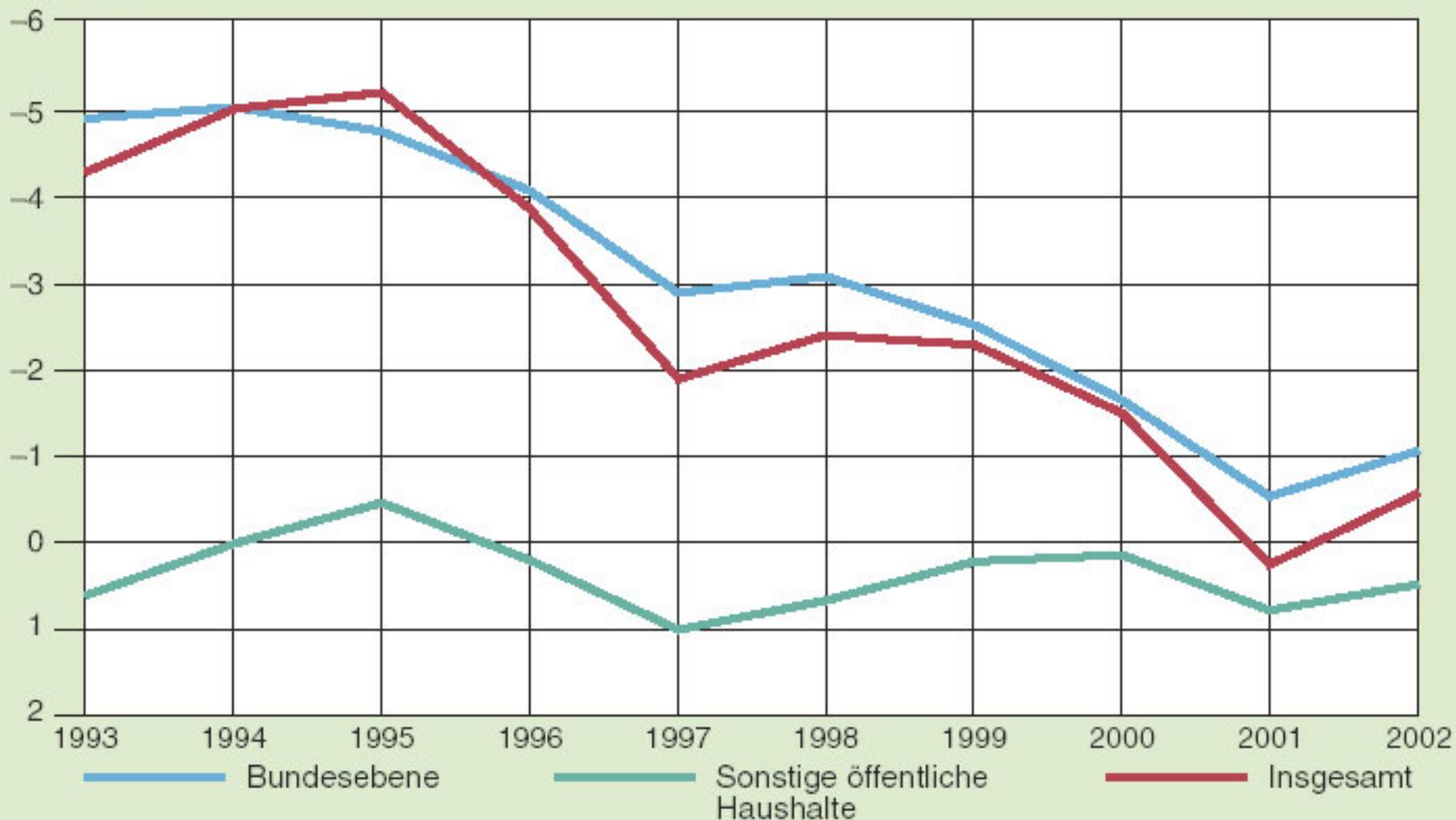
(Schulden des Staates durch aktive stabilitätspolitische Maßnahmen
- verschwindet wieder bei Normalauslastung)

Strukturelles Defizit

(auch bei Normalauslastung)

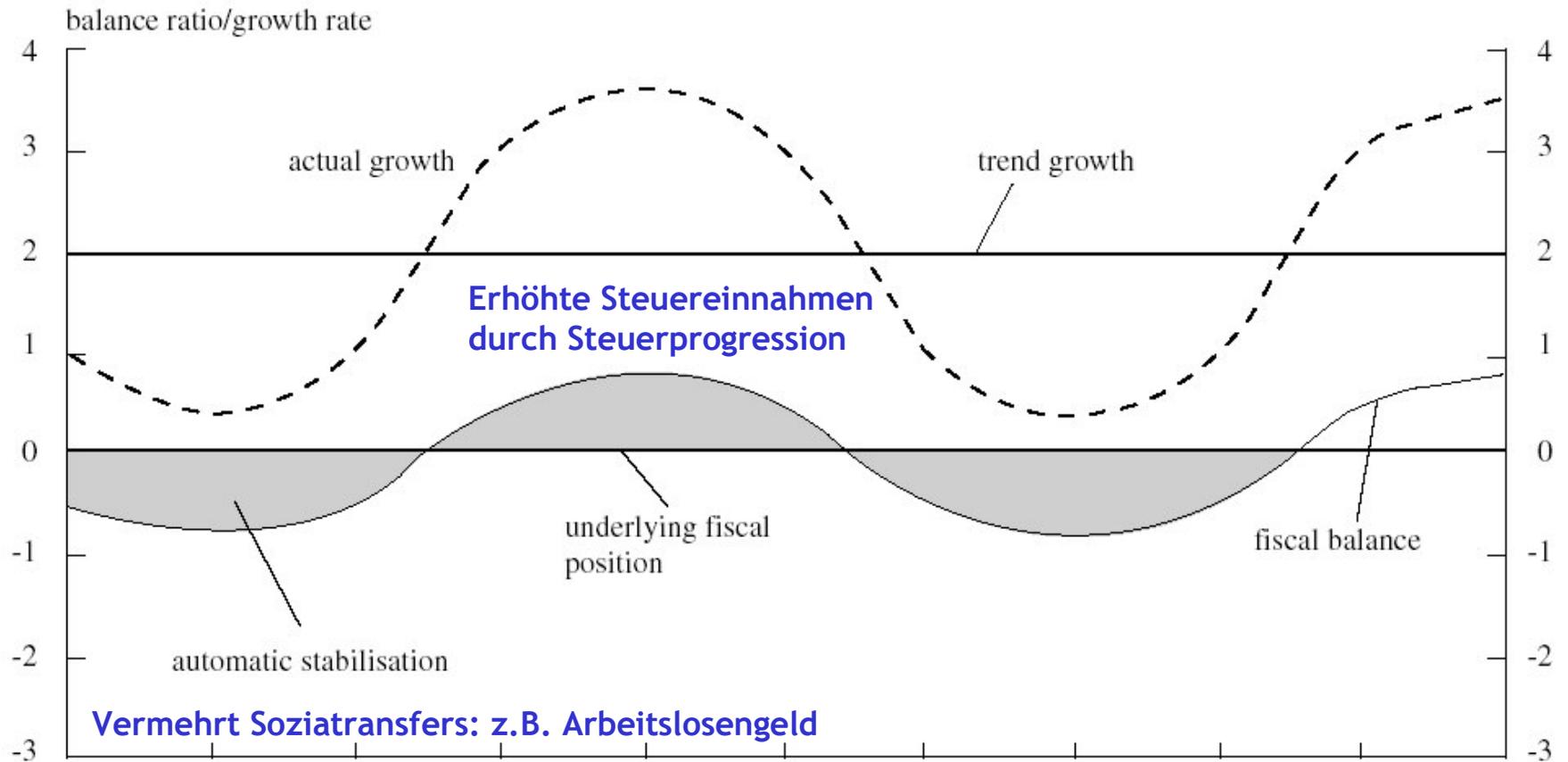
Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht 1993 bis 2002*)

in % des BIP



*) Gemäß ESVG 95 im Sinne der budgetären Notifikation (Verordnung Nr. 3605/93 i. d. g. F. des Rates).

The operation of automatic stabilisers over the cycle



Berechnung konjunkturbereinigter Budgetsaldos

Der konjunkturbereinigte Budgetsaldo errechnet sich aus tatsächlichem Saldo abzüglich Outputlücke multipliziert mit der Budgetelastizität

Beispiel Jahr 2000:

$$-2,07 \% = - 1,50 \% - 1,9 \% * 0,3$$

Konjunkturbereinigter Saldo = tats. Saldo - Outputlücke *Elastizität

Referenz:http://europa.eu.int/comm/economy_finance/indicators/general_government_data/cabb_autumn2002en.pdf

Stabilisierungspolitik (3)

Grenzen der Staatsverschuldung

Staatsbankrott?

eigentlich nicht: Schulden können durch Ausgabe neuer Schuldtitel getilgt werden (Steigerung der Schuld) - Abnehmer für Schuldtitel finden

Auf lange Sicht gesehen:

- Die Staatsschuld kann nicht rascher wachsen als das BIP.
- Die Zinszahlungen des Staates müssen aus dem Bruttoinlandsprodukt beglichen werden.

Die Zu- oder Abnahme der Schuldenquote wird durch folgenden Variablen bestimmt:

- Primärdefizit (Saldo vor Abzug der Zinsen für die Staatsschuld)
- Zinssatz
- Inflation
- BIP-Wachstum

Stabilisierungspolitik (4)

Pro & Contra Staatsverschuldung

- + Intergeneration Equity
- + Schonung der Steuerzahler der Gegenwart
- + Hinausschieben von Finanzierungs-/Steuerwiderstand
- + Stabilisierung der Steuersätze bei großen Investitionen
- + Anlagemöglichkeiten: „mündelsicher“

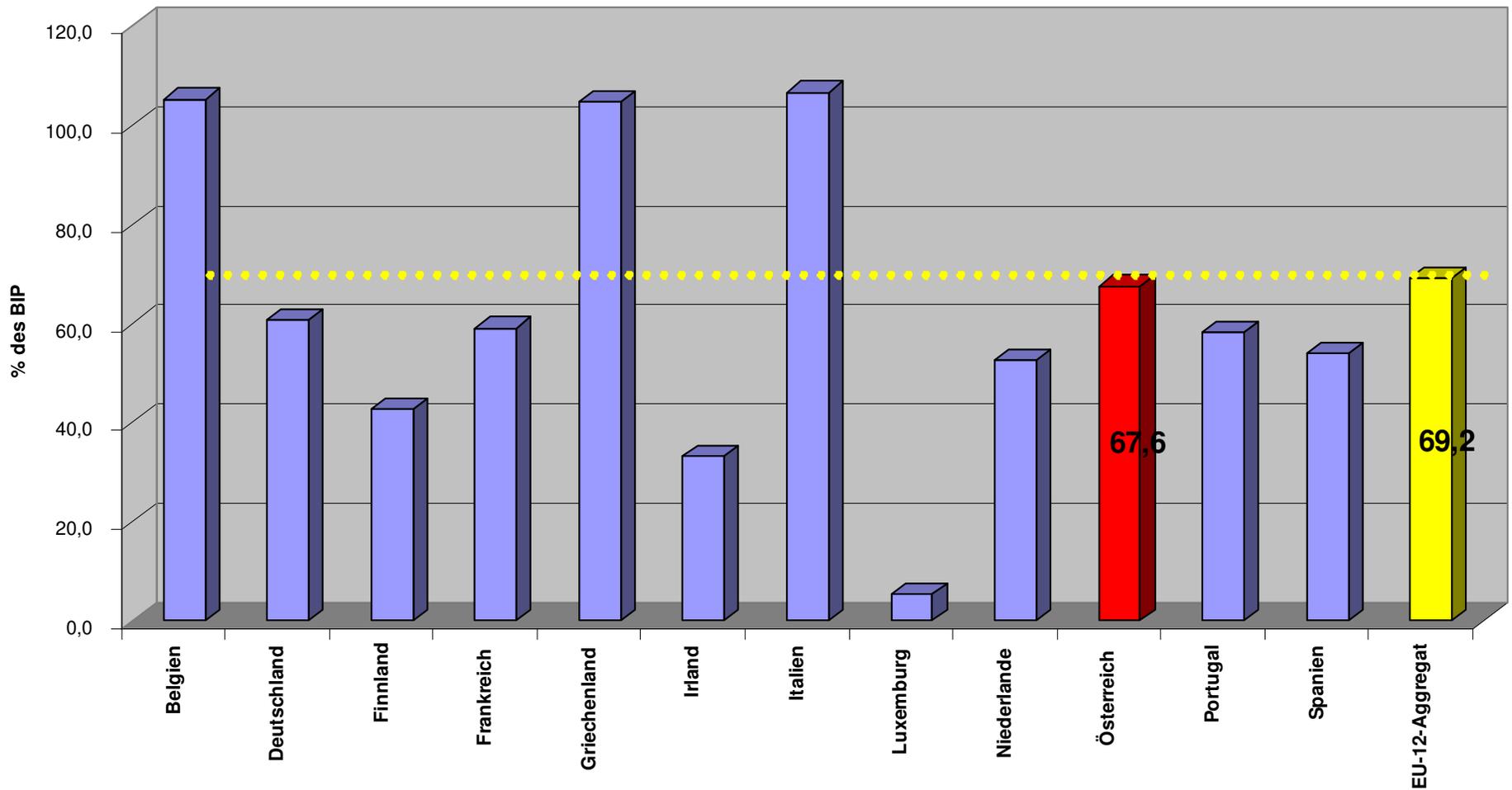
- Kostspielig: Zinskosten
- Unterlaufen von Steuerschranken
- Gefahr der Inflation wegen des Bestrebens, die Staatsschuld zu entwerten
- Gefahr von Verzerrungen als Folge der Manipulation im Bestreben, die Zinsbelastung niedrig zu halten

Stabilisierungspolitik (5)

Die Probleme bei der ricardianischen Äquivalenz

1. **Keynesianischer Multiplikator:** ↑Staatsausgaben ↑private Nachfrage ↑Inlandskonsum ↑BIP
2. **Unterschiedliche Zeithorizonte:** Migranten müssen „alte“ Schulden zahlen
3. **Unvollkommene Kreditmärkte:** Staat kann sich billiger verschulden
4. **Gemäß neuer Wachstumstheorie** sind öffentliche Investitionen wachstumsfördernd
5. **Intertemporale Besteuerung:** Steuererhöhung wirkt stärker wachstumsdämpfend als Steuersenkung Wachstumsimpulse gibt fluktuierende Steuersätze senken die Konsummöglichkeiten

Staatsverschuldung 2002 - int. Vergleich



Quelle: STA (2003), Bericht über die öffentlichen Finanzen 2002

Stabilisierungspolitik (6)

Der Stabilitätspakt - Konvergenzkriterien zum Beitritt in die EWU

Fiskalische Kriterien

- a. Staatsdefizit nicht höher als 3% des BIP
- b. Staatsverschuldung nicht über 60% des BIP

Inflation

nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der 3 Mitgliedsstaaten mit der niedrigsten Inflation

Zinsen

nicht mehr als 2 Prozentpunkt über dem Durchschnitt der 3 Mitgliedsstaaten mit der niedrigsten Inflation.

Betritt im EWS

mindestens 2 Jahr ohne Abwertung im EWS

Einhaltung der Kriterien auch nach Bestehen der EWU

Stabilisierungspolitik (7)

Warum Stabilitätspakt?

Vermeidung übermäßiger Defizite hält Zinsen niedrig

Ausgewogenes Zusammenspiel von Geld-, Budget- und Lohnpolitik ermöglicht hohes Wachstum und Beschäftigung

Einhaltung des mittelfristigen Budgetziels erhöht Planbarkeit von EZB, Unternehmen und Haushalten

Vermeidung negativer Auswirkungen nichtnachhaltiger Haushaltspolitiken auf andere MS (u.a. Zinsen, Wechselkurs)

Stabilisierungspolitik (8)

Kritik am SWP

Ursache für Defizitüberschreitung nicht nur laxe Haushaltspolitik (Zinsen, Lohnpolitik, etc.)

Defizitgrenze bzw. Schuldengrenze arbiträr formuliert

Defizitgrenze unabhängig davon, wie heterogen die Staatseinnahmen bzw. wie groß der Einfluss zyklischer Schwankungen auf das Budget in den einzelnen Mitgliedstaaten auch sein würden

Stabilisierungspolitik (9)

Kritik am SWP

SWP verliert disziplinierende Wirkung, wenn große MS ungestraft davon abweichen.

Asymmetrie: Defizitobergrenze aber keine Verpflichtung während Konjunkturaufschwüngen zu sparen

Tendenz zur Unterinvestition in öff. Infrastruktur & Bildung

Tiefgreifende Reformen unmöglich, da sie anfänglich Kosten verursachen

Stabilisierungspolitik (10)

Reformansätze beim SWP

Orientierung am konjunkturbereinigten Budgetsaldo

Übergangsvereinbarung zur Heranführung an strukturell ausgeglichene Budgetsalden

Vermeidung prozyklischer Haushaltspolitiken in guten Zeiten

Längerfristig geringfügige Abweichung von strukturell ausgeglichenem Saldo bei einem Schuldenstand, der deutlich unter 60% des BIP liegt.

Stabilisierungspolitik (11)

Reformansätze beim SWP

Die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen soll ein zentrales politisches Ziel werden.

Die Vorbereitung auf die Bevölkerungsalterung soll durch Schuldenreduzierung, Steigerung der Erwerbstätigkeit bei Frauen und älteren Arbeitskräften und Reform der Renten und Gesundheitsfürsorgesysteme erfolgen.

Verwendete Literatur

Kronberger (2003), Zur Diskussion: Budgetpolitik und Wirtschaftswachstum, Wirtschaftspolitische Blätter 2/2003, 250-260
<http://wko.at/fp/kontrolle/buduwachskro203.pdf>

Scheiblecker (2002), Konjunkturzyklen der österreichischen Wirtschaft, Wifo Monatsberichte 7/2002, 437-446

Schratzenstaller et al. (2003), Erste Evaluierung der Konjunkturbelebungsmaßnahmen seit 2001, Wifo Monatsberichte 10/2003, 755-768

Staatsschuldenausschuss (2003), Bericht über die öffentlichen Finanzen 2002, Oesterreichische Nationalbank, Wien.
<http://www.staatsschuldenausschuss.at/html/inhalt/bericht2002/bericht.pdf>

Tichy (1994), Konjunktur - stilisierte Fakten, Theorie, Prognose, Springer Berlin.

Zagler (2002), Öffentliche Verschuldung, Budgetdefizite und Budgetkonsolidierung, in: Theurl./Winner/Sausgruber (Hrsg.), Kompendium der österreichischen Finanzpolitik, Springer Wien New York, 479-506.